

(A) Beginn: 10.02 Uhr

Präsidentin Friebe: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen, der 151. Sitzung. Ich begrüße auch die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuschauertribüne und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich zehn Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ihren Geburtstag feiern heute Herr Abgeordneter Dr. Andreas Lorenz von der Fraktion der CDU - herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege!

(Beifall)

und Herr Abgeordneter Gerhard Wirth von der Fraktion der SPD. Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die auf Ihren Tischen vorliegende Dokumentation "Reform des Grundgesetzes" zeichnet wichtige Stationen der Diskussion über die Änderung des Grundgesetzes nach der deutschen Einigung und der Bildung der Europäischen Union nach. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Beiträgen, die der Landtag Nordrhein-Westfalen in diesen Diskussions- und Entscheidungsprozeß eingebracht hat. Darin wird die Forderung nach Stärkung des Föderalismus, nach Stärkung der Kompetenzen von Ländern und ihren Parlamenten deutlich. Dieses Bemühen ist auch nach der Änderung des Grundgesetzes nicht beendet. Wir wollen einen lebendigen Föderalismus, wir wollen ein Europa, das sich bereichern läßt durch die Vielfalt seiner Regionen, durch deren Bürgernähe und durch ihre Kraft und Fähigkeit zur Problemlösung. Die Dokumentation ist Ausweis dieser stetigen Anstrengung.

Wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 1 auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7500

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 11/7970

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 11/8070

Beschlußempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 11/8000 bis 11/8016

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 11/8080

dritte Lesung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1994 bis 1998

Unterrichtung
durch die Landesregierung
zur Beratung
Drucksache 11/7501

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 11/8081

und

(C)

(D)

(B)

(Präsidentin Friebe)

- (A) Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1995

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7502

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 11/8031
Vorlage 11/3269

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 11/8070

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 11/8017

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 11/8082

- (B) dritte Lesung

Darüber hinaus verweise ich auf die vorliegenden Änderungsanträge, und zwar von der Fraktion der GRÜNEN, Drucksachen 11/8175, 11/8178 und 11/8179.

Weiter liegen Ihnen folgende Entschließungsanträge vor: von der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8172, von der Fraktion der SPD Drucksache 11/8176 und nochmals von der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8177. Die Abstimmung über die Entschließungsanträge erfolgt nach der Verabschiedung des Haushalts.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit den Beratungen beginnen, möchte ich noch auf folgendes hinweisen: Der Finanzminister hat mit Vorlage 11/3549 Berichtigungen zu den Ihnen vorliegenden roten Veränderungsnachweisen des Finanzministeriums mitgeteilt. Diese Berichtigungen werden in die Beschlußempfehlung zur dritten Lesung aufgenommen.

Wir treten nun in die Beratung ein. Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

(C)

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute den Landeshaushalt 1995 in dritter Lesung - den letzten Haushalt, der von einer SPD-Regierung in diesem Hause verantwortet wird.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Heiterkeit bei der SPD)

Eine fast 30 Jahre von der SPD dominierte Zeit geht zu Ende - eine Zeit, die den Weg in das dritte Jahrtausend für Nordrhein-Westfalen nicht erleichtert, sondern denkbar erschwert hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

30 Jahre SPD - das fing 1966 an. Meine Damen und Herren, Sie müssen sich das auf der Zunge zergehen lassen. Der Slogan hieß damals: "Wählt SPD, und wir sind über dem Berg".

(Zustimmung bei der SPD)

Ich kann nur sagen: Von da an ging's bergab.

(D)

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Mit der CDU!)

Nach 30 Jahren haben wir eine negative Leistungsbilanz. Das Kabinett befindet sich in der wohl tiefsten Krise, die es in diesen 30 Jahren erlebt hat.

(Lachen auf der Regierungsbank)

Die Zukunftsperspektiven für dieses Land Nordrhein-Westfalen sind nicht so, wie sie eigentlich unter einer guten Regierung in Nordrhein-Westfalen sein müßten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Nun weiß ich schon, was der Ministerpräsident darauf antworten wird. Er wird sich gleich hier wieder hier hinstellen und wird erzählen: Ja, wie könnt ihr denn dieses Land so schwarz malen? Wir könnt ihr denn sagen, daß es hier nicht schön

(Dr. Linssen [CDU])

- A) ist, wo ich doch im Grunde die ganze Zeit das Lied singe: "Kein schöner Land in dieser Zeit"?

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie erinnern sich: Bis zum 16. Oktober war diese Regierung, vor allen Dingen der Ministerpräsident, damit beschäftigt, den Menschen zu erklären, daß dieses Deutschland ein einziges Jammertal sei. Nach dem 17. Oktober heißt es: "Kein schöner Land in dieser Zeit", weil ja Wahlen sind und weil man hier die Verantwortung trägt.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage ganz deutlich: Wer dieses Land liebt, muß eine nüchterne, besonnene Bestandsaufnahme machen, aber er muß auch die Fakten nennen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wissen Sie: Das Gute an der Wahl von Roman Herzog zum Bundespräsidenten war, daß ein Mann an die Spitze unseres Staates gekommen ist, der Klarheit und Wahrheit der politischen Sprache auf sein Panier geschrieben hat. Das ist es, was wir heute brauchen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Wir brauchen keinen Schönredner, sondern wir brauchen Leute, die die Fakten beim Namen nennen und daraus die richtige Therapie verordnen. Das ist das, was heute angesagt ist.

Wir haben ein absolut düsteres Bild der Landesfinanzen.

(Lachen des Minister Einert)

- Ja, Herr Einert, wenn Sie lachen: Gucken Sie sich doch einmal die Zahlen an. Gegen Zahlen können Sie nicht anarbeiten. 1966 verließ Franz Meyers diese Regierung mit einer Staatsverschuldung von 443 Millionen DM - es waren Millionen, meine Damen und Herren, worüber wir damals sprachen -. Das waren 26 DM pro Kopf. 1979, also im ersten Haushaltsjahr, das der Ministerpräsident zu verantworten hatte, waren es schon 4,6 Milliarden DM, das sind 130 DM je Kopf.

1995 werden es Ende des Jahres 121 Milliarden DM sein, das sind 8 800 DM je Kopf der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen. In 16 Jahren

hat dieser Ministerpräsident Rau die Verschuldung um 117 Milliarden DM hochgetrieben. (C)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Das ist gefährlich für die Zukunft dieses Landes. Das ist die Vernichtung von Gestaltungsspielräumen der Politik in Nordrhein-Westfalen. Wir gehen schlecht gerüstet in das dritte Jahrtausend.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da die Menschen zu Recht wohl mit den Milliarden relativ wenig anfangen können, ist es sinnvoll, wenn wir uns die Investitionsquote der Haushalte ansehen, denn das ist es, was Zukunftsspielräume ausmacht. Wenn Investitionen in ausreichendem Maße getätigt werden, werden Arbeitsplätze geschaffen und können wir auch das Problem der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen in den Griff bekommen.

Gucken wir uns an, was in Nordrhein-Westfalen unter dieser Ägide SPD passiert ist:

1966 - Investitionsquote des damaligen Haushaltes: 26 %,

1979 - erster Haushalt Rau: 22 %,

1995 - 11 %. Herr Rau, Sie haben es geschafft, die Investitionsquote an diesem Haushalt um die Hälfte herunterzufahren. Das ist das Verspielen von Zukunftschancen in Nordrhein-Westfalen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Der Haushalt legt Zeugnis ab von der einzigen Kunst, die diese Landesregierung wirklich beherrscht: das Tarnen von Risiken, das Vorspiegeln einer trügerischen Sicherheit, das Verschweigen bestehender Defizite und das Hinausschieben notwendiger Zukunftsmaßnahmen.

Meine Damen und Herren! Von 1978 bis 1992, also in der wesentlichen Zeit, die Ministerpräsident Rau zu verantworten hat, gab es steigende Steuereinnahmen - bis auf das Jahr 1981/1982, als diese berühmte, von der SPD immer als Nullwachstum bezeichnete Stagnation eingetreten ist -, und es gab die massivsten Netto-Neuverschuldungen, die je in einem Land vorgenommen worden sind.

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Da ließen sich gut Geschenke verteilen. Aber die Zeit ist vorbei. Ich glaube schon, daß dieser Ministerpräsident auch gespürt hat, daß seine Art zu regieren in dieser Umbruchsituation nicht gefragt ist, denn ohne Grund hat er sich nicht ins Schloß Bellevue wegbeworben. Ohne Grund bewegt man sich nicht weg von dieser Ministerpräsidentenschaft in Nordrhein-Westfalen, sondern man tut es, weil man spürt: In dieser Zeit sind andere Leute gefragt als Leute mit diesem Regierungsstil Rau.

Meine Damen und Herren! 16 Jahre Rau sind eine lange Zeit, in der man eigentlich vieles bewirken könnte. Es ist eine zu lange Zeit, wenn man die Dinge treiben läßt. Der Ministerpräsident Rau hat seine Ziele in der Regierungserklärung vom 27.09.1978 festgelegt. Das waren seine selbstgesteckten Ziele, die wir uns anschauen sollten, um einmal zu sehen, was denn davon erreicht worden ist.

Übrigens, wenn Sie sich das einmal antun, die Regierungserklärungen über die Jahre zu verfolgen, werden Sie sehen, daß sie immer demselben Zettelkasten und Baumuster entspringen. Da können Sie schon fast festlegen, an welcher Stelle der Regierungserklärung die Kommunalfinanzen kommen.

- (B) Meine Damen und Herren, es ist immer dasselbe. Es sind die gleichen Versatzstücke, und man kann feststellen, daß keines der damals selbstgesetzten Ziele erreicht wurde.

Wir sind in der Zeit des Ministerpräsidenten gegenüber dem Bundesdurchschnitt in erheblichem Maße zurückgefallen. Ich glaube, der schlimmste Vorwurf, den man dieser Regierung machen muß - ich sage das mit allem Ernst, Herr Ministerpräsident Rau -: Sie und Ihre Regierung haben diesem Land Zeit gestohlen.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Champignon [SPD]: Ich glaube, Sie meinen die Regierung Kohl!)

Diese Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann niemand mehr dem Land und seinen Menschen zurückgeben.

Damals, 1978, setzte der Ministerpräsident an die Spitze seiner Prioritätenliste die Themen Arbeitslosigkeit und Stärkung der Wirtschaftskraft - wohlgemerkt: zu einer Zeit, 1978, als Nordrhein-

Westfalen 285 000 Arbeitslose hatte. Wir haben heute 750 000 Arbeitslose. (C)

1966 hinterließ Franz Meyers eine Arbeitslosigkeit von 0,7 %. Das war im übrigen die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen und im Bund; es gab keine Abweichungen. In dieser schwierigen Zeit - Sie erinnern sich an die Kohlekrise damals - war die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen prozentual gleich.

1978, Antritt der Regierung Rau: 4,8 % Arbeitslosigkeit, im November 1994 10,3 % Arbeitslosigkeit. Sie haben es also immerhin geschafft, die Arbeitslosigkeit zu verdoppeln; aber Sie können mir zu Recht entgegenhalten: Auch in der Bundesrepublik insgesamt ist die Arbeitslosigkeit in erheblichem Maße gestiegen. Deshalb will ich dieses Thema überhaupt nicht weiterverfolgen, sondern mich nur auf die prozentuale Quote zurückziehen.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Angsthasel!)

- Hören Sie doch bitte einmal zu! Bevor Sie laut bellen, hören Sie lieber zu und schalten Sie mal Ihren Kopf ein!

(Beifall bei der CDU)

1966: 0,7 % Arbeitslosigkeit überall, 1994: 10,3 % in Nordrhein-Westfalen, 7,9 % in den westlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ich will überhaupt nicht auf Südbayern mit 5,7 % oder Baden-Württemberg mit 7,3 % rekurrieren. Meine Damen und Herren, diese Differenz hat dieser Ministerpräsident zu verantworten, und dafür machen wir ihn verantwortlich! (D)

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Beklagen der Arbeitslosigkeit - das hören wir jetzt seit Jahren - ist es nicht getan, sondern man muß analysieren, man muß entscheiden und man muß handeln, und das vermisste ich bei dieser SPD-Landesregierung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Besonders betroffen sind damals wie heute die Frauen mit 10,3 % Arbeitslosigkeit, die älteren Arbeitnehmer mit 23 %, die Ausländer mit 19,1 %.

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich bei 75 000 jugendlichen Arbeitslosen zwischen 20 und 25 Jahren festgesetzt. Meine Damen und Herren, wir haben hier einen Antrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt. Das einzige, was der SPD dazu eingefallen ist, war, ihn abzulehnen, weil sie offensichtlich auch nicht ertragen kann, wenn sie jemand auf die Probleme in diesem Lande aufmerksam macht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir müssen über Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen sprechen - nicht abstrakt, meine Damen und Herren! Wir sprechen über Strukturveränderungen und über Wachstum, nicht über abstrakte Formeln; wir sprechen darüber, weil damit Arbeitsplätze für die Menschen in Nordrhein-Westfalen, Lebenschancen für Menschen in Nordrhein-Westfalen verbunden sind, und darum haben wir als Politiker uns zu kümmern.

Meine Damen und Herren, gerade um das Ruhrgebiet haben wir hier immer wieder gerungen, um diesen europäischen Kern auch der Montanunion. Die Leistungen der Menschen in diesem Revier sind oft zu Recht als Vorbild auch für all diejenigen bezeichnet worden, die in den neuen Ländern am Aufbau beteiligt sind.

(B)

Schon 1978 läuteten gerade für dieses Gebiet alle Alarmglocken. Was hat Herr Rau damals getan? Auch das einmal zu studieren, ist hochinteressant, weil es genau das gleiche Muster ist, das hier seit Jahren abläuft: Er hat - damals schon - Regionalkonferenzen eingesetzt, er hat Programme verkündet, die wenig Wirkung erzielt haben, hat die Hände in den Schoß gelegt und die Probleme beklagt. Meine Damen und Herren, das ist exakt der Regierungsstil Rau!

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich mich noch einmal an die Debatten der 70er und 80er Jahre auch hier im Landtag um moderne Technologien erinnere, dann kann ich nur sagen: Da war die größte Zukunftsverweigerung bei dieser SPD, weil es schick war, weil es dem Zeitgeist entsprach, gegen moderne Technologien zu sein.

(Beifall bei der CDU)

(C) Ich sage Ihnen deutlich: Gerade bei diesem Thema haben diese Regierung und dieser Ministerpräsident unserem Lande Zeit gestohlen, weil wir jetzt nachholen müssen, was kaum nachzuholen ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In diesen Tagen hat eine Tagung des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen über die Probleme des Ruhrgebiets stattgefunden; Thema: Visionen zur Zukunft des Ruhrgebiets. Herr Clement war dabei anwesend. Dort ist gesagt worden, daß das Ruhrgebiet nicht die prägende Kraft sei, die die Zukunft bestimmt. Meine Damen und Herren, ich finde das außerordentlich bedauerlich.

(Lachen des Ministers Clement)

Ich finde es traurig, daß sich diese Regierung hinstellt, eine solche Analyse zuläßt und dann Herrn Clement als Lösung einfällt:

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Höre sich das einer an!)

Wir müssen es mit "problemlösendem Wachstum" versuchen.

(D) Lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen! In 1994 kommt ein Minister in der Staatskanzlei auf die Idee, Wachstum könnte problemlösend sein - ausgerechnet von den Leuten, die in den 70er und 80er Jahren das Wachstum als etwas verheißungsvoll haben, was das Gefährlichste für Nordrhein-Westfalen sei.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Ministers Clement)

- Herr Clement, Sie können ja gleich alles äußern, was Sie äußern wollen. In Zwischenrufen sind Sie zwar inzwischen groß geworden, was Ihre wachsende Nervosität verrät; aber das sind wir ja gewöhnt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Was Wachstum angeht, so mache ich darauf aufmerksam, daß es der Bundesregierung in den 80er Jahren, gerade seit der Wende 1982, gelungen ist, ein ausgesprochen "sauberes" Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland zu erzeugen. Und das ist

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) wichtig! Wir haben die Flüsse sauberer gemacht, wir haben die Luft sauberer gemacht, wir sind mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz nunmehr auch die Bodenprobleme in erster Linie angegangen. Ich meine, daß all diejenigen Lügen gestraft worden sind, die gesagt haben, wir würden es nicht schaffen, Wachstum, und zwar sauberes Wachstum, weiter zu produzieren, ohne die Umwelt zu verschandeln. Das ist in den 80er Jahren in ungeheurem Maße möglich gewesen und hat dazu geführt, daß gerade in dieser Zeit die Menschen realen Fortschritt im Portemonnaie gespürt haben wie noch nie seit den 50er Jahren. Auch das muß festgehalten werden!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Manchmal setzt sich der Eindruck fest, daß diese Regierung strukturkonservativ ist, wie es schlimmer überhaupt nicht geht. Manchmal hat man den Eindruck, daß sie glaubt, sie müßte ihre Machtbasis im Ruhrgebiet um jeden Preis erhalten und deshalb möglichst die Strukturen konservieren.

- (B) Meine Damen und Herren, Herr Einert ist in seiner Abschiedsrunde, die er nun vor dem Eintritt in die Rente durch alle nordrhein-westfälischen Regionen macht, angetreten, den Mittelstand zu pousieren. Sie können ihn kaum noch von einem guten CDU-Mann unterscheiden, wenn er bei Handwerkskammern spricht.

(Beifall bei der CDU)

Traurig daran ist nur, daß er offensichtlich herumgeschickt wird für bestimmte Klientelen und Zielgruppen, aber seine Politik findet in dieser Regierung überhaupt keinen Rückhalt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Man muß noch einmal daran erinnern, wie hier bestimmte Politik gemacht wird, wie auf einmal 120 Millionen DM aus einem völlig ausgelaugten Haushalt herausgepreßt wurden, um Thyssen und Krupp Subventionen zu beschere, und noch einmal 60 Millionen DM für Technologieförderung obendrauf. Das sind 180 Millionen DM. In der gleichen Zeit bekommt 2,9 Millionen DM die gebeutelte Textilindustrie, deren Probleme und Arbeitsplatzverluste größer sind als im Stahlbereich.

(C) (Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Abgeordneter Tschöeltsch [F.D.P.): Zwei-Klassen-Politik!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben "Versöhnen statt Spalten" auf Ihr Panier geschrieben. Ich nenne eine solche Politik "Mehr Spalten als Versöhnen".

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre, also zu Beginn der Zeit der SPD-Regierungen in diesem Lande, hatten wir gegenüber dem Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland beim Wirtschaftswachstum einen Abstand von 0,2 Prozent pro Jahr. In den 70er Jahren waren es dann 0,4 Prozent pro Jahr, in den 80er Jahren 0,5 Prozent. Das heißt, der Abstand gegenüber den anderen hat sich unter der Regierungszeit Rau mehr als verdoppelt. Das sind genau die Leute, die sich bei der Herausgabe von Monatsmeldungen hinstellen und erklären, wir hätten wieder an das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland angekoppelt. Bei der Jahresbilanz melden sie sich nie.

(D) Meine Damen und Herren, hier wird den Bürgern Sand in die Augen gestreut; denn gerade der Rückstand im Wachstum gegenüber anderen Bundesländern ist es, was dieses Land vom Spitzenplatz heruntergebracht hat, so daß wir uns bei manchen Kriterien mittlerweile im letzten Drittel der "Bundesliga" befinden und in einigen Bereichen gegen den Abstieg kämpfen müssen.

(Beifall bei der CDU)

In den letzten zehn Jahren betrug der Wachstumsrückstand Nordrhein-Westfalens gegenüber dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer über 7 Prozent. Nun könnte man sagen: Was soll's? Aber ein Prozent Wachstum mehr oder weniger in Nordrhein-Westfalen bedeutet 600 Millionen DM mehr oder weniger Steuereinnahmen für dieses Land. Das Fiasko bei diesem Landeshaushalt ist gar nicht so sehr, daß auf der Ausgabenseite bei bestimmten Blöcken auch Geld zum Fenster hinausgeworfen wird, sondern das Fiasko besteht darin, daß wir heute auf der Einnahmenseite allein aufgrund der Entwicklung der

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) letzten 10 Jahre rund 4,5 Milliarden DM weniger bei den Einnahmen stehen haben.

(Beifall bei der CDU)

Das muß eine neue Regierung beseitigen. Wir müssen mindestens an das Wirtschaftswachstum im Schnitt der Bundesrepublik Deutschland anknüpfen, damit wir auf der Einnahmenseite besser werden und Spielräume haben für Familienhilfe, für soziale Ausgaben,

(Beifall bei der CDU)

für Investitionen in die Zukunft, für Investitionen in den Mittelstand, der allein in der Lage ist, Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Einige Daten sind eigentlich Bilanz und Ausweis genug für einen politischen Neuanfang in Nordrhein-Westfalen. Sie, Herr Rau, haben noch 1990 plakatiert: "Nordrhein-Westfalen muß wieder Nummer 1 werden", und zwar mit Ihnen. Ein zweites Mal werden Sie die Menschen nicht an der Nase herumführen können.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Die Menschen - sie merken es sehr genau, und sie sind intelligenter, als viele hier im Landtag glauben -

(Minister Müntefering: Das ist richtig! - Zuruf von der SPD: Siehe Wahlergebnis!)

wissen zu unterscheiden zwischen schlechter Politik und einem sympathischen Menschen, der aber letztlich als Regierungschef diese schlechte Politik zu verantworten hat.

(Beifall bei der CDU)

Statt Präsidialstil zu praktizieren, sollte man die Ärmel aufkrempeln, sollte Kompetenz beweisen und sollte führen; das ist dieser Zeit angemessen.

(Beifall bei der CDU)

Hätten wir in der Ära Kohl seit 1982 die Entwicklung gehabt, wie sie die übrigen westlichen Bundesländer erlebt haben, wäre unser Bruttosozialprodukt in dieser Zeit um 40 Milliarden DM pro

Jahr stärker gestiegen, hätten wir 500 000 Arbeitsplätze mehr geschaffen. Wir haben statt dessen in den letzten drei Jahren 320 000 Industriearbeitsplätze verloren. Der DGB spricht bereits von einem Prozeß der Entindustrialisierung in Nordrhein-Westfalen und einer Gefährdung des Standortes Nordrhein-Westfalen. Das ist also keine Schwarzmalerei der Opposition, die Sie so gerne beklagen, sondern das ist sicherlich eine gerade in diesem Bereich als seriös zu bezeichnende Quelle. (C)

Meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Selbständigenlücke. Das größte Flasko überhaupt ist, daß diejenigen, die Arbeit geben, zu wenige geworden sind. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Selbständigenlücke von 23 000 Betrieben gegenüber dem Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland. Wenn Sie sehen, wie viele Arbeitnehmer normalerweise in diesen Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt werden, stellen Sie fest, daß allein in diesem Bereich 180 000 Arbeitsplätze fehlen. Nur Bremen, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern haben weniger Handwerksbetriebe pro 1 000 Einwohner als Nordrhein-Westfalen.

Der Mittelstand ist bei uns mit 46 Prozent am Gesamtumsatz beteiligt, im Bund mit über 49 Prozent. Auch hier klafft eine Lücke. Diese Lücke ist natürlich nicht in einem Jahr zu beseitigen. Was die SPD hier verursacht hat, ist ein schleicher Prozeß über Jahre hinweg gewesen. (D)

(Beifall bei der CDU)

1978 propagierte Rau völlig zu Recht die Schaffung von Arbeitsplätzen als vorrangig. Die Stabilität des Wirtschaftswachstums spielte damals in seinen Ausführungen eine große Rolle. Er nannte beide Ziele als vorrangig vor der Solidität des Haushaltes.

Meine Damen und Herren, auf dem Essener Parteitag 1980 erklärte Rau - den Spruch müssen Sie sich auch auf der Zunge zergehen lassen -: "Schulden von heute sind die Steuerkraft von morgen". Klingt das nicht herrlich? Das klingt fast so schön wie "Wandel braucht Zeit!"; auch so eine Formulierung des Ministerpräsidenten, die ja ungemein sympathisch ist, die aber dazu geführt hat, daß wir eben mit unseren langsamen Entscheidungen, mit dem dauernden Einsetzen von Kommissionen, mit dem Vertagen und Verzögern

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) an Dynamik verloren haben. Wir sind zum Teil gar nicht schlechter geworden, aber die anderen sind besser geworden, und das ist es, was wir zu beachten haben.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

Heute, meine Damen und Herren, mit diesem schönen Slogan "Schulden von heute sind die Steuerkraft von morgen!", heute sitzt das Land auf seinen Schulden und trauert der Steuerkraft von gestern nach. Das ist, um es auf einen Satz zu bringen, Politik nach dem Motto: Uns das Vergnügen und den Enkeln die Rechnung. - Dies ist mit der CDU nicht zu machen!

(Beifall bei der CDU)

Das Vergnügen wird für die SPD jetzt ein Ende haben, denn wir von der CDU werden dafür sorgen, daß unsere Kinder und Enkel mit Nordrhein-Westfalen wieder eine Zukunft haben.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Wir haben ein Etatvolumen von 86 Milliarden DM. Wir haben Schulden von 120 Milliarden DM. Wir haben Zinsen von 23 Millionen DM täglich. Und wir haben, wenn man den Landeshaushalt einmal bilanzmäßig aufzieht, Rückstellungen für Pensionslasten in Höhe von 80 Milliarden DM zu machen. Das ist die eigentliche Zeitbombe, die in diesem Landeshaushalt tickt! Das ist es, was Zukunftsspielräume in ungeheurem Maße einengt. Wenn wir sehen, daß wir von heute 5 Milliarden DM Pensionslasten bis zum Jahre 2005 auf 10 Milliarden DM hinaufgehen werden, dann wissen Sie ganz genau, wie bei der Entwicklung dieses Haushalts Schwierigkeit über Schwierigkeit auf jede Regierung der nächsten Zeit zukommen wird. Diese Hinterlassenschaft der Regierung Rau stellt uns vor schwerste Aufgaben. Bei knappen Kassen müssen wir entschulden, müssen sanieren, müssen modernisieren. Es ist uns mit der Politik der 80er Jahre Zeit gestohlen worden, die wir jetzt nötig haben, um wieder einigermaßen Anschluß an das zu finden, was sich anderswo getan hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen auch, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die CDU wird nach dem Motto ver-

fahren: Mit uns gehts sparsam zu, aber gerecht! Wir werden eine Wirtschaftspolitik machen, die gerade die Einnahmeseite des Haushalts wieder stärkt, und wir werden mit neuen Ideen Politik machen. Denn in dieser Zeit kommt es weniger darauf an, dauernd nach mehr Geld zu schreien, sondern darauf, sich etwas Neues einfallen zu lassen. Und das wollen wir uns einmal an bestimmten Bereichen anschauen.

(Beifall bei der CDU)

Die wichtigste Ressource, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, ist der Rohstoff Grips. Wir haben es aber seit Jahren mit einer ideologisch eingefärbten Schulpolitik zu tun. Wenn der Ministerpräsident nicht in der Lage ist, sie zu ändern, beruft er eine Kommission ein. So haben wir ja seit zwei Jahren eine hochkarätige Sachverständigenkommission. Ich bin sehr gespannt auf das Ergebnis. Offensichtlich sind ja die vielen Hunderte, die sich in diesem Land in offiziellen Diensten des Staates mit Schulpolitik beschäftigen, nicht in der Lage, so etwas zu machen, sondern wir müssen uns des Sachverständes von außen bedienen. Ich wage nur einmal anzumerken, ob solche Kommissionitis, die hier im Lande eingerissen ist, wohl deshalb stattfindet, weil der Ministerpräsident nicht imstande ist, den Knoten durchzuhauen, und versuchen muß, über die Schwierigkeiten einer gespaltenen Fraktion mit solchen Methoden hinwegzukommen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

Wir hatten letzten Mittwoch hier vor dem Landtag den Protest der Realschüler und der Realschullehrer. Allein 20 000 Realschüler mehr in 1994/95, das heißt eigentlich: Für diese Form des gegliederten Schulwesens werden 1 000 Lehrer mehr benötigt. Statt dessen hat diese Schulform in der gleichen Zeit 186 Lehrer verloren. Das ist programmierter Unterrichtsausfall, um den wir uns zu kümmern haben!

(Beifall bei der CDU - Zustimmung des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

Wir müssen uns darum kümmern, daß wir Leistungen und Begabungen wieder fördern. Wir können uns nicht lange damit aufhalten, wie der interne Streit in der SPD zwischen Gesamtschulbefürwortern und denjenigen, die nach 25 Jahren

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) diese Schulform mittlerweile kritisch beurteilen, wohl ausgehen wird. Ich sage Ihnen klar: Die Gesamtschullehrer, die 30, die nun einmal so mutig waren, offen Stellung zu nehmen, die offen erklärt haben, daß in diesem Bereich sicherlich Begabungen erstickt werden, daß es zu Ghettoisierungen kommt - ich will die ganzen Beschreibungen dieser Lehrer nicht wiederholen -, die uns veranlaßt haben, nach 25 Jahren doch einmal eine Bestandsaufnahme zu fordern, die von der Regierung verweigert wird - man muß sich überhaupt einmal vorstellen, was da passiert! - -

(Beifall bei der CDU)

Sie glauben gar nicht, wie viele Briefe ich von Gesamtschullehrern bekomme, die sich darüber beschwerten, welch zum Teil - man muß fast sagen - totalitäres Regime an manchen Schulen dieser Art herrscht, wo sie praktisch kujoniert werden, damit sie nicht aufmucken und nicht die schlechten Ergebnisse, die gerade im pädagogischem Bereich vorhanden sind, an die Öffentlichkeit bringen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Wir werden dauernd gebeten: Schafft keine neuen Gesamtschulen mehr! - Ich sage Ihnen sehr deutlich: Mit einer CDU-geführten Regierung wird es eine Bestandssicherung der vorhandenen Gesamtschulen geben, aber es wird keine neuen Gesamtschulen geben.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung des Abgeordneten Dr. Rohde [F.D.P.])

Mit einem Zentralabitur werden wir die Leistungen vergleichbar machen, damit Jugendliche Chancen bekommen. Denn was passiert heute? - Wir verschieben das Nadelöhr immer weiter nach hinten. Wir haben es früher im Eingang zur weiterführenden Schule gehabt, wir haben es früher beim Abitur gehabt, wir haben es früher mit dem Eingang in die Hochschule gehabt. Jetzt haben wir es verlagert bis hin zum Examen. Und dann kommt das große Theater, wenn die Wirtschaft diese Menschen nicht aufnimmt. Meine Damen und Herren, ich stehle diesen Menschen Zeit - und das ist das Schlimmste, was ich als Politiker überhaupt machen kann!

(Beifall bei der CDU)

- (C) Und wir werden die Diskriminierung gegenüber den anderen Schulsystemen, nämlich denen des gegliederten Schulsystems, aufheben. Wir werden Ganztagsbetrieb dort ermöglichen, wo der Bedarf ist. Denn das ist es ja vor allem, was die Eltern ihre Kinder zur Gesamtschule anmelden läßt. Das ist diese Wettbewerbsverzerrung, die hier stattfindet. Ich empfinde es als eine absolute Ungerechtigkeit, wenn man solche Bevorzugungen in einem System stattfinden läßt, wo auf Bedarf in der Bevölkerung reagiert wird, und anderen Systemen - jedenfalls zum großen Teil - diese Zukunftschancen verschließt.

(Beifall bei der CDU)

Im Wahlkampf zeigte die SPD drei wunderschöne Babys. Es war ein entzückendes Foto. Darunter stand, daß mehr Kindergeld gewährt werden sollte. Ein wunderschönes Anliegen!

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren! Das wird von den Leuten plakatiert, die genau wissen, daß sie damit einen Griff in die Tasche und das Portemonnaie des anderen tun, nämlich des Bundes, die aber dort, wo sie selbst Verantwortung tragen, nämlich für den Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen, mehrmals hintereinander das von uns beantragte Landeserziehungsgeld eiskalt abgelehnt haben.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne es doppelte Moral,

(Beifall bei der CDU)

wenn man das, was andere Länder leisten, hier nicht zu leisten imstande ist und sich weigert, jungen Familien diese Chancen zu geben, aber mit dem Zeigefinger darauf hinweist, daß doch bitte andere zahlen sollen.

Das gleiche geschieht im Wohnungsbau. Auch auf dem Gebiet wird jungen Familien Zeit gestohlen, da nämlich die Eigentumsquote bei uns so schlecht wie in keinem anderem Land ist und es jungen Familien bei den Förderprogrammen nur in völlig unzureichendem Maße möglich ist, Eigentum zu bilden, das viele Lebenschancen und Frei-

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) heiten überhaupt gewährt. Das ist die Politik, die in Nordrhein-Westfalen dringend geändert werden muß!

(Beifall bei der CDU)

1978 feierte Johannes Rau in der Regierungserklärung, die Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen sei endgültig beseitigt. 1994 fehlen knapp 400 000 Wohnungen; wir sind mit 4,49 Wohnungen pro tausend Einwohner das Schlußlicht der Flächenländer.

Nun werden Sie, Herr Rau, sicherlich nach bewährtem Muster nachher ans Pult gehen und erklären: Was will denn der Linssen überhaupt? Wir haben doch schließlich die meisten Wohnungen, die meisten Kindergärten! - Wir alle kennen das.

(Zurufe von der CDU)

Ich hätte demgegenüber eben genauso sagen können: Wir haben die meisten Arbeitslosen; wir haben sie absolut, aber auch prozentual im Verhältnis zur Bevölkerung.

(Zuruf des Abgeordneten Reul [CDU])

- (B) Das Schindluder, das diese Regierung mit der Statistik im Land Nordrhein-Westfalen treibt,

(Heiterkeit bei Minister Clement und bei Minister Schleußer)

muß endlich aufhören, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch so, daß einige neue Bundesländer mittlerweile eine bessere Eigentumsquote im Wohnungsbau als Nordrhein-Westfalen haben.

(Abgeordneter Reul [CDU]: Das ist wahr!)

- Ja, meine Damen und Herren, das ist wahr.

Wir werden mit neuen Ideen, mit neuen Förder Richtlinien mehr aus dem gleichen Geld machen. Ich glaube, der Betrag - dreieinhalb Milliarden aus dem Wohnungsbauvermögen und aus dem Landeshaushalt -, der hierfür aufgewandt wird, ist

(C) eine ungeheure Summe. Daran übe ich überhaupt keine Kritik. Wenn aber daraus praktisch 100 000 DM pro Wohnung verwendet werden, um den sozialen Wohnungsbau überhaupt zu fördern, während z. B. Baden-Württemberg das gleiche mit 50 000 DM macht, dann frage ich mich, ob Sie an der Ideologischen

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das zeigt, daß Sie keine Ahnung haben! - Heiterkeit bei der CDU)

Verengung weiter festhalten müssen, indem Sie eine Mietbindungszeit von 30 bis 35 Jahren zur Pflicht machen, anstatt zu sagen, 10 bis 15 Jahre reichen aus, um in dieser Zeit des Wohnungsmangels den Leuten zu helfen und sie nicht auf spätere Zeit zu vertrösten.

(Beifall bei der CDU)

(D) Denn auch Sie wissen nicht, wie die Wohnungsmarktvorsorgung in zehn Jahren sein wird. Das wird vor allen Dingen davon abhängen, in welchem Maße in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland die Zuwanderung weiter stattfindet, wie die Single- und die Wohlstandsentwicklung insgesamt aussehen werden und wie viele Quadratmeter pro Einwohner an Wohnraum zur Verfügung stehen müßten.

Meine Damen und Herren! Ein beliebtes Thema ist das Verschieben der Verantwortung nach Bonn. Der Herr Ministerpräsident versteht es wie kein anderer - man muß ihm in der Hinsicht wirklich Hochachtung zollen -, draußen den Eindruck zu erwecken, alles Gute komme aus Düsseldorf, und alles Schlechte aus Bonn. Das ist eine hohe Kunst, von der man nur lernen kann.

(Ministerin Brunn: Ja! - Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Wollen wir das wirklich lernen?)

Damit werden die Probleme jedoch nur verkleinert. Deshalb bin ich der Meinung, wir sollten gemeinsam dafür eintreten, daß die Mischfinanzierungstatbestände möglichst verringert, wenn nicht gar abgeschafft werden.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Frau Bruns beklagt bei Mängeln im Wohnungsbau, Bonn gebe nicht genug Geld. Gleiches wird in anderen Bereichen, wie z. B. im Straßenbau, behauptet, oder Frau Brunn äußert zur Hochschulpolitik ebenfalls, Bonn gebe nicht genug Geld.

(Ministerin Brunn: Stimmt!)

Dabei sind gerade wir Länder doch in der Lage, in diesen Bereichen das selbst zu machen. Wir brauchen dazu nicht die Unterstützung der Bürokratie in Bonn.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Bonn seine Apparate schlanker machen will, sind das gute Anregungen, um die garantierte Einsparung von 1 % an Personal zu realisieren. Aber freuen Sie sich nicht zu früh, Herr Clement!

(Minister Clement: Doch, ich freue mich!)

Jetzt kommen wir nämlich zum Land. Das Land hat das gleiche im Verhältnis zu den Kommunen zu beachten. Natürlich müssen wir uns fragen, ob es - wie wir es im Landtag tun - überhaupt noch zeitgemäß und richtig ist, wenn wir uns in alle Tatbestände mit Mischfinanzierung hineinhängen.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Manchmal habe ich den Eindruck, Sie legen deshalb so viel Wert auf Zweckzuweisungen an die Kommunen in dieser ungeheuren Höhe nach dem Motto "Liebe Kommune, du bekommst 80%, und 20% darfst du selber geben", weil die Minister offensichtlich zur Einweihung kommen möchten, um für die Vergabe von Steuergeldern, die uns allen gehören, meine Damen und Herren, noch abgefeiert zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen uns aber auch von bestimmten Bereichen trennen, die Aufgaben verlagern und vor allen Dingen die Finanzmittel, wie es gegenüber Bonn eingefordert wird, mitliefern.

(Minister Schleußer: Völlig richtig!)

Wenn wir das machen, werden wir feststellen, daß die Politiker in den Kommunen wieder Spaß an ihrer Arbeit haben, weil sie nämlich selbst etwas entscheiden dürfen. Es kommt darauf an,

- meine Damen und Herren, daß in den Räten vor Ort nicht nur das nachvollzogen wird, was in Brüssel, Düsseldorf und Bonn beschlossen wird, sondern daß sie über genügend Schlüsselzuweisungen verfügen, um selbst Entscheidungen treffen zu können. (C)

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich hatte darüber gesprochen, daß die Zuwanderung ein wichtiges Kriterium sein wird, wie sich diese Gesellschaft weiterentwickelt. Wir haben mit der Diskussion über Asyl hier im Landtag Nordrhein-Westfalen sicherlich ein Beispiel dafür gehabt, wie Menschen wie ich, die die Wahrheit in diesem Bereich auf den Tisch gelegt haben, diffamiert wurden, wie Sie, Herr Schnoor, mir vorgeworfen haben, ich betriebe einen Wettlauf um Schabigheit. - Ich habe zwar als Christ gelernt: Man muß vergeben. Das werde ich auch tun, aber ich werde das nie vergessen, Herr Schnoor.

(Beifall bei der CDU - Lachen der Minister Dr. Schnoor und Schleußer)

- Genauso ist es wichtig, daß wir uns darum kümmern, die importierte Kriminalität zu bekämpfen. Ich sage ganz deutlich: Diejenigen, die als fast "einheimische" ausländische Mitbürger hier leben, unterscheiden sich gerade bei der Kriminalitätsrate in keiner Weise von der inländischen Bevölkerung. Aber was wir an importierter Kriminalität bekommen, an Durchreisenden in bestimmten Bereichen der Prostitution, der Geldfälschung, des Drogenhandels, das kann nicht durch die Verweigerung einer bestimmten Statistik wegdiskutiert werden, sondern da müssen die Fakten auf den Tisch, und die entsprechenden Maßnahmen müssen getroffen werden. (D)

(Beifall bei der CDU)

wie überhaupt der Bereich der inneren Sicherheit etwas ist, was der Staat zu gewährleisten hat, meine Damen und Herren. Es kann nicht eine Entwicklung bei uns eintreten, daß diejenigen, die Geld im Portemonnaie haben, sich private Wachdienste leisten, und diejenigen, die das nicht können, durch die Röhre gucken. Das ist mit der CDU nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Aber da muß die Polizei eben personell und technisch anständig ausgestattet werden. Es ist hochinteressant, in der Regierungserklärung von Herrn Rau von 1978 einmal nachzulesen. Da betont er, die personelle und technische Ausstattung sei hervorragend und in jeder Hinsicht den Anforderungen gewachsen. - Sie können sich kaum erinnern, Herr Rau, daß Sie so etwas einmal gesagt haben. Das entnehme ich jedenfalls Ihrem Blick jetzt.

Die Sicherheits- und Kriminalitätslage hat sich seitdem natürlich entscheidend verändert. Die Straftaten haben dramatisch zugenommen. Wir werden in den nächsten Monaten sicherlich immer wieder von Herrn Schnoor das Lied hören, daß das subjektive Sicherheitsgefühl der Leute überhaupt nichts damit zu tun hat, wie es objektiv aussieht. - Nein, meine Damen und Herren, so einfach kann man sich das nicht machen. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Leute ist Ausfluß von objektiven Daten, ist Ausfluß einer Verdoppelung der Straftaten in den letzten 20 Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben 1993 1,4 Millionen Straftaten in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Das sind 160 Straftaten pro Stunde.

- (B) Die organisierte und grenzüberschreitende Kriminalität ist zu einer echten Bedrohung unseres Gemeinwesens geworden. Das war 1978 sicherlich so nicht vorauszusehen. Da muß ich den Ministerpräsidenten jetzt einmal in Schutz nehmen - das konnte er in der Regierungserklärung 1978 wirklich nicht voraussehen.

(Lachen und Nicken des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

Nur, meine Damen und Herren, was ich der Landesregierung vorhalten muß, ist ihre Unfähigkeit, auf die veränderte Bedrohungslage angemessen zu reagieren.

(Beifall bei der CDU)

In personeller und technischer Hinsicht hinkt die Polizei ein volles Jahrzehnt hinter der Kriminalitätsentwicklung her. Meine Damen und Herren, und da ist den Menschen bei uns ebenfalls Zeit

gestohlen worden. Wir hätten uns in diesen zehn Jahren anpassen müssen. Wir hätten in den 80er Jahren nicht - von Herrn Schnoor angeführt - über die EDV als Jobkiller in Nordrhein-Westfalen diskutieren dürfen, sondern wir hätten Kommunikationssysteme einführen müssen, die die Beamten vor Ort in ihrer Verwaltungstätigkeit entlasten und ihnen die Möglichkeit geben, auf Streife zu gehen. Den Schutzmann an der Ecke brauchen wir, und den gibt es mit der CDU.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch des Ministers Clement)

- Herr Clement, wenn heute die Beamten auf Dienstfahrrädern hinter Kriminellen herjagen, die im Ferrari unterwegs sind, frage ich mich: Was soll das denn überhaupt?

(Beifall bei der CDU)

Sie sind wahrscheinlich schon lange nicht mehr auf den Wachen gewesen.

(Widerspruch des Ministers Clement)

Gehen Sie da einmal hin! Wissen Sie, was auf den Wachen zur Zeit passiert? Da werden PC hingestellt,

(Abgeordneter Jäcker [CDU]: Ja, Schreibmaschinen!)

damit wir Abgeordneten den Eindruck haben, da werde jetzt EDV eingeführt.

(Minister Clement: Sie gehen wahrscheinlich mit dem PC in ähnlicher Form um! Bitte keine Phrasen!)

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich das wirklich einmal ansehen: Diese PC sind nicht mehr als etwas intelligentere Schreibmaschinen.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Reul [CDU]: Exakt!)

Sie sind ohne entsprechende Software. Es gibt keine Verknüpfung, keine Vernetzung der Computertechnik.

(Minister Dr. Schnoor: Wir haben sie entwickelt! Wir haben's gemacht!)

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) - Herr Schnoor, Sie hat man 1980 zum ADV-, das heißt EDV-Beauftragten des Landes gemacht; ich erinnere mich daran.

(Minister Dr. Schnoor: 1980!)

Ich glaube, man hat nie einen größeren Fehler gemacht. Da ist der Bock zum Gärtner gemacht worden, wie es schlimmer überhaupt nicht geht.

(Beifall bei der CDU - Lachen des Ministers Dr. Schnoor)

Also: Mit uns gibt es diese Einrichtung von Kommunikation.

(Zuruf des Minister Clement)

Mit uns gibt es das Freischaufeln von Verwaltungstätigkeit über Verwaltungsangestellte, wie wir es im Haushalt dieses Jahres vorgetragen haben. Mit uns gibt es mehr Polizisten, mehr Anwärter. Und mit uns gibt es eine freiwillige Polizeireserve, meine Damen und Herren.

(Lachen des Abgeordneten Frechen [SPD] und Zuruf: Das ist ja toll!)

- (B) - Ich habe nur darauf gewartet, daß einige bei Ihnen lachen. Was wir erlebt haben, als wir dieses Programm vorlegten! Wir haben es uns in Berlin und in Baden-Württemberg gründlich angeguckt.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Fragen Sie mal Kanther!)

Es gibt auch die bayerischen Experimente, die jetzt laufen.

Ich habe den Kolleginnen und Kollegen immer gesagt: Laßt euch von dem Widerstand, der euch entgegengesetzt wird, nicht irritieren! Es wird die Zeit kommen, da Herr Schnoor genauso wie bei Asyl, genauso wie bei der Ausländerkriminalitätsstatistik,

(Abgeordneter Reul [CDU]: Er ist schon dran!)

genauso wie bei der Deeskalationsstrategie, wie sie jetzt in Essen bewiesen worden ist, doch noch vernünftig wird.

(Beifall bei der CDU - Lachen des Ministers Dr. Schnoor - Zuruf des Abgeordneten Reul [CDU]) (C)

Und siehe da! Es geschehen Zeichen und Wunder: Es geht schneller, als man erwartet. Da verkündet Herr Schnoor dieser Tage in einem Interview der "Glocke", so schlecht finde er das mit der freiwilligen Polizeireserve gar nicht.

(Abgeordneter Reul [CDU], auf Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD] zeigend: Aber sein Kumpan!)

Er sehe mit Interesse den Experimenten in Bayern entgegen. - Das heißt, lieber Herr Schnoor: Lassen Sie sich nicht immer von bestimmten Leuten, die Ihnen etwas einflüstern, in Ihrer Ablehnung programmieren, sondern lassen Sie sich auch einmal von der CDU beraten. Da kommen Sie zu guten Ergebnissen!

(Beifall bei der CDU - Lachen des Ministerpräsidenten Dr. Rau und der Minister Dr. Schnoor und Schleußer)

Aber, meine Damen und Herren, bei Herrn Schnoor kommt die Erkenntnis ja immer zu spät. Auch da wird den Leuten in Nordrhein-Westfalen wieder Zeit gestohlen. Aber Herr Schnoor wird in der kommenden Legislaturperiode keine Gelegenheit mehr haben, der späten Einsicht zu folgen, denn den längst überfälligen Regierungsentwurf, den legen wir dann vor, meine Damen und Herren! (D)

(Beifall bei der CDU - Lachen auf der ganzen Regierungsbank)

Ich würde mich ja fürchterlich gern noch einmal über Meinungsführerschaft der CDU in dieser Legislaturperiode hier auslassen; ich will das auf den Bereich der Kommunalverfassung beschränken. Meine Damen und Herren, wie da durch diese völlig verkrustete, zu neuen Ideen überhaupt nicht fähige SPD wieder Zeit vertan wurde, das ist exemplarisch.

(Beifall bei der CDU)

Da muß die CDU schon mit einem Volksbegehren drohen, damit sich Herr Schnoor endlich durchsetzen kann. Herr Schnoor, eigentlich verdienen wir eine Auszeichnung durch Sie!

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) (Beifall bei der CDU - Minister Dr. Schnoor:
Ich stelle einen Antrag beim Ministerprä-
sidenten! Ich beantrage einen Landesorden
für Sie!)

Wer hat Ihnen in dieser Legislaturperiode mehr
geholfen? Sie haben einen Entwurf vorgelegt, den
Ihre Partei in Hagen versenkte.

Dann hat sich die CDU stützend an Ihre Seite ge-
stellt.

(Zuruf des Abgeordneten Reul [CDU])

Dann haben wir endlich in Nordrhein-Westfalen
das Thema "Mehr Demokratie wagen" gehabt.
Das war doch einmal ein großes Thema der SPD.
Meine Damen und Herren, wer heute in
Nordrhein-Westfalen mehr Demokratie wagt, das
ist allein die CDU in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD enthält ja jetzt mit dem Modell, das ver-
kündet worden ist, den Bürgern weiterhin konse-
quente Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermei-
ster vor. Parteipolitisch neutrale, gar unabhängige
Bewerber und kraftvolle Persönlichkeiten haben in
dem starren Parteidenken der SPD keinen Platz.

- (B) Meine Damen und Herren, wir wollen das auch
weiter sein: Die Partei, die mit neuen Ideen mehr
Demokratie wagt. Das wird ein Zeichen von CDU-
Politik sein.

(Beifall bei der CDU)

Wie Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen
Zeit gestohlen haben, kann man an den fehlenden
Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen beweisen. Stel-
len Sie sich einmal vor, die A 44 wäre vor zehn
Jahren begonnen worden, als Herr Zöpel hier ve-
hement gegen diese Trasse angekämpft hat! Stel-
len Sie sich einmal vor, die DÜ-BO-DO wäre
schon in Angriff genommen worden! Stellen Sie
sich einmal vor, wir hätten eine ökologisch ver-
trägliche Trasse für die A 4

(Minister Dr. Schnoor: Durch das Rothaar-
gebirge!)

- durch das Rothaargebirge - gefunden! Wir haben
doch auch hier eine ökologisch verträgliche Tras-
se im Konsens gefunden. Nur: Sie haben zehn

Jahre verpennt. Und das ist der Vorwurf, den ich (C)
Ihnen mache.

(Beifall bei der CDU)

Sie werden bei der A 4 zu den gleichen Erkennt-
nissen kommen, aber wieder zehn, nein zwanzig
Jahre zu spät. Denn wegen dieser Trasse ist ja
schon 1979 Deneke zurückgetreten. Meine Da-
men und Herren: Deneke, Bäumer, Matthiesen.
Herr Kniola zeigt Aufweichungstendenzen; aber er
traut sich natürlich nicht, das in seiner Fraktion
wirklich zu vertreten. Er ist jetzt leider nicht da,
aber er kennt meine Meinung und weiß auch sel-
ber, wie er bei diesem Thema "herumeiert".

Meine Damen und Herren, Sie haben den Men-
schen in der Umweltpolitik Zeit gestohlen. Wer
hat eigentlich die Großfeuerungsanlagenverord-
nung in Bonn beschlossen? War das die SPD,
oder war das CDU? Wer hat für die Entstickung
und Entschwefelung der Kraftwerke in Nordrhein-
Westfalen gesorgt? Dieser Entwurf - das wissen
Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD
ja gar nicht - lag seit 1979 in den Schubladen in
Bonn. Das haben wir ja erfahren, als Herr Wall-
mann dann diese Verordnung erlassen hat. Die
NRW-SPD-Regierung hat sich vehement - das ist
aktenkundig - dagegen sträubt, weil natürlich die
Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen damit
teurer wurde. Es war die CDU-Regierung, die
nach dem Wechsel diese Großfeuerungsanlagen-
verordnung aus der Schublade geholt, durchge-
setzt und damit die Luft in Nordrhein-Westfalen
sauberer gemacht hat.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Man kann es noch viel enger fassen. Man kann ja
sagen: Herr Matthiesen hat den Menschen Zeit
gestohlen, indem er fast ein Jahr zu spät auf die
Dioxin-Vorfälle in Dortmund reagiert hat.

(Beifall bei der CDU)

Auch das ist etwas, wo es Sozialdemokraten of-
fensichtlich egal ist, Versäumnisse bei bestimm-
ten Punkten über die Zeit zu schleppen.

Ein ganz tolles Stück ist natürlich Verwaltungs-
strukturreform. Meine Damen und Herren, Ver-
waltungsstrukturreform ist ein fürchterlich star-
res, sprödes Wort. Das heißt also: Wie mache ich
den Staat schlanker? 1981 hatten wir hier im

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Landtag eine Diskussion - da war ich gerade junger Abgeordneter - über das Ellwein-Gutachten. Viele von Ihnen mögen sich daran erinnern. Ellwein schlug damals vor: Schafft doch bestimmte Gesetze ab, trennt euch von bestimmten Standards, kommunalisiert bestimmte Aufgaben - all das, worüber wir heute sprechen. Ich höre noch Herrn Schnoor hier, wie er vehement alles abgelehnt hat.

Das war ja die Zeit, als diese SPD unter Führung von Rau versuchte, die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen dadurch zu beseitigen, daß möglichst viele Leute in den öffentlichen Dienst eingestellt wurden. Das hat übrigens Mitterrand in Frankreich auch einmal versucht. Er hat nach zwei Jahren ganz schnell umgeschaltet, weil er gemerkt hat: Das war nichts. Das war ein Griff ins Klo. Den hat diese Regierung aber unheimlich lange durchgehalten, und das sind im Grunde die Pensionslasten, die wir heute zu beklagen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

Sie kommen alle aus dieser Zeit.

- (B) Heute fragt man sich natürlich: Wie kommen Herr Schnoor und Herr Schleußer jetzt wohl auf die Idee zu sagen: Wir müssen dringend privatisieren - zur Privatisierung muß ich nachher auch noch etwas sagen, Herr Schleußer -, wir müssen dringend deregulieren, wir müssen kommunalisieren. Meine Damen und Herren, wenn Schnoor und Schleußer das gemeinsam machen, muß man als Opposition immer vorsichtig sein, wenn man Wahrer der Finanzinteressen der Kommunen sein will. Denn dann ist natürlich geplant, sich von Aufgaben zu trennen und gleichzeitig die Finanzmassen, die in diese Aufgaben fließen, möglichst für sich selber zu kassieren, damit der Haushalt noch einigermaßen ausgeglichen wird.

(Beifall bei der CDU)

Aber es ist erstaunlich, Herr Schnoor, zu welchen Wandlungen Sie da fähig sind. Offensichtlich heißt das Sprichwort dieser Landesregierung: Not lehrt Beten. Sie kommt jetzt auf einmal auf Ideen. Da reden Leute von Subsidiarität, die vor fünf Jahren noch gar nicht wußten, wie das geschrieben wurde, Herr Schnoor. Es ist erstaunlich,

- (C) wenn ich das alles höre. Aber das ist eine Diskussion, die wir 1981, nach der Ellwein-Diskussion, hier hätten zu Ende bringen müssen

(Beifall bei der CDU)

und nicht 13 Jahre später, wo wir in der Zwischenzeit Milliarden unnütz ausgegeben haben - um auch das einmal klar zu sagen -, weil wir die Apparate nicht schlank und effizient gemacht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese schlanke Regierung wird uns ja Herr Rau sehr wahrscheinlich heute vorführen. Ich bin unglaublich gespannt, wie er heute die Namen seiner künftigen Regierungsmitglieder, mit denen er in den Landtagswahlkampf ziehen wird, verkünden wird.

(Lachen des Ministerpräsidenten Dr. Rau - Zurufe)

- Er lacht ja nur. Ich meine, Herr Farthmann und liebe SPD-Fraktion: Wenn Sie sich nicht ganz an der Nase herumgeführt vorkommen wollen, dann müßten Sie doch hier einen Riesenprotest loslassen.

- (D) Da erzählt Ihnen der Ministerpräsident dieses Landes, Johannes Rau, am 31. Mai in einer Sitzung der SPD-Landtagsfraktion - das wird den Journalisten auch schriftlich gegeben -: Wir dürfen sie nicht enttäuschen - also die Menschen, sagt Johannes Rau. Und er fährt wörtlich fort: "Wenn der Haushalt dann im Landtag debattiert wird, streiten wir über den besten Weg unseres Landes, und dann wird auch klar sein, in welcher Formation wir in die Landtagswahl gehen. Dann wird klar sein, mit welchem Team, mit welchen Frauen und Männern ich gemeinsam mit der Fraktion und dem Landesverband die Zukunft bis zum Jahre 2000 gestalten möchte."

Meine Damen und Herren, darauf warten wir. Hic Rhodus, hic salta, wurde früher immer gesagt. Darauf warten wir.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und wir sind der Anwalt Ihrer SPD-Fraktion, Herr Ministerpräsident, denn sie hat ein Anrecht dar-

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) auf, daß Ihre Worte, die Sie gesagt haben, auch Wirklichkeit werden. Sie erzählen doch nicht irgend etwas für Kinderbücher.

(Lachen des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

Aber die SPD - ich nehme an, Herr Farthmann wird das gleich wieder einklagen -, Herr Farthmann hat es ja eigentlich seit zwei Jahren aufgegeben, die Umformung der Regierung zu verlangen. Das hat er ja aufgegeben. Aber er war unheimlich zufrieden, als Rau am 31. Mai diesen Satz gesprochen hat; denn er hat gesagt: Jetzt werde ich doch später Sieger, jetzt muß er zumindest Namen nennen, mit denen er in den Landtagswahlkampf ziehen will.

Herr Rau, wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich das heute tun. Ich würde diese ganze Opposition mit ihren fürchterlichen Tiraden in die Ecke stellen und würde sagen: Hier stehe ich, Johannes Rau, so eine Mannschaft habe ich, und dann werdet ihr als Opposition eurer blaues Wunder erleben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Minister Dr. Schnoor: Das ist ja eine richtige Büttensprache!)

- (B) Herr Ministerpräsident, wenn Sie es nicht tun, dann frage ich allerdings allen Ernstes: Sind Sie überhaupt noch zur Führung in der Lage?

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Hardt [CDU]: Das ist wohl wahr!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden in der nächsten Legislaturperiode die Bürokratiediskussion intensiv führen müssen. Wir müssen die Verwaltung modernisieren. Wir müssen es allein wegen des Wettbewerbs in Europa, wegen der Genehmigungsverfahren, die damit zusammenhängen, und wir müssen es natürlich aus Finanzgründen dringend tun.

Ich gehe davon aus, daß es in der Politik ein guter Grundsatz ist, wenn Politiker mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn ich diese Verschlinkung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen voranbringen will, dann muß ich selber mit gutem Beispiel in der Landesregierung vorangehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Und das heißt - man sagt immer, der Fisch stinkt vom Kopf her -, ich muß bei Ministerien anfangen und das vormachen, was ich von anderen verlange. Ich muß klar sagen: Zwölf Ministerien für Nordrhein-Westfalen sind viel zuviel. Ich kann doch nicht nur, weil ich Frau Brusis unterbringen muß oder Frau Ridder-Melchers, neue Ministerien einrichten, meine Damen und Herren. Wo kommen wir denn da überhaupt hin?!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das gilt im übrigen für Düsseldorf, das gilt für Wiesbaden, das gilt für Hannover, und das gilt auch für Bonn; das sage ich ebenfalls ganz deutlich. Aber die Bundesregierung hat es ja geschafft, zumindest zwei Ministerien in der neuen Legislaturperiode abzubauen.

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Schnoor: Der schlanke Kohl!)

Ich erwarte, Herr Ministerpräsident, daß Sie heute ein Wort dazu sagen werden. Man liest ja schon mal etwas in der Zeitung; wenn Herr Schleußer laut denkt, dann wird darüber auch schon mal in Zeitungen berichtet. Ich kann mir vorstellen, daß er vielleicht mit dieser Diskussion auch etwas anstoßen wird.

Meine Damen und Herren! Wenn wir von Deregulierung, von Kommunalisierung, von Privatisierung sprechen, dann müssen wir uns natürlich fragen: Was sagt die Landesregierung denn in diesem Bereich? Da haben wir alle im Juli 1993 erstaunt zur Kenntnis genommen, daß Herr Schleußer erklärt hat: Jetzt gehen wir ans Tafelsilber. Da haben wir gesagt: Alle Achtung. Alle Achtung! Not lehrt beten - diese SPD-Regierung schafft es tatsächlich, jetzt auch mal nicht Vermögen nur zu verwalten, sondern mit Vermögen zu gestalten. Das ist ja die Idee, die eigentlich dahintersteckt.

(Abgeordneter Lindlar [CDU]: Er tanzte aber nur einen Sommer lang!)

- Er tanzte nur einen Sommer lang, das ist richtig.
- Und dann haben wir gewartet bis zum Oktober, bis zum Dezember, wir haben das Frühjahr 1994 abgewartet, den Sommer 1994, ich habe mir mal angeguckt, was im Finanzausschuß darüber immer von Ihnen erzählt wurde; Sie haben immer wieder versprochen, daß man in etwa zwei, drei Monaten so weit wäre.

(Dr. Linssen [CDU])

A) Meine Damen und Herren! Die Vermögensgegenstände des Landes sind vor allen Dingen eine Beteiligung an der WestLB. Wenn also Herr Schleußer "Privatisieren" sagt, dann denke ich mir, es kommt alles auf den Prüfstand. Er hatte das aber kaum ausgesprochen, da war am nächsten Tag die Diskussion so: Ja, nur solche Beteiligungen werden abgegeben, die nicht strategische Beteiligungen sind. Nun erklärt Herr Schleußer die WestLB zur Beteiligung, Frau Brusis erklärt die LEG, die Landesentwicklungsgesellschaft, zur strategischen Beteiligung, Herr Kniola erklärt die Flughafenbeteiligung zur strategischen Beteiligung. Was wollen Sie eigentlich, Herr Schleußer? Warum setzen Sie solche Enten in die Zeitungen hinein, wenn Sie nicht "Butter bei die Fische" tun?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da sage ich Ihnen sehr deutlich: Auch das werden wir ändern. Wir werden nicht ankündigen und dann nicht handeln - dieses Markenzeichen dieser SPD-Regierung, verbraucht, abgeschlafft. Meine Damen und Herren, ich kann das ja verstehen: Da sehnen sich der Herr Schwier und der Herr Einert nach der Rente, der Herr Krumstiek ist nach dem Drogenerlaß und dem Versagen in der Balsam-Affäre nicht mehr zu halten, Herr Matthiesen und Herr Schleußer stehen vor den Untersuchungsausschüssen, Herr Schleußer zweimal von Münster wegen Verstoßes gegen die Landeshaushaltsordnung und gegen die Verfassung einschlägig bestraft.

(Lachen bei der SPD und auf der Regierungsbank)

Herr Farthmann, Sie hatten schon recht: "Sklerotische Prozesse" im Kabinett, "Kalkleisten"; wir sind in einer depressiven Phase", hat Herr Farthmann gesagt. Das stimmt. Ich finde immer - und das sage ich auch meinen Kolleginnen und Kollegen -: Bringt nicht selber irgendwelche neuen Argumente gegen dieses Kabinett, sondern verlaßt euch auf den Kollegen Farthmann, er ist näher dran als wir, er hat einen seriöseren Einblick, er kann das besser beurteilen, und dann folgt ihm auch bei solchen Analysen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ja, und der Herr Ministerpräsident? Nett, sympathisch,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

aber - muß man immer wieder sagen -

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das "aber" nützt auch nichts!)

zur Führung dieses Landes in dieser schwierigen Zeit nicht in der Lage!

(Beifall bei der CDU)

Er hat auch keine Lust mehr. Nun wird er uns nachher sagen, wieviel Freude das macht, dieses Land zu regieren, und das schon seit 1978. Herr Ministerpräsident, ich hatte schon einmal das Vergnügen, das von Ihnen zu hören. Ich kann Ihnen die fehlende Lust aber nachsehen. Wenn ich 36 Jahre - wie Sie - Landespolitik machen würde, ich glaube, ich wäre es satt bis oben hin. Ich kann es Ihnen nachfühlen.

(Zuruf des Ministers Einert)

Meine Damen und Herren, wir werden neben der Bürokratiediskussion die Standortdiskussion zu führen haben, und zwar über alle konjunkturellen Schwankungen hinweg;

(Abgeordneter Büssow [SPD]: So darf man über die Menschen aber nicht reden!)

denn es gilt, dieses Land wirklich wettbewerbsfähig zu machen. Das ist das oberste Kriterium überhaupt. Wir müssen wettbewerbsfähig sein, damit wir unsere Produkte auf den Inlands- und Weltmärkten verkaufen, damit wir Arbeitsplätze für unsere Menschen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellen können.

(Zustimmung bei der CDU)

Und der Wettbewerb zu Osteuropa, der Wettbewerb zu Asien ist härter denn je, und er nimmt an Dramatik noch zu. Das heißt also: Es ist nicht nur die Verantwortung der Politiker gefordert, sondern auch und vor allem die Verantwortung der Tarifpartner.

Meine Damen und Herren, wir stehen sicherlich vor einem Berg von Schwierigkeiten. Nordrhein-Westfalens Chancen und Möglichkeiten sind groß und vielfältig, aber sie müssen genutzt werden.

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Wir müssen diese schleichende Talfahrt unter Rau stoppen. Meine Vision für Nordrhein-Westfalen: Als Lebens- und Wirtschaftsstandort muß dieses Land wieder in die "erste Liga" der Regionen in Deutschland und Europa zurückgeführt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir müssen wieder Zukunft gewinnen, um an die Spitze zu kommen. NRW hat das Zeug dazu - mit seinen Menschen, mit seiner Wirtschaft, mit der hier gewachsenen Kultur des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens.

(Minister Muntefering: Und mit Johannes Rau!)

Mit "weiter so!" nach der Methode Rau ist das nicht zu machen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Wir können Vorreiter und Vorbild sein und so unseren Beitrag zur Vollendung der deutschen Einheit und des Zusammenwachsens der Völker Europas zu einem Europa der Regionen leisten.

- (B) NRW kann sich aus eigener Kraft aus seiner Stagnation, aus seiner Lähmung befreien. Aber es muß sich was in den Köpfen und an den Köpfen ändern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auf einen kurzen Nenner gebracht: Es wird Zeit für Zukunft in Nordrhein-Westfalen.

Wir lehnen diesen Haushalt 1995 dieser letzten SPD-Landesregierung ab.

(Langanhaltender, lebhafter Beifall bei der CDU, Zustimmung bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, ich darf als nächstem Redner Herrn Professor Dr. Farthmann für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz des demonstrativen Beifalls aus der Fraktion der CDU muß ich meinem Vorredner schon in

seinem ersten Satz, den er hier ausgesprochen hat, widersprechen; (C)

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Ganz überraschend!)

denn wir stehen heute nicht bei der Verabschiedung des letzten Haushalts einer SPD-Regierung, sondern wir stehen heute bei der der Verabschiedung des letzten Haushalts dieses Landtages. Das ist ein erheblicher Unterschied.

(Zurufe von der CDU)

Und das macht auch deutlich, wie hier die verfassungsrechtlichen Kompetenzen sind.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Gut, daß Sie das gesagt haben!)

Ich meine, die dritte Lesung zur Verabschiedung des letzten Landeshaushalts in dieser Legislaturperiode sollte für uns Anlaß sein, über die Fragen zu sprechen, die die Bürger draußen an die Politik stellen. Dazu kann ich nur sagen: Wenn ich in den letzten Wochen - im Wahlkampf aber auch noch in den Wochen danach - mit Bürgern gesprochen habe, dann waren das kaum die Fragen, Herr Linssen, die Sie hier angesprochen haben. (D)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Das ist das Ritual der Funktionäre. Das hat mit dem, was die Bürger draußen denken, wenig gemeinsam.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich rate zu etwas mehr Bescheidenheit. Wenn die Bürger draußen gefragt werden, was sie von der gegenwärtigen Politik halten - und zwar nicht nur hier im Land, sondern auch im Bund, vielleicht sogar in ganz Europa -, dann ist das Urteil nicht sehr berauschend.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das haben Sie letztes Jahr schon gesagt!)

Die Politik ist gekennzeichnet durch eine weit verbreitete Unsicherheit, die teilweise sogar auf allen politischen Ebenen an Hilflosigkeit grenzt. Fassungslos sehen die Menschen in aller Welt, daß sich die starke westliche Staatengemein-

(Dr. Farthmann [SPD])

- A) schaft offensichtlich außerstande sieht, das grauenhafte Geschehen in Jugoslawien zu beenden. Und auch nach dem Durchbruch von Maastricht wissen die Politiker in Europa offenbar nicht, welche konkreten Taten nun den großen Worten und Beschlüssen folgen sollen.

Aber auch im Inneren Deutschlands sieht das Bild nicht rosig aus. Die politischen Parteien erschöpfen sich in mehr oder weniger fruchtlosen Streitereien, und bei der Bewältigung der großen politischen Herausforderungen ist kaum Fortschritt zu erkennen. Die politischen Schwierigkeiten und die daraus resultierenden Aufgaben sind vielfältig, und sie sind schwerwiegend. Unserer Gesellschaft droht die Gefahr einer inneren Zerrissenheit, einer Zerrissenheit zwischen Ost und West, aber auch einer Zerrissenheit zwischen arm und reich, zwischen denjenigen, die die systembedingten Vorteile nutzen können, und denjenigen, denen die Perspektiven fehlen.

(Zustimmung der Abgeordneten
Rauterkus [SPD])

- B) Meine Damen und Herren, wer glaubt, diese Spaltung der Gesellschaft gäbe es nicht, der irrt. Und wer glaubt, diese Spaltung durch einen Kleister nationaler Gefühlsaufwallungen oder gar durch den Aufbau neuer Feindbilder - zum Beispiel das der Ausländer - verdecken zu können, der irrt auf sehr gefährliche Weise.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Niedergang des Wirtschaftssystems im Osten kann ja wohl nicht den Sieg eines unbegrenzten Kapitalismus bedeuten.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Haben Sie die richtige Rede eingepackt?)

Vielmehr steht das System der sozialen Marktwirtschaft, Herr Hegemann, gerade jetzt vor einer Bewährungsprobe, vielleicht sogar vor seiner wichtigsten.

(Zustimmung bei der SPD)

Da kommen auch Sie an folgenden Fragen nicht vorbei, wo immer Sie Politik machen wollen:

Wie kann eine Wirtschaftsordnung konzipiert und organisiert werden, die die Kluft zwischen armen

- (C) und reichen Ländern nicht weiter vertieft und die den armen Ländern eine Entwicklungschance ermöglicht? Lassen sich der rapide Rückgang des Stellenwertes der nationalen Ökonomien und die damit verbundene neue internationale Arbeitsteilung so steuern und kompensieren, daß dieser Wandel auch gesellschafts- und sozialverträglich abläuft? Wie ist der enge Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie in unserem politischen Alltag stärker zu verankern? Sind nicht die politischen Rahmenbedingungen angesichts der ökologischen Probleme mehr als unzureichend?

Professor Lorenz Jarass hat kürzlich in einer Studie für die Kommission der Europäischen Gemeinschaft festgestellt, nachzulesen in einer Zeitung unseres Landes, nämlich im "Kölner Stadt-Anzeiger" vom 30. November - ich zitiere wörtlich mit Zustimmung des Präsidenten -:

Die staatliche Steuerpolitik hat im Gegensatz zum gesunden Menschenverstand und im Gegensatz zur offiziell erklärten Politik Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung nicht bekämpft, sondern sogar gefördert.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Ein solcher Satz müßte uns doch alle elektrisieren, dürfte uns nicht mehr ruhig auf den Sitzen lassen.

Ob das Netz der sozialen Sicherung an einigen Stellen zu weite Maschen hat oder an anderen Stellen vielleicht zu eng geknüpft ist, ist natürlich eine wichtige Frage; denn die Sozialbindung bildet einen Eckpfeiler unserer Verfassungs- und Wirtschaftsordnung und ist keine Eintrittskarte für irgendeinen sogenannten Freizeitpark. Aber man muß doch fragen: Ist das soziale Netz nicht auch deshalb gefährdet, weil wir zugelassen haben oder zulassen mußten, daß die Notlage für eine immer größer werdende Gruppe von Menschen nicht mehr die Ausnahme ist, wie es bei all diesen Regelungen einmal gedacht war, sondern weil es für viele Menschen der Normalfall geworden ist, weil die zu überbrückende vorübergehende Not eines Menschen oder einer Familie zum Dauerzustand wird? Das ist doch das Problem unseres sozialen Sicherungssystems.

(Beifall bei der SPD)

Innovationen sind für die Unternehmen und für unsere Volkswirtschaft natürlich der entscheidenden

(Dr. Farthmann [SPD])

- (A) de Faktor; wer wollte das bestreiten? Stärker als je zuvor ist politisches und staatliches Handeln gefordert, initiiierend und unterstützend zu wirken, ohne dabei Unternehmer und Manager aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Aber bedeuten die Förderung innovativer Wirtschaftsprozesse und der Verzicht auf Reglementierung auch den Verzicht auf politische Vorgaben? Das ist doch die Frage. Müssen politische und gesellschaftliche Ziele bedingungslos scheinbaren oder tatsächlichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten untergeordnet werden? Verhindert nicht selbst dort, wo politischer Gestaltungswille vorhanden ist und wo politische Ziele noch nicht durch Schlagworte verdeckt werden, die Krise der öffentlichen Haushalte die praktische Durchsetzung des politischen Willens? Führen uneingelöste Zusagen der Politik nicht zu einer immer stärkeren Entfremdung zwischen Bürgern und Politikern und damit zu Glaubwürdigkeitsverlust und Politikverdrossenheit? Kann sich unsere Gesellschaft angesichts dieser Schwierigkeiten, die ich kurz angesprochen habe, diesen schleichenden Vertrauensverlust ständig leisten?

Ich will versuchen, auf zwei politische Herausforderungen noch etwas konkreter einzugehen, von denen ich glaube, daß sie die eigentlichen Kernprobleme aller modernen Industriegesellschaften darstellen, nämlich die Arbeitslosigkeit und die Belastung unserer natürlichen Umwelt.

(B)

Ich beginne mit dem Thema Arbeitslosigkeit und schicke voraus: Alles, was ich jetzt ausführe, sage ich über alle Parteigrenzen hinweg; das gilt für uns Sozialdemokraten genauso wie für andere, gilt für das Land genauso wie für den Bund, vielleicht sogar für Europa. - Seit nahezu zwanzig Jahren gehört es zum Ritual jeder politischen Rede jeder politischen Couleur, daß die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen sei. Nur, wenn wir ehrlich sind: An den Erfolg glaubt, abgesehen von einigen Unverbesserlichen, schon längst niemand mehr. Wir wissen heute: Kein Konjunkturaufschwung und kein Arbeitsbeschaffungsprogramm sind in der Lage, die Zahl der Arbeitslosen wesentlich zu verringern.

Der Wirtschaftswissenschaftler Horst Siebert weist in seinem in diesem Jahr erschienenen Buch mit dem Titel "Geht den Deutschen die Arbeit aus?" nach, daß sich in den letzten 25 Jahren die Arbeitslosigkeit nach jeder Rezession um 700 000 bis 800 000 erhöht hat. Das heißt:

Treppenstufenartig ist die Arbeitslosigkeit ständig weiter angestiegen und wird, wenn wir nichts tun, auch bei der nächsten Rezession eine neue Treppenstufe erreichen. (C)

Deswegen kann ich nur sagen: Wir müssen endlich Abschied nehmen von der Lebenslüge, die sogenannte Sockelarbeitslosigkeit, wie wir sie realistischerweise schon nennen, könne durch irgendeine Maßnahme der Wirtschaftspolitik beseitigt werden. Das funktioniert schon deswegen nicht, weil unser Produktionsapparat mit dem gegenwärtigen Bedienungspersonal unsere Güterversorgung voll sicherstellen und darüber hinaus noch 30 % Exportleistungen erbringen kann. Das hat übrigens die schlimme Konsequenz, daß jede Innovation und Wiederindustrialisierung in den neuen Bundesländern, wenn sie zu konkurrenzfähigen Produktionsstätten führen, eine unmittelbare Konkurrenz für unsere Arbeitsplätze hier bedeuten. Trotzdem müssen wir es tun; aber wir müssen wissen, was wir tun.

Alle neuen Technologien, alle Umstrukturierungsprogramme auch in unserem Lande - so notwendig sie sind; es kommt wohl niemand auf die Idee, daß ich das kritisieren oder abgeschafft wissen wollte - können allenfalls den sonst eingetretenen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit mildern, aber nicht mehr. Sie können deswegen nicht mehr, weil unsere Rationalisierungsbemühungen, die wir ständig verfolgen, zur Konsequenz haben, daß wir mit immer weniger Menschen immer mehr Güter herstellen können. (D)

Es ist eine alarmierende Zahl, die ich gelesen habe und Ihnen vortragen möchte: In Deutschland finden inzwischen noch 30 % der Beschäftigung in der Industrie statt. 1970 waren es noch 38 %. Aber was schlimmer ist: In den USA liegt der Anteil der Beschäftigten in der Industrie inzwischen unter 20 %. Und wir marschieren hier in Deutschland genau in die gleiche Richtung.

Bei aller Schwärmerei für neue Produkte und für neue Dienstleistungen darf man nicht übersehen: Die Inanspruchnahme von bezahlbaren Gütern und Dienstleistungen ist begrenzt. Die Anstrengungen der Landesregierung zur Reform der öffentlichen Verwaltung geben davon ein beredtes Zeugnis. Denn wir sehen ja, daß wir aus rein finanziellen Gründen - obwohl wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen möchten - gar nicht anders können, als Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst über-

(Dr. Farthmann [SPD])

- A) flüssig zu machen, damit wir den öffentlichen Dienst noch bezahlen können. Das zeigt genau das Dilemma, in dem wir uns befinden.

Meine Damen und Herren, deshalb stellt sich die Frage: Was ist in dieser Situation zu tun? - Es gibt nur eine Alternative: Entweder leben wir mit einem immer größer werdenden Anteil von Menschen, die unser Produktions- und Verwaltungssystem überhaupt nicht mehr annimmt, oder wir müssen völlig neue Wege suchen. Den erste Weg - Millionen von Arbeitslosen werden auf Jahre oder Jahrzehnte von jeder beruflichen Erfüllung und gesellschaftlichen Anerkennung ausgeschlossen und nur mühsam alimentiert - kann und möchte ich nicht verantworten. Deshalb müßten und sollten wir alle gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, wie wir diesen Menschen eine neue Lebensperspektive eröffnen können. Dabei gibt es nach meiner Einschätzung nur eine erfolversprechende Richtung: Unsere sonst so reiche Gesellschaft krankt allenthalben an dem Mangel an menschlichen Dienstleistungen im öffentlichen, im sozialen und im privaten Sektor.

- B) Nur ist allen in diesen Bereichen möglichen Beschäftigungen die Schwierigkeit gemeinsam, daß sie mit Tariflöhnen einschließlich der Lohnnebenkosten nicht bezahlbar sind. Theoretisch gäbe es eine Fülle unterschiedlichster Arbeitsmöglichkeiten. So zum Beispiel in der sozialen Betreuung. Wir brauchen uns nur das vor Augen zu führen, was die Zivildienstleistenden erbringen, die - wenn wir eines Tages zu einer Berufsarmee kommen - überhaupt nicht mehr da sein werden und nur ein Bruchteil dessen erfüllen, was eigentlich geleistet werden müßte.

Es gibt darüber hinaus vielfältige Hilfsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst. Mir hat vor wenigen Tagen ein Experte aus den Verkehrsbetrieben in unserem Lande erzählt, daß es in den großen Nahverkehrswagen und -zügen, die heute nur noch einen Fahrer haben, die meist automatisch mit abkassieren, ein unbedingt nötiger Service wäre, einen Rentner oder weniger leistungsfähigen Betreuer zur Hilfestellung für alte Leute, Frauen mit Kindern und eventuell auch bei Streitereien mit randalierenden Jugendlichen einzusetzen. Aber die Verkehrsbetriebe sagen uns: So nötig das wäre, wir können es nicht bezahlen, jedenfalls nicht zum normalen Tariflohn.

- (C) Meine Damen und Herren, für den privaten Sektor gilt das Gesetz genauso, zum Beispiel für das große Problem der Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Pflichten.

In den USA sind in den vergangenen Jahren auf diesem Sektor der Dienstleistungen 14 Millionen Arbeitsplätze neu entstanden; allerdings - das muß man zugeben - mit Lohndumping, das für uns nicht vertretbar ist und ich nicht propagieren will. Aber wenn man Lohndumping nicht will, gibt es nur eine Möglichkeit: Wir müssen eine Kombination von privater Verdienstmöglichkeit und öffentlicher Lohnersatzleistung erreichen. Das bedeutet allerdings, daß wir über viele Hürden springen müssen. Auch die Gewerkschaften müssen dann umdenken. Ich meine aber, daß das ginge. In der Wissenschaft wird diese Problematik unter dem Stichwort "Negativsteuer" schon seit langem diskutiert. Nur: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen! So geht es nicht mehr weiter!

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich habe hier kein Dogma und keine Vorbehalte. Deswegen sollten wir gemeinsam anfangen, darüber nachzudenken, wie wir mit diesen Schwierigkeiten fertig werden. Sonst haben wir zu verantworten, daß ein immer größer werdender Teil am Rande der Gesellschaft lebt und von uns - wie es heute so schön heißt - ausgegrenzt wird.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Nun zu dem zweiten Bereich, der Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie. Wer wollte es bestreiten: Wir haben auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren - vor allem in Nordrhein-Westfalen - spektakuläre Erfolge erzielt. Ich wäre der letzte, der diese mißachten oder herunterreden wollte. Trotzdem spüren wir alle, daß unsere bisherige Umweltpolitik zunehmend an Grenzen stößt. Umweltminister Klaus Matthiesen hat hier vor dem Landtag mehrfach erklärt, daß wir - so hat er es, glaube ich, formuliert - von einer reparierenden Umweltpolitik zu einer vorsorgenden Umweltpolitik kommen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Damit ist genau das angesprochen, was ich meine: Ansatzpunkt muß sein, nicht nachher irgend-

(Dr. Farthmann [SPD])

- (A) welche Filter einzubauen - das auch, selbstverständlich -, sondern Ansatz für mehr und Neues muß sein, bei Unternehmen und Verbrauchern marktwirtschaftliche Anreize zu schaffen, Energie und Material einzusparen.

(Beifall bei der SPD)

Nur so kann es gelingen, unser Produktionssystem im Sinne einer Versöhnung von Ökologie und Ökonomie umzustellen. Und in einer entwickelten marktwirtschaftlichen Ordnung ist das einzige effektive Steuerungssystem das Steuerrecht. Aber allein mit öffentlichen Abgaben kann man in einer hochentwickelten Volkswirtschaft Kursänderungen herbeiführen.

Ich meine - darüber sollten auch die anderen Fraktionen nachdenken - deshalb, daß an der von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen ökologischen Steuerreform - in welcher Weise auch immer -, langfristig kein Weg vorbeiführt.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Von Ihnen vorgeschlagen, das glauben Sie doch selber nicht!)

- (B) - Herr Vesper, Sie können ruhig einmal zuhören. Sie reden über vieles, müßten sich nur davor hüten, daß Sie dabei nichts sagen. Hören Sie ruhig einmal zu!

Unser geltendes Steuersystem - das war mir so auch noch nicht bewußt - belastet vor allem den Produktionsfaktor Arbeit in einer mir bisher nicht bekannten Weise: 62 % aller Steuereinnahmen kommen aus der Besteuerung der menschlichen Arbeitskraft. Übrigens waren es 1970 erst 45 %, Die Tendenz ist also steigend. Nur 9,3 % aller Steuereinnahmen resultieren aus Naturverbrauch und Umweltbelastung. Ich kann nur sagen: Ein Steuerrecht der Zukunft müßte dieses Verhältnis genau umkehren.

Natürlich bringt eine tiefgreifende Reform des Steuersystems ungeheure Schwierigkeiten mit sich. Das müssen wir alle wissen. Die Anpassungs- und Umstellungsprobleme wären gewaltig. Das darf uns aber nicht daran hindern, das zu tun, was wir im Interesse der kommenden Generationen für unverzichtbar halten.

Im übrigen - das sage ich ganz deutlich - spüren unsere Bürger immer mehr, daß wir in allen Indu-

striestaaten vor einem grundlegenden Wandel stehen. (C)

Wir spüren ja sogar, daß die Bürger Angst davor haben, weil sie natürlich wissen, daß dies das Ende vieler liebgewordener Gewohnheiten bedeuten könnte. Ich glaube aber, daß wir uns über kurz oder lang der Zukunft stellen müssen, daß wir den Bürgern klarmachen müssen, daß der notwendige Wandel um so weniger schmerzhaft ist, je früher er eingeleitet wird.

Angesichts dieser ungeheuren Aufgaben, die demnächst die künftige Politik auf allen Ebenen zu bewältigen hat, stellt sich natürlich die Frage, welche politischen Kräfte dazu in der Lage sind. Bei der Beantwortung dieser Frage stimmt mich das, was ich hier im Landtag von der Opposition in den letzten viereinhalb Jahren erlebt habe, nicht euphorisch.

Ich beginne mit der F.D.P.,

(Heiterkeit bei der SPD)

die ja um ihr politisches Überleben ringt. Herr Rohde, ich sage das wirklich ohne Häme, und ich will mir deswegen auch eine Vorhersage über Ihre politische Zukunft verkneifen. Die Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen weist ja neuerdings einige aufstrebende Nachwuchsfunktionäre ihrer Partei auf. (D)

(Heiterkeit)

Dazu kann man ja nur beglückwünschen. Sie sitzen zwar noch in den hinteren Reihen, aber vielleicht rücken sie ja noch ein bißchen vor. Aber, meine Damen und Herren - Spaß beiseite: Der konstruktive Beitrag der F.D.P. bei den bisherigen Beratungen im Landtag darf ja wohl nicht überschätzt werden. Durch den Ideenreichtum von Herrn Rohde hat es hier zwar gelegentlich nette Abwechslungen gegeben, aber das war es dann eigentlich auch.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Das ist doch schon was!)

Die GRÜNEN, meine Damen und Herren, sind gegen alles.

(Oh-Rufe bei den GRÜNEN)

(Dr. Farthmann [SPD])

(A) Die GRÜNEN sind gegen die Gentechnologie. Die GRÜNEN sind gegen die chemische Industrie. Die GRÜNEN sind gegen den Ausbau der Flughäfen. Die GRÜNEN sind gegen den Neubau jeder Straße, auch wenn es eine noch so nötige Umgehungsstraße ist.

(Minister Dr. Schnoor: Gegen den Verfassungsschutz!)

Die GRÜNEN sind in der Energiepolitik gegen Atomenergie, gegen die Steinkohle und gegen die Braunkohle. Und Herr Vesper, der ja mit Worten schnell dabei ist, sagt, wenn er gefragt wird - wie letztens in der "Welt am Sonntag" -: "Das nehmen wir alles aus Einsparungen." Aber, Herr Vesper, daß Einsparen zunächst einmal voraussetzt, daß der Teil an größerer Energie erzeugt worden ist, bei dem man dann etwas einsparen kann, das dürfen Sie den Leuten nicht vorenthalten!

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen sich doch gefälligst zu dem größeren Teil der Energieproduktion bekennen: ob sie den in Zukunft nun aus Braunkohle oder aus Steinkohle oder von mir aus auch aus Öl oder Atomenergie gewinnen wollen. Alles andere ist doch ein Schwindel, nichts weiter!

(B)

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Es ist genauso Schwindel, wenn Sie erklären - das haben Sie auch in der "Welt am Sonntag" getan -, die Finanzmittel, die Sie für Ihre Vorhaben brauchten, würden Sie aus den nicht beigegebenen Steuern gewinnen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Unter anderem!)

Ich kann nur sagen: Auch das ist nichts als eine Lebenslüge.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Denken Sie an die Steuern von RWE!)

Denn die Milliarden, von denen wir wissen, daß sie formal eingetrieben werden könnten, sind nicht eintreibbar.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Warum?)

(C) Sie sind deswegen nicht eintreibbar, weil wir es zum großen Teil - bei der Landwirtschaft und bei kleinen Handwerksbetrieben - auch überhaupt nicht wollen, weil wir die Betroffenen nämlich bei einer korrekten Eintreibung an den Rand ihrer Existenz brächten. Das ist die Wahrheit. Die Rede von den paar Milliarden, die nicht eingetrieben würden - das ist alles Illusion.

Herr Vesper, Sie mögen es ja bisher nicht besser gewußt haben - das will ich Ihnen zugestehen -: Wenn Sie es aber künftig noch einmal sagen, belügen Sie unsere Bürger. Das müssen Sie wissen.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Widerspruch des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Das müssen Sie wissen!

Und nun zur CDU, die ja die mit Abstand größte Oppositionspartei ist. Herr Linssen, ich muß Ihnen leider sagen - ich komme darauf gleich noch im einzelnen -: Es hat noch nie eine CDU-Opposition hier im Landtag gegeben, die so wie Sie in der letzten Legislaturperiode die Chance vertan hat, wirkliche politische Sachalternativen zu präsentieren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

(D)

Das ist doch die Wahrheit: Weder in der Energiepolitik noch in der Wirtschaftspolitik,

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Kennen Sie unsere Anträge nicht? - Weitere Zurufe von der CDU)

weder in der Verkehrspolitik noch in der Umweltpolitik kann ich mich an eine einzige wirkliche Alternative durch die CDU erinnern.

(Abgeordneter von Unger [CDU]: In der Energiepolitik!)

Herr Linssen hat dann mit sehr beredten Worten die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit geschildert. Er hat auch geschildert, daß sie bei uns in der Tat teilweise größer war als in vielen anderen Bundesländern.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Ist!)

(Dr. Farthmann [SPD])

- (A) Aber wo waren denn Ihre Alternativen? Wo waren denn die Anträge auf Beschäftigungsprogramme oder was immer Sie für richtig gehalten hätten?

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das ist doch wohl größter Unsinn!)

Selbst, Herr Linssen, in der Schulpolitik - das ist ja nun wirklich unser klassisches Streitfeld zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen seit dreißig Jahren - gab es ständig Nörgeleien, aber nie eine Alternative.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie beanstanden bis heute die angebliche Bevorzugung der Gesamtschule durch die Landesregierungen. Aber ich habe bisher nicht erkennen können: Sind Sie denn nun eigentlich für die Gesamtschule oder sind Sie dagegen? Wollen Sie sie abschaffen, wollen Sie sie ausbauen oder wollen Sie den Status quo erhalten?

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das habe ich doch gerade gesagt! Haben Sie nicht zugehört?)

- (B) Meine Damen und Herren! Herr Linssen hat sehr beredt von der gestohlenen Zeit gesprochen. Das ist ja auch sehr eindrucksvoll. Nur, ich füge hinzu: Wenn es, Herr Linssen, in der Vergangenheit zur Politik der Landesregierung denn eine Alternative gegeben hat und Sie diese nicht ins Spiel gebracht haben, dann haben Sie die Zeit gestohlen! Daran besteht kein Zweifel.

(Beifall bei der SPD)

Herr Linssen hat den Mangel an Berufsschullehrern beklagt. Er hat dann zwar am Schluß gesagt, es gäbe viel zu viele Beamte. Das sind ja Berufsschullehrer auch: diesen Widerspruch will ich gar nicht so ernst nehmen. Aber wer hier den Mangel an Berufsschullehrern beklagt, den frage ich doch: Wo waren die Anträge auf Erhöhung der Zahl der Berufsschullehrer?

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Haben Sie die nicht gesehen?)

- Ich kenne keinen einzigen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wir überreichen sie gerne!)

(C)

Genauso ist es mit der hohen Verschuldung, Herr Linssen. Das beklagen wir wie Sie. Aber Sie haben uns nicht ein einziges Mal gesagt, ob Sie auf die Bergbaubsubventionen verzichten wollten, ob Sie auf die Beschäftigungsprogramme verzichten wollten, ob Sie auf die überproportionalen Leistungen in der sozialen Sicherung verzichten wollten.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Durch bessere Wirtschaftspolitik die Einnahmeseite verbessern!)

Das einzige, was wir von Ihnen gehört haben, ist, wir sollten die WestLB verknappen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das sagen die GRÜNEN auch!)

Dazu kann ich nur sagen: Das ist nicht zu verantworten. Das ist im Interesse der Strukturpolitik unseres Landes nicht zu verantworten.

Dann haben Sie - das war nun wirklich das Schärfste - die Inaktivität in der Hochschulpolitik beklagt. Dazu bekomme ich nun gerade eine dpa-Meldung vom 28. November auf den Tisch. Da hat sich Herr Zehetmair, Kultusminister von Bayern, von der CSU, die dort bekanntlich mit absoluter Mehrheit regiert, wie folgt ausgelassen - ich zitiere wörtlich mit der Genehmigung des Präsidenten -:

(D)

Wir sind es leid, jedesmal in Bonn um Gnade bitten zu müssen, wenn wir Hochschulen und Forschungsstätten zukunftsgerecht ausbauen wollen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Deshalb die Mischfinanzierung abbauen!)

Die fatale Sparpolitik des Bundes blockiert wichtige Investitionen der Länder, die für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes notwendig sind.

(Beifall bei der SPD)

Das kann ich nur voll unterstreichen. Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit, um die es geht. Alles andere bringt doch nichts.

(Dr. Farthmann [SPD])

- (A) Ich kann nur sagen: In unseren großen Auseinandersetzungen, die es hier im Landtag gegeben hat, gab es wenig politische Alternativen, aber dafür um so mehr Polemik und persönliche Diffamierungen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, waren die Debatten doch oft so bitter und so verletzend. Das müßten Sie doch auch zugeben. Das ist nicht zu übersehen. Der Ältestenrat war oft die letzte Instanz, die sich abgemüht hat, die Verbissenheiten wieder aufzulösen.

Meine Damen und Herren! Was wir in den letzten Untersuchungsausschüssen erlebt haben, ist hier von mir vor einigen Wochen aufgeführt worden. Ich sehe noch den Herrn Posdorf mit glühend hochroten Kopf da sitzen, als er sich dagegen verwahrte, daß ich ihn falsch zitiert hätte. Ich hatte wirklich erst Angst, weil ich dachte, vielleicht haben dir die Referenten etwas Falsches aufgeschrieben. Ich habe natürlich nicht jedes Pressezitat nachgeprüft.

Es hat sich aber gezeigt: Ich habe mich voll darauf verlassen können. Ich habe mir die Zitate von Herrn Posdorf mit genauer Angabe, in welcher Zeitung er wann etwas gesagt hat, zusammenstellen lassen und habe ihm einen Brief geschrieben. Seitdem ist Schweigen im Walde. Ich habe nichts mehr von ihm gehört. Mit der "hochroten Empörung" war alles vorbei.

Meine Damen und Herren! Daran zeigt sich doch, was hier gespielt ist. Ich will es nicht wiederholen. Aber daß das damals kein Ruhmesblatt für den Landtag im Bild der Bürger war, wird doch wohl niemand bezweifeln.

Den Höhepunkt bei der Abstimmung über die neue Geschäftsordnung haben wir erlebt, als sich die gesamte Opposition nicht dafür zu schade war, wegen lächerlicher Mini-Differenzen, jedenfalls was die CDU anbetraf, aus dem Saal zu laufen - wegen lächerlicher Mini-Differenzen!

Herr Hardt, haben Sie denn nicht gemerkt, wie Herr Vesper Sie wie an einem Nasenring durch die Arena geführt hat? Das haben Sie gar nicht gemerkt!

(Heiterkeit bei allen Fraktionen - Beifall bei der SPD) (C)

Es gab doch nachher überhaupt keine Differenzen mehr.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Professor Farthmann, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Ja, sicher!)

- Herr Kollege Dr. Linssen!

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Farthmann, ist Ihnen vielleicht entgangen, daß es in Ihrem Manuskript genau umgekehrt steht, daß wir den Herrn Vesper an der Nase herumgeführt haben?

(Allgemeine Heiterkeit)

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Ich weiß nicht, woher Sie mein Manuskript haben. Jedenfalls kann ich Schreibfehler nicht ausschließen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Linssen, muß ich denn Ihnen als altem Strategen sagen - - . Sie streben jetzt ja noch höhere Weihen an - ob Ihnen der Bürger dazu die Möglichkeit gibt, steht auf einem anderen Blatt -, dann müssen Sie natürlich wissen: Es gilt das gesprochene Wort.

(Allgemeine Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Wollen Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Appel zulassen?

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Ja, sicher. - Als Herr Vesper Sie hier vorgeführt hat, das war doch eine wahre Lust. Sie sind hinter ihm aus dem Landtag herausgedackelt für eine Differenz, die Null war und die wir beim nächsten Mal ohne jede Meinungsverschiedenheit hier durchgezogen haben.

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Klose:** Herr Kollege Appel, bitte schön.

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Kollege Farthmann, würden Sie mir zugestehen, oder wie würden Sie das sehen, oder würden Sie bestätigen -

(Zuruf von der SPD: Was denn nun?)

- so -, daß Herr Vesper das mit Herrn Linssen schon deswegen nicht am Nasenring machen würde, weil das nicht unseren "grünen" Prinzipien von artgerechter Haltung entspricht?

(Allgemeine Heiterkeit)

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Appel, Sie führen hier wunderbar die Differenz zwischen Ihrem Sagen und Handeln vor. Die ist ja bei Ihnen evident. Das zeigt sich selbst an diesem banalen Beispiel!

(Allgemeine Heiterkeit)

(B) Sie ärgern mich ja immer damit, daß Sie die Jagd verhindern wollen, aber die Massentierhaltung, wenn sich die Hühner da die Federn gegenseitig ausrupfen - auf so engem Raume werden sie heute gehalten -, das interessiert Sie offenbar nicht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich kann nur sagen: Das alles läßt für die schweren Aufgaben der Zukunft und für den Wahlkampf, in den wir im neuen Jahr eintreten, leider nichts Gutes erwarten. Ich kann nur sagen: Es wäre zu schön, um wahr zu sein, wenn es uns gelänge, den Landtagswahlkampf 1995 hier in Nordrhein-Westfalen

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Ausfallen zu lassen!)

einmal wirklich losgelöst von allen Erfahrungen als einen Wettbewerb um die besten Ideen zur Meisterung der Probleme unserer Gesellschaft zu gestalten. - Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD)

(C) **Vizepräsident Dr. Klose:** Nächster Redner ist Herr Dr. Rohde für die F.D.P.-Fraktion. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß Ihnen im ersten Satz widersprechen, Herr Kollege Farthmann: Es geht nicht um den Haushalt des Landtages, wobei es natürlich eine gute Position wäre, der Landtag würde endlich einmal das Schuldenmanagement selbst in die Hand nehmen. Leider hat er da keine Zuständigkeit. Vielleicht schaffen wir es aber mit Ihnen gemeinsam, daß endlich der Landtag die Zuständigkeit für das Schuldenmanagement selbst in die Hand nimmt. Dann hätten wir nämlich weniger Schulden in Nordrhein-Westfalen.

Herr Farthmann, es geht um den Entwurf des Haushalts der Landesregierung. Dieser Entwurf sieht eben nicht gut aus. Er ist nicht auf Zukunft gestellt. Das sieht man schon bei den Ausgaben für Bildung und Wissenschaft.

Herr Farthmann, Ihre Rede empfand ich als eine einzige Große Anfrage an die Landesregierung, zusammengefaßt in dem Satz: Müssen wir nicht, muß die SPD nicht neue Wege gehen? Da darf ich Ihnen für die neue Landesregierung sagen: Es wäre wirklich gut, die SPD würde neue Wege gehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(D) Die erste Frage lautete: Wie sieht eigentlich das Kabinett aus? Der Ministerpräsident wird sie möglicherweise beantworten, aber wir hatten natürlich angenommen, Sie würden diese Frage beantworten, indem Sie uns eine neue Kabinettsliste mitbrächten. Leider haben Sie das nicht getan.

Die zweite, ganz entscheidende Frage lautete: Braucht die SPD nicht ein neues Parteiprogramm? Tatsächlich möchten wir Sie bei Ihren Anstrengungen unterstützen, zu einem neuen Parteiprogramm zu kommen, denn zu Recht haben Sie beklagt - -

(Abgeordneter Böcker [SPD]: Das neue Programm braucht die F.D.P.!)

- Ja, ich will das ja aufnehmen, was Herr Farthmann gesagt hat. - Zu Recht haben Sie die hohe

(Dr. Rohde [F.D.P.])

(A) Arbeitslosigkeit beklagt. Zu Recht haben Sie darauf hingewiesen, daß es immer weniger neue Arbeitsplätze in der Industrie gibt. Da stellt sich aber eine Frage, die wir gemeinsam zu beantworten haben: Brauchen wir nicht neue Märkte? Brauchen wir nicht mehr Märkte? Brauchen wir, Herr Farthmann, nicht neue Märkte für die neuen Dienstleistungsarbeitsplätze im Bereich der Ernährung, im Bereich der Altenpflege, der Gesundheit, der Informatik, der Logistik und der Medien?

Und wenn wir dann neue Vorschläge machen, wie neue Märkte einzurichten sind, frage ich Sie: Warum werden denn alle diese Vorschläge abgebügelt? Warum lassen Sie sich denn nicht auf das Abenteuer ein, mit uns gemeinsam zu diskutieren, wie man neue Märkte zu schaffen hat?

Natürlich brauchen wir auch mehr und neue Unternehmer. Natürlich brauchen wir mehr Innovation. Aber wenn wir uns die Kultur in Nordrhein-Westfalen ansehen und uns fragen, wie wir denn mehr und neue Unternehmer schaffen, wie wir denn mehr Innovation schaffen, und unsere Vorschläge machen, dann wird alles abgebügelt - ebenso das, was Sie ansprechen unter Flexibilität der neuen Sozialsysteme. Wir wären dankbar, würden Sie Ihre Worte umsetzen und mit uns gemeinsam diskutieren, wie wir Nordrhein-Westfalen auf das Jahr 2000 vorbereiten.

(B)

(Beifall bei der F.D.P.)

Lieber Herr Farthmann, so hat man das Gefühl und denkt - ich möchte es auf den Satz bringen -: Gut gebrüllt, Löwe. Ich stelle mir vor: Da sitzt der alte Löwe Farthmann im Parteikäfig der SPD, schaut traurig und voller Sehnsucht durch die Gitterstäbe und brüllt: Laßt mich doch raus, erlaubt mir doch neue Denkweisen, die Welt sieht ja ganz anders aus, als die Parteiräson mir erlaubt zu denken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Farthmann, wir tragen gerne dazu bei, Sie auf neue Gedanken zu bringen, und möchten Ihnen wünschen,

(Zurufe der Abgeordneten Champignon [SPD] und Dr. Vesper [GRÜNE])

daß Sie in der Lage sind, diese neuen Gedanken auch in der SPD nicht nur vorzutragen, sondern

auch durchzusetzen. Wir möchten Ihnen wünschen, daß Sie nicht nur auf die "FAZ" angewiesen sind - "Dahinter steckt ein kluger Kopf" -, sondern daß Sie diese Gedanken auch in der SPD umsetzen und sie durchbringen können.

(C)

Natürlich bin ich Ihnen für den außerordentlich fairen Satz dankbar, den Sie ohne jede Häme - was ich Ihnen abnehme; Sie sind ein ehrlicher Mensch - gesagt haben: Die F.D.P. ringt um ihr politisches Überleben. Das ist ja richtig. Das macht natürlich deutlich, daß wir die einzige Partei sind, die "lean management" und "lean production" nicht nur fordert, sondern praktiziert.

(Beifall bei SPD und GRÜNE - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Hoffentlich erfolgreich!)

- Wir sind immer konsequent, wir setzen Forderungen immer um, selbst an uns selbst.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Nur zu! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Nur zu! - Zuruf: Und beim Wähler!)

- Und beim Wähler. - "Durch den Ideenreichtum von Herrn Rohde gab es zwar gelegentlich ein bißchen Abwechslung, aber das war es dann auch," sagte Herr Farthmann.

(D)

So, jetzt haben Sie doch die Gelegenheit, wenn wir diskutieren, durch welches Steuersystem wir die Abgabe für die Kohle ersetzen, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, daß es möglich sein muß, auch in den Forderungen an die Bundesregierung die Kohlefinanzierung durch eine Steuer abzulösen, die den Einstieg in ein ökologisches Steuersystem findet.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dazu können Sie beitragen. Da werden wir Sie an Ihren Worten messen. Wenn ich an Ihre Ausführungen zum Bürgergeld oder darüber, daß man auch die Familie als Unternehmen anerkennen muß, denke: Sie haben uns auf Ihrer Seite. Wir würden uns wünschen, es bliebe nicht nur bei Worten zur dritten Lesung und bei Artikeln in der "FAZ", sondern in diesem Landtag würde gemeinsam über neue Ziele für Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland diskutiert und der Versuch gemacht, solche Ziele auch umzusetzen.

(Dr. Rohde [F.D.P.])

- (A) Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor einiger Zeit konnten wir im "Focus" - dieser Zeitschrift, die gewöhnlich gut Bescheid weiß - unter der Überschrift "Bei den Genossen an Rhein und Ruhr macht sich Unmut breit: Vormann Johannes Rau läßt die Zügel schleifen" die Äußerung eines prominenten Sozialdemokraten über die Landesregierung lesen. Leider wird der Name nicht genannt. Aber wir wissen alle, um wen es sich handelt.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Um wen denn?)

"Wir haben im letzten Jahr im großen und ganzen nur Chaos produziert" - so wird dieser prominente Sozialdemokrat zitiert. Wir fragen uns: Was soll denn eigentlich diese Beschränkung nur auf das letzte Jahr?

(Beifall bei der F.D.P.)

In der Zeit der sozialdemokratischen Alleinherrschaft - seit Mitte 1980 also - ist die Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen weitaus stärker gestiegen als die in allen anderen Bundesländern. In den großen Flächenländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ist der Anteil -

- (B) (Minister Schleißer: Das ist falsch!)

- Nein, das ist richtig. Wir haben die Zahlen und können sie Ihnen geben. Der Anteil der Zinsausgaben für Kredite an den Steuereinnahmen ist auch erschreckend zuungunsten des Landes Nordrhein-Westfalen gestiegen. Die Steuereinnahmen sind weit geringer gestiegen, Herr Finanzminister, in NRW am geringsten. Wir finden, das ist ein außerordentlich alarmierendes Zeichen, sowohl bei den Schulden wie bei den Einnahmen, für den nicht bewältigten Strukturwandel.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist sicherlich darauf zurückzuführen - deswegen immer der Wunsch nach einem neuen Kabinett -, daß der Ministerpräsident und seine Mannschaft eben müde geworden sind. Sie sind etwas schlaff, es gibt keine Powerkultur mehr.

In jedem Jahr der sozialdemokratischen absoluten Mehrheit seit 1980 sind durchschnittlich über sechs Milliarden DM zusätzliche Schulden angefallen. Dieser gewaltige und bei unverändertem

(C) Kurs weiter steigende Schuldenberg des Landes schränkt allein durch diese Belastung mit den ständig und überproportional anwachsenden Zinsleistungen den politischen Handlungsspielraum unzumutbar ein. Noch Generationen nach Johannes Rau - und Sie beschwören ja Ihre Kinder ebenso gerne wie ich - werden unsere Kinder, Herr Ministerpräsident, die Schulden abtragen müssen, die Sie aufgehäuft haben. Das ist der fatale Kreislauf der SPD-Politik.

(Beifall bei der F.D.P.)

Falsche Wirtschaftspolitik führt zu falscher Haushaltspolitik, falsche Haushaltspolitik führt zu falscher Wirtschaftspolitik. Die Schuldenspirale führt zu weniger Chancen für die folgenden Generationen. Deswegen ist diese Politik nicht zukunftsorientiert - sage ich Ihnen von Vater zu Vater -, Herr Ministerpräsident. Sie ist ein Verstoß gegen den Generationenvertrag. Aber absolute Mehrheiten machen offenbar blind und taub durch die Arroganz der Macht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(D) Viel zu lange haben Sie, Herr Ministerpräsident, in unserem Lande eine Zwei-Klassen-Haushalts- und -Wirtschaftspolitik betrieben: Zwei-Klassen-Förderpolitik zugunsten der Montanindustrie und des Ruhrgebiets, Vernachlässigungen der Zukunftsinvestitionen in moderne Technologien, in den innovativen Mittelstand, Vernachlässigung anderer Räume als des Ruhrgebiets, Zwei-Klassen-Arbeitsmarktpolitik auch durch die Privilegierung von Beschäftigungsgesellschaften nur im Ruhrgebiet statt gleicher Chancen für alle Arbeitnehmer.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist der eigentliche Vorwurf, den man Ihnen machen muß: eine Gerechtigkeitslücke, die Privilegierung einer Branche, eines Raumes, eines Industriezweiges und die Vernachlässigung anderer Branchen, anderer Räume und anderer Unternehmen als der Großindustrie.

Wenn man sich die Ausgaben ansieht - in diesem Haushalt erneut: Minuswachstum für Bildung und Wissenschaft -, dann stellt man fest: So unterminiert man die Zukunftschancen des Landes Nordrhein-Westfalen. Also: Verstoß gegen den

(Dr. Rohde [F.D.P.])

- (A) Generationenvertrag, ständig Verträge zu Lasten Dritter, insbesondere der Zukunft.

Im "Focus" heißt es bei dem Thema "Gewissenforschung der SPD" weiter: Kindergartengesetz - schludrig gemacht; Kommunalreform - Herr Linssen hat darauf hingewiesen -: von der Opposition zum Umdenken gezwungen; Arbeitsmarktkonzept steht aus; stärkere öffentliche Präsenz der Polizei - ins Leere gelaufen; Kabinettsreform - nicht einmal kleine Rochade.

Und was sagen Sie dazu? Noch in der letzten Sitzung haben Sie gesagt: Dreimal hat der Wähler mir und meinen politischen Freunden hier eine Mehrheit gegeben. Und weiter: Wie schön wäre es, wenn wir im Landtag über Sachfragen redeten! Und wenn wir dann, die Opposition, ob CDU, GRÜNE oder F.D.P., über Sachfragen reden wollen, Herr Ministerpräsident, dann reden Sie immer nur über Machtfragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nur, die Frage ist: Was fangen Sie eigentlich mit Ihrer Macht an? Lösen Sie die Probleme der notwendigen Wettbewerbsfähigkeit des Landes? Sie hatten viele Jahre Zeit. Sie haben die Probleme nicht gelöst. Sie haben Ihre Zeit nicht effektiv genutzt.

(B)

Sie haben weiter in der letzten Sitzung gesagt: Ich werde die Arbeit so weiterführen wie bisher. Sie haben den Bürgern in NRW ja auch für die Zeit nach dem 14. Mai angedroht - - Wenn man Herrn Güllner glaubt, wollen 70 % der Wähler Sie als Ministerpräsidenten wählen, also mit absoluter Mehrheit. Wenn man sich allerdings die Prognosen von Herrn Güllner ansieht, meine ich, müßten es in 10 Jahren mindestens 150 % der Wähler sein, die Sie wählen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Alos, von uns allen so geliebter Friedensfürst Johannes! Wir sind ja im Grunde die einzige Oppositionspartei hier im Landtag.

(Lachen bei den GRÜNEN)

- Sind wir! Insbesondere nach den letzten Kommunalwahlen gibt es ja nur noch CDU-GRÜNE, die neue Einheitsfront. Die FAZ hat das ja sehr schön mit dem Satz beschrieben: Was die CDU

im Bündnis mit den GRÜNEN durchsetzen wollte, wird nun die SPD im Bündnis mit den GRÜNEN durchsetzen. Da gibt es ja kaum noch einen Unterschied zwischen den Parteien. Gestatten Sie also uns, der einzigen reinen, kristallklaren, ungetrübten Oppositionspartei im Lande, (C)

(Lachen bei SPD, CDU und GRÜNEN - Beifall bei der F.D.P.)

dieses Banner der Liberalen zu tragen. Wir zweifeln nicht an Ihrer Milde, Friedensfürst Johannes! Wir zweifeln nur an Ihrer Entschlossenheit zu Reformen.

Wir konstatieren deshalb: Die SPD-Landesregierung ist in die Jahre gekommen. Seit 28 Jahren regiert die SPD in Nordrhein-Westfalen, seit 16 Jahren heißt der Ministerpräsident Johannes Rau.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Gott sei Dank!)

- Ja, richtig! Generationen kommen und gehen, Johannes Rau ist sich selbst zum Denkmal geworden.

Selbst mit der CSU - und das heißt etwas! - kann man ja diese Landesregierung nicht vergleichen. In Bayern hat man den Generationswechsel schon zweimal vollzogen. Demgegenüber ist in Nordrhein-Westfalen Ministerpräsident Rau einmalig. (D)

Herr Ministerpräsident, Ihre Regierung ist insoweit ja längst über das Stadium hinaus, in dem die Bezeichnungen "falsch" oder "richtig" noch angebracht waren. Das "System Rau" ist eben überholt, ohne sich überholen lassen zu können. Die Regierung verwaltet nur noch ihre Domäne: Domänenverweser Dr. Johannes Rau als Erbpächter mit seinen in die Jahre gekommenen Großwesiren Herbert Schnoor und Hans Schwier, flankiert von den ebenfalls in die Jahre kommenden Erbprinzen Klaus Matthiesen und Wolfgang Clement, die ständig mit der goldenen Kugel spielen und vergeblich auf eine Prinzessin warten, die sie erlöst, damit sie König werden; nur: Eine Prinzessin kommt nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P.)

(Dr. Rohde [F.D.P.])

- (A) Auch der Rest der Seniorenriege ergraut: Wirtschaftsminister Einert lebt bereits im Vorruhestand, Rolf Krumtsiek hat den Rentenantrag schon eingereicht, und wer sich nicht auf den Ruhestand freut, der praktiziert ihn.

(Erneut Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P.)

Wir von der Opposition, Herr Ministerpräsident, können verstehen, daß sich der König nicht von seinen alten Weggefährten trennen mag. Sie beherzigen den Grundsatz: Trau keinem unter 60!

(Beifall bei der F.D.P.)

Dennoch, Herr Ministerpräsident, müssen Sie sich fragen lassen: Wie wollen Sie denn das Land auf das Jahr 2000 vorbereiten? Deswegen sagen wir: Sie haben alle Ihre Verdienste, meine sehr verehrten Damen und Herren Minister; aber ein Fitneßcenter - Herr Farthmann ist auch begeistert - werden Sie sicherlich nicht mehr eröffnen wollen. Eher ist Schaukelstuhl-atmosphäre angesagt, wobei das auch nicht schlecht ist; nur fragt man sich: Was hat das mit Reformpolitik für unser Land zu tun?

(Beifall bei der F.D.P.)

- (B) Möglicherweise geht ja die gesamte Opposition mit dieser Erkenntnis in den Wahlkampf: Wer Johannes Rau wählt, hat die Garantie, daß alles beim alten bleibt. Aber Reformen sind wirklich angesagt, Herr Ministerpräsident, sind für dieses Land überfällig.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Champignon [SPD]: Wie alt sind Sie eigentlich?)

Also müssen Sie doch Ihre einseitige Politik zugunsten der Montanindustrie, der Großunternehmen ändern. Wir brauchen Chancengleichheit für alle Branchen, alle Unternehmensgrößen, alle Regionen, alle Arbeitnehmer.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie müssen den Strukturwandel entschlossen angehen, das Land auf den härter werdenden weltweiten Wettbewerb vorbereiten. Sie, Kollegen von der SPD, Herr Farthmann, müssen stärker auf die kleinen und mittleren innovativen Un-

ternehmen zugehen, auf neue Technologien, auf den Markt. (C)

Herr Ministerpräsident, noch in der letzten Woche haben Sie den überfälligen Strukturwandel angemahnt. Dabei haben Sie vergessen, daß Sie die Chancen nutzen mußten, aber, Herr Ministerpräsident, nicht ausreichend genutzt haben.

Das Kernübel der SPD-Wirtschaftspolitik in diesem Lande ist nämlich, daß ständig in verkrustete Strukturen, die der Weltmarkt nicht mehr halten kann, Milliarden von Steuergeldern gepumpt werden und die Vergangeheit konserviert wird. Sie sollten aber lieber in Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur investieren. Das sind Zukunftsinvestitionen, nicht Kohle und Stahl. Zukunftsinvestitionen sind unsere Köpfe.

Wo ist die überzeugende Sicherheitspolitik? - Weder neue Drogenrichtlinien noch Eierdieb- oder Bagatellerlaß können kaschieren, daß die Polizei nicht mehr in der Lage ist, die Sicherheit der Bürger zu garantieren. Wo bleibt eigentlich die institutionelle Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdiensten? Hier steckt ein riesiges Potential, das man auch nutzen kann, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, Herr Farthmann, allerdings mit einem anderen Staatsverständnis: der Staat als Garant und private Sicherheitsunternehmen als Dienstleister. (D)

Wir müssen endlich Ernst machen mit einer Schulreform, die diesen Namen verdient. Vorschläge liegen zuhauf auf dem Tisch. Aber seit dem Kienbaum-Gutachten über die Schulorganisation, Herr Schwier, ist nicht viel geschehen. Es sind keine inhaltlichen Konsequenzen gezogen worden. Ich glaube, Sie haben dazu auch keine Lust mehr.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir müssen die Leistungsfähigkeit der Universitäten, der Professoren und der Studenten steigern. Da liegt unser Innovationskapital. Das ist der eigentliche Rohstoff Nordrhein-Westfalens. Wo gibt es dazu Vorschläge der Landesregierung? - Es gibt keine Vorschläge. Es gibt nur ein müdes Kurieren an Symptomen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Dr. Rohde [F.D.P.])

- A) Wir warten auf eine Verwaltungsstrukturreform, die den öffentlichen Dienst effizienter macht. Entscheidend ist nicht das gewerkschaftliche Interesse der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, sondern die Dienstleistung am Bürger. Aber die Landesregierung handelt auch auf diesem Gebiet nicht. Sie beantwortet eine Große Anfrage der SPD-Fraktion.

Es steht auch eine Revision des SPD-Parteibuch-Staates aus. Dies heißt, daß wir mehr Unabhängigkeit in den öffentlichen Ämtern brauchen.

Wo ist die moderne Verkehrsinfrastrukturpolitik, die das Auto nicht verpönt, die aber intelligent auf die Umweltprobleme von heute reagiert? Wo sind die Vorschläge für neue Warentransportsysteme, für neue Logistiksysteme? Wir warten darauf.

Wir treten auch jetzt erst in eine Diskussion über eine zukunftsorientierte Energiepolitik ein. Wir brauchen den Einstieg in neue Technologien des 21. Jahrhunderts.

- B) Herr Farthmann, wenn Sie sich die letzten Jahre ansehen, mit den Versuchen über die Formel "Sozialverträglichkeit" neue Technologien nur zu stoppen, aber nicht weiterzuentwickeln, dann muß man sich fragen, welche Chancen Sie in der Kommunikationstechnik, in der Biotechnik und in der Gentechnologie verpaßt haben. Sie haben viele Chancen verpaßt. Zukunftsangst war Ihr Ratgeber. Zukunftsangst kann aber nicht der richtige Ratgeber sein. Es geht nicht um Ängste, sondern um Aufklärung, um Fortschritt zu erreichen und um den Strukturwandel zu fördern, anstatt ihn zu stoppen.

Wenn es um die Frage geht, ob die Landesregierung und die SPD den Mut für einen neuen Aufbruch haben, sehen wir nur Zögern und keinen Aufbruch. Statt der Schaffung eines Klimas von Leistung und Wettbewerb, statt eines Ringens um die bessere Idee, was Sie einfordern, aber nicht praktizieren, geschieht in Nordrhein-Westfalen zu wenig. Es gibt keine Diskussion und keine Offensive für neue Chancen. Es gibt hingegen eine politische Kultur des "closed shop", es gibt keine offene Gesellschaft. Ihre Position heißt: Wir da oben. Uns gegenüber heißt sie: Ihr da unten. Wir wollen eure Reformvorschläge nicht aufgreifen. Wir nutzen die Chance nicht für eine lebendige

Diskussion. - Es gibt nur Mehltau, keinen Aufbruch. (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

In der letzten Woche haben wir das noch zu den Vorschlägen der F.D.P.-Fraktion zur Parlamentsreform erlebt, die Horst-Ludwig Riemer vorgetragen hat. Es ist alles abserviert worden. Es störte den Status quo, und Sie wollten nichts Neues.

Ich möchte deswegen aus dieser Debatte einmal das Frage- und Antwortspiel zwischen Jürgen Büssow und Horst-Ludwig Riemer vortragen, um zu zeigen, wie die Debatten im Landtag von Nordrhein-Westfalen über dringend notwendige Strukturreformen verlaufen. Dies macht deutlich, daß es große Worte gibt, aber keine Neigung, sich auf das Abenteuer des Denkens und auf Neues einzulassen.

Abgeordneter Riemer sagt:

Ich bin froh, daß wir das heute behandeln, weil dann, wenn wir das nicht täten, wahrscheinlich nicht nur die Parlamentsreform, sondern auch das Thema langsam versickern würde und am Ende nicht einmal mehr eine Diskussion darüber hier stattfände. (D)

Zwischenruf des Abgeordneten Büssow:

Es interessiert auch keinen mehr!

Herr Riemer fragt:

Ich habe das nicht verstanden, Herr Büssow.

Originalton Büssow:

Sie haben recht. Es interessiert keinen mehr!

"Es interessiert keinen?", fragt Riemer. Herr Büssow antwortet:

Das vermute ich!

Das ist genau der Ton, der jede Reform zum Scheitern bringt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Dr. Rohde [F.D.P.]

- (A) "Not invented" hier, nicht von uns gedacht, nicht von uns bedacht - Ende der Durchsage. Alles abschmettern. So sind Reformen in Nordrhein-Westfalen nicht zu schaffen. Deswegen sagt Riemer zu Recht weiter:

Lassen Sie mich eines klarstellen: Ständige Reformbereitschaft ist ein Zeichen dafür, daß es in einer Institution so etwas wie selbstkritischen Geist gibt. Ich glaube, das ist das Kennzeichen. Jedes System, das durch die Existenz von Geist gekennzeichnet ist, das handelt und weiß, daß es handelt, und weiß, warum es handelt, kommt unweigerlich immer wieder zu der Frage, ob man das, was man tut, nicht besser machen könnte. Diese Frage war hier zu stellen und zu beantworten.

Es gibt nicht allzu viele Bürger - so sagt er - die genau wissen, was hier im Landtag geschieht. Und diejenigen, die wissen, was hier geschieht, sind nicht alle von der Notwendigkeit dessen, was wir tun, überzeugt. Vieles von der Staats-, der Politik- und der Parteienverdrossenheit, die wir draußen erleben, ist letztlich darauf zurückzuführen.

- (B) Wir müssen aus dem perfekten Ritual der Sinnlosigkeit herauskommen, daß Anträge gestellt werden, von denen die Opposition weiß, daß sie mit absoluter Sicherheit abgelehnt werden. Und so kommen wir alle gemeinsam - wir von der Opposition, aber auch viele Bürger - zu dem Ergebnis: Absolute Mehrheiten sind in verschiedener Hinsicht nachteilig. Jede Parlamentsreform muß offensichtlich damit beginnen, daß man versucht, die absolute Mehrheit zu verhindern und zu beseitigen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Deswegen möchte ich für mich mit meinen eigenen Worten zum Schluß sagen: NRW muß wieder richtig durchlüftet werden, Türen und Fenster müssen wieder geöffnet werden; weg mit dem Muff; NRW muß wieder empfänglich sein für neue Impulse, muß selbstkritisch und lernfähig sein, offen sein für neue Ideen; Nordrhein-Westfalen braucht frischen Wind mit einer neuen Regierung und einer starken Opposition - unverbraucht, mit neuen Ideen und Mut zur Umsetzung! - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Dr. Rohde. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Höhn das Wort.

(C)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Meine Damen und Herren, meine Vorredner haben aus meiner Sicht ein Stück zuviel in der Vergangenheit gewühlt. Wenn man am Ende einer Legislaturperiode steht, dann geht es auch darum, Bilanz zu ziehen, und zwar Bilanz - Herr Linssen, da gebe ich Herrn Farthmann recht - in den Punkten, die die Bevölkerung wirklich interessieren, und nicht darum, viele formale Punkte anzusprechen wie die Gemeindeordnung oder die Verwaltungsstrukturreform, so wichtig sie auch sein mögen: Es sind sicher für viele Menschen in diesem Lande zunächst einmal nicht die wichtigsten Fragen, die sie persönlich am meisten interessieren.

Das Gesamtergebnis der Landespolitik der letzten fünf Jahre ist aus unserer Sicht - vorsichtig ausgedrückt - sehr bescheiden. Die Landesregierung hat trotz mancher Bemühungen, die wir durchaus anerkennen, in Nordrhein-Westfalen seit Jahren fast nichts mehr bewegen können.

Und wenn ich heute bzw. gestern gesehen habe, daß diese Landesregierung in einem wichtigen Punkt sogar eine falsche Entscheidung getroffen hat, eine Entscheidung, die aus unserer Sicht eigentlich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande zu treffen haben, dann, muß ich sagen, geht es sogar häufig genug in die falsche Richtung. Diese Landesregierung tut alles, um jetzt, kurz vor der Wahl, noch die Genehmigung des Braunkohletagebaus Garzweiler II voranzutreiben, eine Entscheidung durchzuziehen. Das ist falsch. Hier sind Tausende von Menschen betroffen,

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

hier wird ein riesiges Naturschutzgebiet zerstört. Ich finde es ungeheuerlich, daß die Landesregierung selbst in einem so wichtigen Punkt wieder einmal am Landtag vorbei die Entscheidung trifft und noch nicht einmal die Landtagswahl abwartet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, dies ist ein Zeichen für das Demokratieverständnis, das diese SPD hat, wenn sie jetzt

(Höhn [GRÜNE])

- (A) versucht, Fakten festzuklopfen, und nicht den 14. Mai abzuwarten. In diesem Falle ist es ein typisches Beispiel dafür, daß sogar in die falsche Richtung gegangen worden ist.

Auf anderen Gebieten wiederum gibt es aus unserer Sicht zuviel Stagnation. Auf keinem einzigen Gebiet gibt es wirklich soziale oder ökologische Reformen.

Die Schulpolitik dämmert vor sich hin. Die Rechtspolitik ist dem Tiefschlaf nahe. Die Innenpolitik betreibt nur noch Rückzugsgefechte, und die Verkehrspolitik hat sich selbst zum Opfer der Straßenbaulobby gemacht. Die Wohnungspolitik begnügt sich mit dem Stopfen der schlimmsten Löcher. Die Wirtschaftspolitik betet nur noch die Bonner Litanei nach. Die Haushaltspolitik hat sich selbst in die Bewegungsunfähigkeit manövriert. Und die Frauenpolitik begnügt sich mit Allmosen. Matthiesens Umweltpolitik, die aus meiner Sicht eine "Umweltpolitik" ist, habe ich eben schon entsprechend kommentiert.

- (B) Fragt man die Landesregierung nach den Ursachen, dann verweist sie gerne auf Bonn. Und in der Tat: Die verfehlte Politik der Bundesregierung hat viel zu dem schlechten Zustand Nordrhein-Westfalens beigetragen. Aber die SPD macht es sich zu einfach, wenn sie nur mit dem Finger auf Bonn zeigt. Wo war denn der nordrhein-westfälische Widerstand gegen Bonn? Wo war das Aufbäumen dieser Landesregierung? Wo hatte sie eigenständige Ideen? Wo wollte sie neue Wege gehen? Wo ist die Innovationskraft und Reformfreude der SPD aus den vergangenen Jahren?

Wer diese Frage stellt, braucht nicht lange nach Antworten zu suchen. Die heutige SPD ist Welten von der Reform-SPD von Anfang der 70er Jahre entfernt, der SPD des Aufbruchs, des Mehr-Demokratie-Wagens. Diese Landesregierung hat nicht mehr die Kraft, gegen den Strom zu schwimmen; oft hat sie nicht einmal mehr den Willen. Sie paßt sich von Jahr zu Jahr mehr dem konservativen Gesamttrend an.

Die Folgen dieser Politik sind für Millionen von Menschen in Nordrhein-Westfalen untragbar geworden. Wir haben in Nordrhein-Westfalen die höchste Arbeitslosigkeit nach dem Kriege, die zweithöchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Flächenländer. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich sogar vervielfacht. Einige 100 000 Kinder

müssen in Nordrhein-Westfalen von der Sozialhilfe leben. (C)

Dies sind nur einige Beispiele der wachsenden Probleme. Wer diese Entwicklung unvoreingenommen betrachtet, wird zu dem Schluß kommen: So darf es nicht weitergehen, und so kann es nicht weitergehen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, so braucht es auch nicht weiterzugehen, wenn man den 14. Mai stärker ins Visier nimmt.

Es kann auch kein Trost sein, daß Johannes Rau als Landesvater große persönliche Anerkennung genießt. Denn es ist unverkennbar, daß seine Regierung ihre Innovationskraft verloren hat. Sie ist überaltert und müde. Unregelmäßigkeiten, Unklarheiten, Ungereimtheiten sind an der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, ich gehe einmal die Reihen durch, auch wenn sie sich jetzt schon gelichtet haben. Da wäre rechts von mir Herr Krumm: Er kündigt schon das Ende seiner Amtszeit an, noch ehe der Balsam-Untersuchungsausschuß seine Arbeit aufgenommen hat. Oder Herr Einert, der jetzt auch schon gar nicht mehr dabei ist, würde lieber heute als morgen aufhören. Herr Schleußer ist des mehrfachen Verfassungsbruchs überführt worden, als er Geld am Parlament "vorbeischleußerte". (D)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nein, nein!)

Herr Schnoor sucht intensiv nach seiner liberalen Vergangenheit, nachdem die größte Polizeikesselaktion der Nation mit fast 1 000 Eingekesselten - viele davon 13- bis 14-jährige -

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Da tun Sie ihm aber unrecht! Es war richtig gehandelt worden!)

von ihm nicht nur zu verantworten ist, sondern sogar noch verteidigt wird.

Und Frau Ridder-Melchers - mit 50 Jahren das Nesthäckchen dieser Runde; das ist ja auch bezeichnend - versucht die 0,02% des Haushalts, die sie verteilen darf, als frauenpolitischen Fortschritt zu verkaufen.

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Bei Herrn Minister Clement liegen zunehmend die Nerven blank, wenn er wieder einmal im Plenum für die Fehler seiner Kollegen und Kolleginnen den Kopf hinhalten muß, oder wenn ihm selbst VOX und die Flüchtlingspolitik in Shutka aus dem Ru- der laufen.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Und Herr Minister Matthiesen hetzt von einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum nächsten, wenn er nicht gerade - zum 15. Male - das erste Wiedererscheinen des Ferkelkrauts bejubelt.

Herr Schwier sehnt seinen Ruhestand am 14. Mai herbei - -

(Minister Schwier: Ich kann es aber noch ertragen!)

- Ja, können Sie es noch ertragen? - Ich dachte, Sie sehnten ihn doch ein wenig herbei. Gut! Dann revidiere ich hier.

Frau Brunn bekommt, wenn sie sich einmal vernünftig verhält wie zur Koalitionfindung beim Landschaftsverband Rheinland, wo im wesentlichen sie für Rot-Grün gesorgt hat,

(B)

(Heiterkeit bei der CDU)

von ihren Kollegen sofort "einen auf den Deckel."

Herr Kniola plant fleißig Hunderte von Millionen Mark für neue Tunnel und Straßen ein, wenn er einmal wieder publikumswirksam per Fahrrad die neuen Verkehrspolitik feiert. Und Frau Bruns sucht mit der Lupe ihre Kompetenzen, nachdem die WestLB den Wohnungsbestand übernommen hat. Herr Müntefering - ich komme zum Schluß - verheddert sich im Gutachterdschungel. Er steht mannhaft vor seinem Mitarbeiter, dem fast alle Mittel recht sind - wie er sich ausdrückt -, um die Bevölkerung nicht mit gefährlichen Dioxinmeldungen zu beunruhigen.

Und über allem schwebt Landesvater Rau, gleichsam über den Wolken thronend und doch gütig, schaut auf sein Volk, seine 12 Minister und seine 13 Hühner zu Hause in Wuppertal herab

(Beifall bei den GRÜNEN)

und weiß manchmal vielleicht nicht, welches der größere Hühnerhaufen ist. (C)

Meine Damen und Herren! Die 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen, eine große Familie, geeint durch das Motto "Versöhnen statt spalten" - wer würde diese Idylle stören, wenn da nicht das kleine Volk der GRÜNEN wäre!

(Heiterkeit bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht genug, daß wir vor fünf Jahren den Sprung in den Landtag geschafft haben; nun fangen wir auch noch an, das Land auf kommunaler Ebene mit Rot-Grün-Bündnissen aufzumischen.

(Abgeordneter Hombach [SPD]: Und Schwarz-Grün!)

Nachdem uns der Landesvater fünf Jahre lang ignoriert hatte, startete er nun eine erste Analyse über die GRÜNEN mit folgenden Worten und folgendem Rat an seine Genossen: Ich rate nicht einmal: ignorieren. - Hätten die lieben Genossen das doch gemacht, Herr Ministerpräsident!

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nein!)

Aber nein, sie müssen immer ihre eigenen Erfahrungen machen. Mit dem rot-grünen Landschaftsverband Rheinland fängt die gefürchtete Debatte in den eigenen Reihen erst richtig an. (D)

Die GRÜNEN machen schließlich dort, wo es früher SPD-Mehrheiten gab, bei den Verhandlungen auf kommunaler wie auch auf Landschaftsverbandsebene, durchweg eine seltsame Erfahrung. Zum einen finden sie eine CDU vor, die fast alle Vorstellungen der GRÜNEN ohne großes Zögern mitmachen will, eine CDU, die flexibler auf die GRÜNEN-Forderungen eingeht, um an die Macht zu kommen, und auf der anderen Seite eine SPD, die nicht begreifen kann, daß ihre absolute Mehrheit weg ist, die den GRÜNEN gegenübertritt, als gäbe es nichts zu verhandeln, sondern allenfalls die SPD-Vorstellungen zu unterschreiben - eine SPD also, die betonartig reagiert und noch gar nicht realisiert hat, daß schon ein einziger kleiner grüner Grashalm diesen Beton sprengen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Stehen Sie heute in Koalitionsverhandlungen mit der SPD?

(Höhn [GRÜNE])

(A) Und dann noch öffentlich! Eine Anbiederung?)

Ja, ich frage Sie: Was sollen wir denn machen, wenn eine örtliche SPD nicht links, sondern rechts von der CDU steht? Sollen wir dann rechte Politik machen, nur weil das Etikett "SPD" draufklebt?

Die Gladbecker GRÜNEN sagten, sie hätten die Wahl zwischen der CDU und der CSU, und sie hätten sich für die CDU entschieden. Das sind zum Teil die Verhältnisse vor Ort.

GRÜNE stellen immer wieder fest, es gibt innerhalb der Sozialdemokraten einen tiefen Riß: Auf der einen Seite ist da das Programm der Sozialdemokraten; vieles davon können wir unterschreiben. Oder aber die Regierungserklärung des Landesvaters; vieles davon sind die Ziele, die wir umsetzen wollen. Oder selbst viele Teile der Rede von Herrn Farthmann eben! Was sagten Sie, Herr Farthmann: Wir wollen vorsorgende Umweltpolitik statt Reparaturen? Dann frage ich Sie, warum Sie dann für Verbrennung sind, anstatt bei der Produktion anzusetzen, und warum tragen Sie Öko-Abgaben nicht mit?

(B) (Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Höhn, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Rüsenberg zulassen?

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Ja, sicher!

- Bitte schön.

Abgeordneter Rüsenberg (CDU): Frau Kollegin Höhn, Sie haben mittlerweile gut 15 Minuten gesprochen und den Vorrednern vorgeworfen, sie würden in der Vergangenheit verharren. Können Sie mir in wenigen Sätzen sagen, was Sie in Ihrer Rede bisher an Zukunftsperspektiven der GRÜNEN geboten haben?

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit der Abgeordneten Witteler-Koch [F.D.P.])

(C) Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Herr Rüsenberg, erstens habe ich bisher sieben Minuten gesprochen, was ich auf meinem Tableau sehe,

(Abgeordneter Rüsenberg [CDU]: 15 Minuten!)

und zweitens wollen wir in der Zukunft die Punkte umsetzen, die ich bei Herrn Farthmann benannt habe. Sie haben also Ihre Frage leider ein wenig zu spät gestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.] Mit einem Satz läßt sich das zusammenfassen: Sie wollen an die Regierung! Das ist alles!)

- Nein, Herr Schultz-Tornau, darauf werde ich gleich ausführlich eingehen und Ihnen genau darlegen, was wir in der Zukunft vorhaben.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Gehen wir noch ein bißchen zur SPD. Die SPD-Mitglieder an der Basis kämpfen mit den GRÜNEN vor Ort gegen Fremdenfeindlichkeit, für den Frieden, gegen die Müllverbrennung und für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Auf der anderen Seite stehen die Mitglieder der SPD, die lieber das Bündnis mit der CDU eingingen, deren eigene Politik sich von der der CDU fast gar nicht unterscheidet und die das Programm als notwendiges Übel zur Beruhigung der sozialdemokratischen Seele erleben.

(D)

(Zuruf von der SPD: Ha, ha!)

Zwischen diesen beiden Teilen der SPD gibt es eine - in der Tat - fast unüberbrückbare Kluft. Das macht die SPD so bewegungsunfähig.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das haben die Maoisten auch schon gesagt! Gute Basis, schlechter Überbau - das ist eine tolle Kombination!)

- Na gut! Offensichtlich trifft die Feststellung und macht betroffen, Jürgen Büssow!

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Nein, nein!)

Schleußer und Kniola haben gesagt, sie hätten lieber einen schwarz-grünen Landschaftsverband

(Höhn [GRÜNE])

- (A) gesehen. Was heißt das eigentlich für die eigene Politik dieser beiden Herren? Ich mache Politik, weil ich etwas verändern, etwas gestalten will. Muß es nicht darum gehen, die Programmatik, von der man selbst überzeugt ist und die man in der eigenen Partei durchdiskutiert hat, auch umzusetzen?

Steckt hinter dieser Aussage der Minister Schleußer und Kniola nicht weniger und nicht mehr als reiner Machterhalt? Will hier jemand um des Machterhaltes auf Landesebene willen darauf verzichten, im Landschaftsverband sozialdemokratische Politik zu machen? Ist für diese beiden Herren der Unterschied zwischen SPD und CDU in der Praxis so gering, daß auch die CDU schon vernünftige Politik machen würde?

Johannes Rau hat bei seiner Analyse zu den GRÜNEN etwas Weiteres, etwas sehr Interessantes gesagt. Er warnte: Es gibt vergiftete Angebote von den GRÜNEN. - Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Ist es etwas Vergiftetes, wenn wir GRÜNEN Sie auffordern, das eigene Programm umzusetzen?

(Beifall bei den GRÜNEN - Ministerpräsident Dr. Rau schüttelt energisch den Kopf, - Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.])

(B)

- Das ist ja schön. Dann sind wir schon ein Stück weiter. Sehr gut.

Ich kann verstehen, daß Sie davor Angst haben, eine solche Forderung könnte die SPD spalten,

(Lachen des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

und zwar in diejenigen, die hinter dem Programm stehen, und diejenigen, die lieber eine Politik mit der CDU machen wollen. Aber ist dieser Konflikt nicht notwendig?

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Versöhnen statt Spalten" - dieser Leitspruch des Ministerpräsidenten darf doch nicht so interpretiert werden, daß echte politische Meinungsver-

schiedenheiten einfach mit Tünche überkleistert werden. (C)

(Ministerpräsident Dr. Rau nickt.)

- Nicht? Ist ja toll. Super!

Haben Sie Angst, daß durch das grüne Gras ein Spalt im Beton entsteht, den man nicht mehr kitten kann?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nein, auch nicht! - Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

Schön! - Oder fürchten Sie im grünen Apfel der Erkenntnis den Anfang vom Ende der paradiesischen Verhältnisse der SPD?

(Beifall bei den GRÜNEN - Ministerpräsident Dr. Rau schüttelt den Kopf. - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Die Bilder werden immer toller! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

Daß Sie, Herr Ministerpräsident, weiterhin die Parole ausgeben "es gibt auch nach der Landtagswahl eine absolute Mehrheit der Sozialdemokraten", halte ich für verständlich.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Das fürchten wir auch nicht!) (D)

Alles andere wäre ein Eingeständnis einer Niederlage. Das einzugestehen haben Sie auch nach dem 14. Mai noch Zeit und Gelegenheit. Aber für den Eventualfall bauen Sie klugerweise trotzdem vor. Denn Sie sagen zum Thema Rot-Grün im Landschaftsverband doch sehr hintergründig - Zitat -: Ich habe an der Vereinbarung nicht mitgewirkt, kritisiere sie aber auch nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Ich registriere: eine andere Äußerung als die von Schleußer und Kniola. Wenn Sie die rot-grüne Koalition nicht kritisieren, sind Sie also einverstanden. Anders ist Ihre Aussage nicht zu inter-

(Höhn [GRÜNE])

(A) pretieren. Aber, Herr Ministerpräsident, sagen Sie doch einfach ein bißchen offensiver,

(Lachen des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

ein bißchen aktiver, was dahintersteckt!

Ich meine, es ist höchste Zeit, daß die SPD ihr Verhältnis zu Rot-Grün klärt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute suggerieren Sie noch, Sie brauchten die GRÜNEN nicht, und drücken sich mit dieser Lebenslüge um die entscheidende Frage herum. Im Mai werden Sie sich aber mit hoher Wahrscheinlichkeit genau dieser Frage stellen müssen.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Wieso?)

Schwarz-rot oder rot-grün

(Ministerpräsident Dr. Rau: Warum?)

lautet dann die Alternative.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Rot pur!)

(B) - Rot pur wird es nicht mehr geben, Herr Ministerpräsident. Diese Zeiten sind vorbei.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Warum? - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Grün pur!)

- Grün pur, darauf wirken wir hin, genau!

Die SPD hat also dringenden Entscheidungsbedarf. Sonst entsteht nach der Landtagswahl das gleiche Chaos bei der SPD, wie wir es jetzt schon beim Landschaftsverband Rheinland erlebt haben.

Meine Damen und Herren, auch Beobachter, die der SPD freundlich gesonnen sind, kommen neuerdings zu der Erkenntnis, die SPD kreise um sich selbst, sie kreise um den alleinigen Machterhalt,

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Aber Sie kreisen um die SPD! Das ist doch viel peinlicher!)

sie drohe, zum Selbstzweck zu werden. Schlimm wird es, wenn einige innerhalb der SPD beginnen, das Wohl des Landes mit dem Wohl der SPD gleichzusetzen.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Wie die Katze um den Milchtopf!) (C)

Nach so langer Alleinregierung scheinen das einige zu verwechseln. Ich habe heute im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein Beispiel erlebt:

Wir haben da, wie es das Gesetz vorsieht, ein Minderheitenrecht, zum Beispiel Zeugen zu laden. Das hat die SPD mit ihrer Mehrheit abgelehnt. Wir sind vor Gericht gezogen, und die SPD versucht jetzt wieder mit ihrer Mehrheit, die Stellungnahme des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf die Stellungnahme der Mehrheitsfraktion der SPD einzuengen.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Völliger Quatsch!)

Das ist das Demokratieverständnis der Sozialdemokraten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eine Folge dieser vielen Jahre Alleinregierung. Ich denke, das ist das große Problem, das Sie haben.

Bei Herrn Minister Schleußer ist es ein Problem, daß er Verfassungsbruch begangen hat, als er die Gelder am Parlament "vorbeigeschleußert" hat. (D)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Aber nein! Nicht Verfassungsbruch!)

Das größere Problem ist aber, daß er nicht einmal erkannt hat, daß es Verfassungsbruch ist, daß er sagt, er würde das heute wieder tun. Er hat kein Unrechtsbewußtsein! Das ist doch das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ministerpräsident Dr. Rau: Nein! Nein!)

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht ist es offenkundig - sogar bis in die Spitze der SPD hinein -, daß die SPD aus eigener Kraft nicht mehr zu einer Erneuerung, zu einem neuen Aufbruch für das Land fähig ist. Die Wahlstrategen der SPD wenden sich, ähnlich wie Scharping auf Bundesebene, gegen die GRÜNEN. Sie tun alles, um die GRÜNEN ins Abseits zu stellen, und vertun damit die große Chance zu einer Reformperspektive. Wenn Sie sich, Herr Ministerpräsident, auf rot-

(Höhn [GRÜNE])

- (A) grün orientieren würden, könnten wir gemeinsam in den kommenden Landtagswahlkampf ziehen,

(Lachen bei der SPD und des Ministerpräsidenten Dr. Rau - Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Wenn!)

um Zukunftsthemen zu diskutieren, um unserer Bevölkerung wieder Hoffnung zu geben und eine soziale und ökologische Perspektive zu entwickeln.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das ist doch peinlich! Peinlich! Peinlich!)

Ich denke, eine solche Perspektive lohnt sich, sie lohnt die Anstrengungen, die damit verbunden sind. Ihre Wahlstrategen aber treiben großen Aufwand, um die GRÜNEN zu diskreditieren, unsere Glaubwürdigkeit zu untergraben. Mit Übereifer versuchen sie, eine schwarz-grüne Debatte zu inszenieren, obwohl Sie selbst am besten wissen, wie lachhaft das ist und wie weit grüne Politik von schwarzer Politik entfernt ist.

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Höhn, würden Sie eine Frage von Herrn Schultz-Tornau zu lassen?

(B)

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Aber bitte schön!)

Bitte schön.

Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.):*): Liebe Frau Höhn, würden Sie mir zustimmen, daß man Ihre ganze bisherige Rede in dem einen Satz zusammenfassen könnte: Bitte, lieber Johannes, küß' mich doch endlich!

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Lieber Herr Schultz-Tornau, ich denke, daß Sie das Bedürfnis haben, wachgeküßt zu werden - von der F.D.P.

(Zurufe von der F.D.P. - Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.]: Das haben wir längst getan!)

- Leider ist das bei Ihnen nicht der Fall. Ich glaube, Sie haben da ein Problem, nicht wir. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es besteht kein Zweifel: Nordrhein-Westfalen braucht neue Ideen und neue Konzepte, braucht den Willen und die Kraft zur Erneuerung. Deshalb haben wir uns trotz mancher Bedenken zu einer rot-grünen Zusammenarbeit bereit erklärt. Ich möchte jetzt zu dem kommen, was wir glauben, was für dieses Land notwendig ist,

(Abgeordneter Rüsenberg [CDU]: Das wird aber auch Zeit!)

was Herr Farthmann zum Teil angesprochen hat, wo die Perspektiven liegen.

Ich denke, der Hauptpunkt, der zunächst überwunden werden muß, ist, daß die Phase der Letargie in Nordrhein-Westfalen endlich beendet werden muß und daß sich die SPD klar entscheidet, in welche Richtung sie gehen will.

Wir meinen: "Versöhnen statt Spalten" ist richtig, aber Anpacken statt Verschleppen ist ebenso richtig und muß gemacht werden.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Sozialdemokraten haben vor über hundert Jahren einen neuen Aspekt in die Wirtschaftspolitik gebracht: den sozialen Aspekt. Wer nicht Lösungen für die sozialen Probleme findet, wird scheitern. Die GRÜNEN haben einen weiteren Aspekt in die Debatte gebracht: den ökologischen. Das jetzige Wirtschaften kann nur so lange funktionieren, wie die Ressourcen unbegrenzt sind und die Umweltverschmutzungen keine Spuren hinterlassen. Das jetzige Wirtschaftssystem ist rein betriebswirtschaftlich aufgebaut.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Was?)

Nur der betriebswirtschaftliche Gewinn zählt. Der damit verbundene volkswirtschaftliche Schaden wird von der Allgemeinheit bezahlt. Das kann langfristig nicht funktionieren. Wir sind schneller an die Grenzen des jetzigen Wachstums gestoßen, als sich das viele gedacht haben. Das Wirt-

(Höhn [GRÜNE])

- (A) schaften der letzten 50 bis 100 Jahre reichte schon aus, um das seit Millionen von Jahren bestehende Ökosystem Erde zu gefährden, unser aller Leben in Frage zu stellen.

Weltweit ist seit 1972 mit dem Buch "Die Grenzen des Wachstums" immer mehr Menschen klar geworden: So kann es nicht weitergehen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Haben Sie schon einmal etwas von "sauberem" Wachstum gehört?)

- Nein, Herr Linssen, das ist überhaupt nicht falsch. Die Situation spitzt sich zu. Ich nehme an, Herr Linssen, das neue Buch haben Sie noch gar nicht gelesen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Da heißt es nämlich: "Die neuen Grenzen des Wachstums", und die Situation ist heute, 20 Jahre danach, wesentlich schlimmer als Anfang der 70er Jahre.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

- (B) - Herr Linssen, es gibt eine ganze Menge Menschen, die außerhalb von Nordrhein-Westfalen leben und die sich zum Beispiel auf der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio versammelt haben. Vielleicht sollten Sie auch einmal die Unterlagen dazu lesen;

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Die kenne ich!)

dann würden Sie zu anderen Argumenten kommen. Auf dieser Umweltkonferenz in Rio ist zum Beispiel deutlich der Weg aufgezeichnet worden, den auch Industrienationen gehen müssen. Der Energieverbrauch muß eingeschränkt werden, die Umweltverschmutzung muß zurückgefahren werden. Nordrhein-Westfalen hat als Industrieland mit 18 Millionen Menschen seinen Anteil daran zu leisten. Wir haben ihn hier zu leisten, weil das eine "global denken", aber das andere "lokal handeln" heißt, und das ist hier in Nordrhein-Westfalen, und hier muß etwas geschehen.

Nur wer Umwelt und Arbeit verbindet, wer es schafft, die soziale Frage zusammen mit der öko-

logischen zu lösen, wird erfolgreich sein. Gerade Nordrhein-Westfalen wird von dieser Entwicklung, wenn wir nicht rechtzeitig eingreifen, massiv betroffen sein. Es reicht nicht aus abzuwarten, bis die Krise da ist, sondern es muß schnellstens umgesteuert werden. Wer die bestehenden Arbeitsplätze langfristig sichern will, wer neue, zukunfts-sichere Arbeitsplätze schaffen will, muß jetzt Konzepte vorlegen und umsetzen.

(C)

Unsere Fraktion hat in den letzten Jahren aufgezeigt, wie wir die Erwerbslosigkeit bekämpfen können. Ich erinnere nur an unseren Antrag zur Schaffung sozialer Betriebe nach niedersächsischem Vorbild, an unser Sofortprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit, an unser durch Öko-Abgaben finanziertes Ökologisches Umbauprogramm und an unsere Anträge zur Arbeitszeitverkürzung bei Landesbediensteten. Alle unsere Anträge wurden von der SPD-Mehrheit abgelehnt, weil die SPD einem anderen Wirtschafts- und Industriekonzept anhängt.

Wie die GRÜNEN die heutigen Probleme angehen wollen, möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen, am Beispiel des wichtigsten Problems, das wir in Nordrhein-Westfalen haben: der Erwerbslosigkeit.

Die Landesregierung hat bei der Erwerbslosigkeit die Flinte längst ins Korn geworfen. Sie hat den Glauben verloren, daß wir es schaffen können, die Massenerwerbslosigkeit zu überwinden. Sie hat längst das süße Gift der konservativen Theorien und Legenden geschluckt - Herr Linssen hat das hier ja noch einmal deutlich gemacht - und begnügt sich bei der Arbeitslosigkeit mit schön klingenden Sonntagsreden und kosmetischen Operationen, während die Arbeitslosigkeit wächst und wächst und wächst.

(D)

Dieses Land muß endlich der Überwindung der Massenerwerbslosigkeit höchste Priorität einräumen. Es gibt gute Chancen, auf diesem Gebiet wieder Erfolge zu erzielen. Und dazu besteht eine absolute Notwendigkeit; denn unsere Gesellschaft kann die Massenerwerbslosigkeit nicht länger verkraften. Es droht eine Spaltung der Gesellschaft, eine Zerstörung des Sozialstaates und eine schleichende Unterminierung unserer Demokratie. Entweder schaffen wir bei diesem Problem eine Wende, oder wir werden am Ende dieses Jahrhunderts eine andere Republik vorfinden.

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Wir GRÜNEN haben durch unsere Anträge hier im Landtag deutlich gemacht, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keine Halbherzigkeiten und keinen Aufschub mehr duldet, und wir sind fest entschlossen, die Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die SPD ist auch deshalb so stark durch Lethargie geprägt, weil sie einer falschen Analyse aufgesessen ist. Die Landesregierung muß daher zunächst den gedanklichen Müll wegräumen, der von konservativer Seite seit mehr als einem Jahrhundert ausgestreut wird. Die Konservativen vertrauen blind auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft. Sie meinen, es reiche, wenn die Unternehmenssteuern gesenkt und die staatlichen Einschränkungen möglichst gering gehalten werden. Umweltschutz und Löhne werden hauptsächlich als Kostenfaktoren gesehen; daher müssen beide klein gehalten werden. Dann - so meinen die Konservativen - wird es Wachstum geben, und - Herr Linssen hat das eben noch einmal deutlich gemacht - dieses Wachstum wird die Arbeitslosigkeit verringern.

- (B) Dieser konservative Glaube hat sich in der Praxis als falsch erwiesen. Die letzten zwölf Jahre Kohl sprechen Bände. Er ist aber auch theoretisch unhaltbar. Er ist vor allen Dingen deshalb falsch, weil sich mit Wachstum die Massenerwerbslosigkeit nicht überwinden läßt. Ich sage auch warum.

Wir haben von 1983 bis 1992 die längste Wachstumsperiode der Nachkriegszeit und dennoch wachsende Arbeitslosigkeit gehabt. Auch der Konjunkturaufschwung 1994/95 wird zu keiner nennenswerten Verringerung der Erwerbslosigkeit führen. Das prognostizieren alle Wirtschaftsforscher in großer Übereinstimmung. Das liegt einfach daran, daß infolge der Produktivitätssteigerung - 2 bis 3 % im Jahresdurchschnitt der letzten zehn Jahre - jedes Jahr in der Bundesrepublik eine halbe Million Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Bei einem Wachstum von 2 bis 3 % bleibt es also beim Stand der Erwerbslosigkeit, ist das Wachstum geringer, gibt es mehr Arbeitslose. Mehr als 2 bis 3 % Wachstum sind in der Bundesrepublik aus strukturellen Gründen langfristig nicht erreichbar. Dies haben die letzten zehn Jahre, in denen es eine sehr wachstumsfixierte Politik gegeben hat, übrigens zur Genüge bewiesen, wenn es noch eines Beweises bedurft hätte.

Um die heutige Massenerwerbslosigkeit von vier Millionen Menschen zu beseitigen, müßte es acht Jahre hintereinander ein Wachstum von 6 % geben. Wer also den Menschen vorgaukelt, der Aufschwung würde die Massenerwerbslosigkeit beseitigen, ist ein Scharlatan, Herr Linssen,

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

und trägt nicht zur Lösung der Probleme bei. Kohl hat damit zwar noch einmal eine Wahl gewonnen, aber die Glaubwürdigkeit der konservativen Wirtschaftspolitik ist dahin.

Hier muß in Nordrhein-Westfalen angesetzt werden. Wir müssen die falschen Wirtschaftskonzepte offensiv kritisieren. Aber was hört man von dieser Landesregierung? Sie paßt sich an, sie redet den Konservativen immer noch nach dem Mund, und Wirtschaftsminister Einert überholt sie sogar manchmal rechts.

Mit zusätzlicher Sonntagsarbeit möchte er die Probleme lösen. Mein Gott, was für ein blühender Unsinn!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb sagen wir: Solange die Analyse nicht stimmt, kommt dieses Land nicht aus der Misere heraus.

(D)

Dieses Land braucht als erstes eine Erneuerung in den Köpfen. Es braucht neue Ideen und realitäts-taugliche Konzepte. Es braucht eine innovations-freudige und ökologisch orientierte Industriepolitik. Es braucht wieder Zutrauen zu dem, was der Staat bei der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit leisten kann. Dabei wollen wir nicht mehr Staat, aber wir wollen einen intelligenteren Staat. Es ist einfach dumm, den Umweltschutz immer weiter zurückzudrängen, während er gleichzeitig in anderen Ländern zum Motor einer modernen Industrie wird. Es ist einfach Unsinn, wenn immer noch behauptet wird, Umweltschutz koste Arbeitsplätze. Ein intelligenter Umweltschutz bringt unter dem Strich mehr Arbeitsplätze, als er kostet. Dies werde ich später noch einmal belegen;

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wollen Sie noch länger reden? Um Gottes willen!)

aber das ist genau der Ansatz, der hier in Nordrhein-Westfalen gemacht werden muß.

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Während die Landesregierung noch Mitte der 80er Jahre den Ehrgeiz hatte, gegen die falsche Politik auf Bundesebene gegenzusteuern, ist sie seit Ende der 80er Jahre immer stärker auf CDU-Kurs gegangen. Sie strich die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zusammen, setzte die eigenen Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung nicht um und leitete die freien Mittel in die regionalen Unternehmenssubventionen statt in die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit.

Mittlerweile werden rund 1,5 Milliarden DM jährlich an Unternehmen verteilt, die nahezu keinen Arbeitsplatz damit schaffen; denn die Mitnahmeeffekte sind sehr hoch: Fast 90 % der geförderten Unternehmen geben nach der Umfrage der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer an, sie hätten diese Investitionen auch ohne staatliche Förderung getätigt. Im Klartext heißt das nichts anderes als: Die Landesregierung verschenkt Jahr für Jahr 1,5 Milliarden DM, statt sie für Erwerbslose zu verwenden. Der DGB in Nordrhein-Westfalen sprach in diesem Zusammenhang von "Wirtschaftsförderung nach Gutsherrenart", und das, was hier immer behauptet wird, es gäbe kein Geld, zum Beispiel um soziale Probleme zu lösen, das wird genau durch eine solche Politik konterkariert.

- (B) Es gibt also durchaus beträchtliche Finanzmittel, und es gibt auch heute noch einen Handlungsspielraum der Landesregierung, er wird nur falsch genutzt. Wenn die Landesregierung behauptet, es sei kein Geld da, dann will sie damit nichts anderes, als unliebsame Forderungen ruhigstellen. Die Wahrheit ist es nicht. Sie könnte sofort umsteuern und Milliardenbeträge anders einsetzen, zum Beispiel im sozialen Bereich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist das Energiezentrum der Bundesrepublik, arbeitet aber mit veralteten und unwirtschaftlichen Energieverschwendungstechnologien. Dieses Land bietet ideale Voraussetzungen zum Einsatz moderner Energieeinspartetechnologien, insbesondere zum Ausbau der Nah- und Fernwärme, verbunden mit dem Bau kleiner kohlebetriebener Blockheizkraftwerke. Heute werden in Nordrhein-Westfalen nicht einmal 6 % der Raumwärme durch Fernwärme gedeckt. Auch im Ruhrgebiet sind es gerade 7 %. In Dänemark sind es aber

beispielsweise mehr als 50 %. Es gibt also einen riesigen Nachholbedarf. (C)

Ein Nah- und Fernwärmeausbauprogramm würde Primärenergie einsparen, den CO₂-Ausstoß deutlich verringern, also das Klima schonen, und gleichzeitig die Heizkosten für die Verbraucher verbilligen.

Ein systematischer Aufbau einer Energiesparwirtschaft und aller Formen alternativer Energietechniken, insbesondere der Solartechnik, würde in Nordrhein-Westfalen mindestens 30 000 Dauerarbeitsplätze für die nächsten 15 bis 20 Jahre schaffen, und zwar hauptsächlich in der Bauwirtschaft. Dabei habe ich die Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zugrunde gelegt. Dieses DIW-Szenario bleibt mit seinen ökologischen Zielsetzungen aber deutlich hinter GRÜNEN-Zielsetzungen zurück. Die 30 000 Arbeitsplätze liegen also an der unteren Grenze des Erreichbaren.

Auch der Ausstieg aus der Atomenergie böte für Nordrhein-Westfalen positive Arbeitsplatzeffekte; denn die Atomenergie ist äußerst wenig arbeitsintensiv. Jede denkbare Ersatzenergie würde mehr Menschen Arbeit bringen. Außerdem würde jedes stillgelegte Atomkraftwerk für einen Pütt im Ruhrgebiet eine Lebensverlängerung bedeuten. Deshalb sagen wir: Ausstieg aus der Atomenergie in Nordrhein-Westfalen jetzt, zum Beispiel auch Stopp mit Würgassen. Ich denke, Würgassen darf nicht wieder ans Netz gehen. (D)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Sie wollen doch auch aus der Kohle heraus!)

Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie dringend, werfen Sie Ihr ganzes persönliches Gewicht in die Waagschale, damit Nordrhein-Westfalen endlich den Ausstieg aus der Atomenergie schafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Damoklesschwert eines möglichen Super-GAU ist für die Bevölkerung nicht länger zu ertragen. Sorgen Sie dafür, daß das nordrhein-westfälische Atomkraftwerk Würgassen dauerhaft stillgelegt wird.

Leider müssen wir feststellen, daß Ihr Finanzminister, Herr Schleußer, in genau die entgegengesetzte Richtung marschiert. Er will offenbar dem

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Energieriesen RWE ein weiteres Steuergeschenk von 500 Millionen DM verschaffen.

(Minister Schleißer: Das ist doch Unsinn!)

Herr Farthmann, Sie haben eben von den kleinen Handwerksbetrieben geredet, die Subventionen bekommen. Wir reden nicht von einem kleinen Handwerksbetrieb, sondern wir reden vom RWE, dem Sie 500 Millionen DM als Steuergeschenk in den Rachen schmeißen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: So ist das!)

Und wie wollen Sie das machen? Durch eine veränderte Rückstellung für Atomkraftwerke. Sachlich gibt es dafür keinerlei Begründung. Steuerrechtlich wäre es ein Skandal, wenn dem RWE erlaubt würde, was das Finanzamt sonst keinem Steuerzahler durchgehen lassen würde: einen Wechsel der Bilanzierungsmethode von linear auf degressiv. Und haushaltspolitisch wäre es eine Ungeheuerlichkeit, dem RWE 500 Millionen DM zu schenken, während derselbe Finanzminister den Ärmsten der Armen Sozialhilfekürzungen zumutet.

- (B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Schleißer, es wäre notwendig, wenn Sie dazu auch noch einmal ein Wort äußern würden. Sie haben sich nämlich bei der letzten Plenardebatte um unseren Antrag herumgedrückt, haben es noch nicht einmal notwendig gefunden, ein Wort dazu zu sagen. Das zeigt wieder einmal, wie schlecht ihr Gewissen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Schleißer: Das ist auch falsch, Frau Höhn. Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

- Ja, ich bin bei der Wahrheit. Und die Wahrheit ist - das weiß jeder private Mensch, der seinen Steuerbescheid gegenüber dem Finanzamt macht -: Wenn Sie sich einmal für linear entschieden haben, dann können Sie nicht plötzlich hingehen und auf degressiv umwechseln. Jeder kleine Bürger in diesem Lande, jeder kleine Steuerzahler muß bei seinem Modell bleiben, aber dem RWE werden einfach mal 500 Millionen DM in den Rachen geschmissen. Das finde ich ungeheuerlich, Herr Finanzminister.

- (C) (Beifall bei den GRÜNEN - Minister Schleißer: Das ist falsch, das ist alles falsch!)

Ich muß ehrlich sagen, ich fand es schon erschütternd, wie dieses Thema hier im Landtag behandelt worden ist.

Die anderen Fraktionen hatten offensichtlich gemeinsam beschlossen, daß sie dazu überhaupt keine Diskussion wollten. Ich denke, das zeigt einmal wieder, daß sich hier die alte Atom-Koalition zusammengefunden hat.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Offenbar fürchten sie eine Aufklärung dieses Sachverhaltes wie der Teufel das Weihwasser. Ich finde, dieses Verhalten der Altparteien war ein unwürdiges Spiel, es war ein Schlag ins Gesicht der Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, große Teile Nordrhein-Westfalens bieten ideale Voraussetzungen zum Aufbau und Ausbau des Nahverkehrs. Notwendig wären eine enge Taktzeit, eine Ganztagsversorgung und eine flächendeckende Versorgung des Landes. Insbesondere dürfen die ländlichen Gebiete nicht vernachlässigt werden. Dies würde eine dauerhafte Vervielfachung des Fahr- und Dienstleistungspersonals sowie eine auf etwa 15 Jahre angelegte Vervielfachung der Beschäftigtenzahl beim Streckenausbau sowie bei der Produktion von Fahrzeugen und technischen Geräten nach sich ziehen.

Derzeit sind in Nordrhein-Westfalen rund 35 000 Personen als Fahrer/innen und Schaffner/innen im Personenverkehr beschäftigt. Hinzu kommen noch rund 13 000 Beschäftigte im Fahrdienst, in der Technik und in der Verwaltung. Bei einer Vervielfachung der Taktzeit und einer ganztägigen Versorgung von morgens 4 Uhr bis nachts 2 Uhr kann man von einem zusätzlichen Bedarf von brutto 200 000 Arbeitsplätzen ausgehen. Hinzu kommen rund 20 000 Arbeitsplätze für den Streckenausbau und die Produktion von Fahrzeugen und Geräten. Netto - das heißt, unter Einberechnung der wegfallenden Arbeitsplätze im Pkw-Sektor - wären das rund 80 000 zusätzliche Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Der positive Arbeitsplatzeffekt einer neuen Verkehrspolitik liegt hauptsächlich darin begründet, daß bei einem Betrieb von Post und Bahn Personal benötigt wird, während beim Autoverkehr meist jeder selbst fährt. Volkswirtschaftlich gesehen wäre die Umstellung des Verkehrs hochrentabel; denn sie würde volkswirtschaftliche Kosten in gewaltigen Größenordnungen einsparen.

Der heutige Individualverkehr ist die weitaus teuerste Form der Fortbewegung. Er ist derart teuer, daß er auch für ein reiches Land wie die Bundesrepublik auf die Dauer nicht verkraftbar ist. Nach Berechnungen des Umwelt- und Prognoseinstituts Heidelberg trägt die Allgemeinheit rund 270 Milliarden DM jährlich Folgekosten des Autoverkehrs - Kosten für Sachschäden, für Krankheit, für Frühverrentung usw., Kosten, die nicht durch die Autoversicherungen gedeckt werden. Die Autobranche ist also auf diesem indirekten Wege die höchstsubventionierte Branche der Republik. Dagegen sind die 12 Milliarden DM für die Bundesbahn verschwindend gering. Daher würden auch die Kosten für die einzelnen Verkehrsteilnehmer bei einer systematischen Umstellung auf öffentlichen Personennahverkehr im Durchschnitt erheblich niedriger liegen als beim heutigen Individualverkehr.

- (B) In der Übergangsphase kann es allerdings zu Härtefallsituationen bei einzelnen Bürgern kommen, die auf das Auto unbedingt angewiesen sind. Für solche Fälle, sagen wir GRÜNE, muß es einen Ausgleich geben in Form eines Verkehrsgeldes analog zum heutigen Wohngeld.

Die Umstellung des Verkehrssystems ist also nicht nur aus ökologischen Gründen notwendig, sondern auch aus ökonomischen Gründen erforderlich. Eine Industriegesellschaft, die sich den Autoverkehr als Regelverkehr leistet, ist wirtschaftlich gesehen auf dem Holzweg. Die Gesamtkosten des Individualverkehrs schlagen sich natürlich auch in den Unternehmenskosten nieder und schwächen dadurch die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Wir reden heute soviel über Kosteneinsparung, und manche Finanzminister haben keine Hemmungen, den Ärmsten der Armen auch noch die paar Mark, die sie bekommen, wegzunehmen. Wenn man sich dann die Summen dieser sogenannten Sparoperationen ansieht, dann geht es oft um Beträge weit unter einer Milliarde DM, die im so-

- zialen Bereich gekürzt werden. Bei der Umstellung des Verkehrssystems geht es langfristig um Einsparungen weit oberhalb von 100 Milliarden DM pro Jahr. (C)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD! Die Umstellung der Verkehrssysteme ist eine sehr wichtige, aber keine leichte Aufgabe. Die Politik der SPD war in den letzten Jahren auf diesem Gebiet sehr widersprüchlich. Auf der einen Seite geben Sie jedes Jahr 750 Milliarden DM für neue Straßen aus.

(Minister Kniola: Nein, Millionen!)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben zum Beispiel in Ihrer Regierungserklärung vor fünf Jahren gesagt, in Nordrhein-Westfalen gäbe es das bestausgebaute Straßennetz, es bestünde kein zusätzlicher Bedarf. Auf der anderen Seite haben Sie auch Maßnahmen zum Ausbau von Bus und Bahn unterstützt. Diese Sowohl-als-auch-Politik kann keinen Erfolg bringen, Sie müssen sich entscheiden. Wir wissen, daß Sie dazu keine Kraft haben, weil Ihnen die Straßenbaulobby im Genick sitzt. Um so notwendiger ist die Beteiligung der GRÜNEN; denn bei uns hat die Straßenlobby keine Chance.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Gemeinsam könnten wir in Nordrhein-Westfalen die Finanzmittel zugunsten von Bus und Bahn umlenken. Gerade die Regionalisierung der Bahn böte Möglichkeiten. Auch die rot-grüne Vereinbarung im Landschaftsverband Rheinland schwenkt nach - -

(Lachen des Abgeordneten Hunger [SPD])

- Ja, da lachen Sie. Aber weht tut's, nicht wahr? -

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das zeigt die Unfähigkeit Ihrer Verkehrspolitik!)

Sie schwenkt nach den Vorstellungen der GRÜNEN - das mußten Sie von der SPD unterschreiben! - um von der Straße auf den ÖPNV. Das ist genau der Teil, den Herr Kniola hier kritisiert hat. Herr Kniola hat nämlich an dieser Koalition genau kritisiert, daß er seine Straßenbauprojekte nicht mehr durchziehen kann. Da frage ich, Herr Kniola: Sind Sie eigentlich der SPD-Minister, der in die-

(Höhn [GRÜNE])

- (A) sem Land gegen das SPD-Programm Politik macht?

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es gibt weitere Möglichkeiten, auch auf Landesebene umzuschichten - da braucht man nicht auf die Bundesebene zu warten -, zum Beispiel Möglichkeiten im Gemeindefinanzierungsgesetz, Möglichkeiten, die wir jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen eingebracht und gegen die Sie als SPD jedes Jahr gestimmt haben.

Meine Damen und Herren, die deutsche Automobilindustrie hat die Chancen, die in einer Ökologisierung der Autoproduktion liegen, in den letzten Jahren aus unserer Sicht verschlafen. Das Dreiliter-Recycling-Auto könnte längst schon Wirklichkeit sein, wenn die Politik Druck gemacht hätte, statt kritiklos hinter der Automobilindustrie zu stehen. Eine solche neue Generation von Autos würde nicht nur die ökologischen Belastungen verringern, sondern würde auch die Wettbewerbsposition der deutschen Automobilindustrie stärken. Es ist höchste Zeit, daß jetzt endlich Druck gemacht wird.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

- (B) Wer die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie langfristig erhalten will, der muß heute umsteuern; denn diejenigen werden hinterherlaufen, die am Ende die letzten sind, die umgesteuert haben. Wer den Autoverkehr reduzieren will, der wird schnell mit dem Totschlag-Argument konfrontiert: Ohne die Automobilindustrie bricht unsere Wirtschaft zusammen.

Dieses Argument ist schon deshalb haltlos, weil es niemanden gibt, der das Auto abschaffen will. Das Auto wird auch in Zukunft einen festen Platz in unserem Verkehrssystem haben.

(Beifall der Abgeordneten Witteler-Koch [F.D.P.])

Allerdings soll der Autoverkehr nicht mehr Regelverkehrssystem sein. Wir wollen die Abhängigkeit der Menschen vom Auto aufheben. Alle sollen die Möglichkeit haben, auch ohne Auto mobil zu sein. Wir wollen das Auto nicht abschaffen, uns GRÜNEN kommt es darauf an, daß mit dem Auto weniger Kilometer gefahren werden, daß also die Fahrleistung zurückgeht; denn die Belastung der

- (C) Umwelt mit Schadstoffen hängt hauptsächlich von dieser Fahrleistung ab.

Da das Auto für viele Menschen heute zum normalen Lebensstandard gehört, ist zu erwarten, daß nur wenige bei der jetzigen Situation mit dem schlecht ausgebauten ÖPNV das Auto abschaffen werden. Die Automobilindustrie könnte also langfristig weiter existieren - wenn auch auf niedrigerem Niveau -, wenn man den ÖPNV ausbauen würde. Für eine Übergangsphase von mindestens zwanzig Jahren gäbe es bei strengeren Herstellungs- und Abgasvorschriften einen gewaltigen Nachholbedarf in der Automobilindustrie, weshalb die Furcht vor massiven Arbeitsplatzverlusten durch mehr Umweltschutz unbegründet ist. Im Gegenteil: Die Autofirmen, die zu wenig für den Umweltschutz tun, gefährden die Arbeitsplätze ihrer Beschäftigten. Und deshalb ist es wichtig, daß hier die Politik aktiv wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Umstellung des Verkehrssystems ist eine Jahrhundertaufgabe. Von Nordrhein-Westfalen müssen Signale für eine grundlegende Veränderung ausgehen.

Übrigens: Ähnlich wie in der Automobilindustrie geht es bei der chemischen Industrie darum, die Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Nur wenn es gelingt, den Einstieg in die sanfte Chemie zu erreichen, die enormen ökologischen Schäden, die die chemische Industrie, zum Beispiel die Chlorchemie, jetzt verursacht, in Zukunft durch Produktionsumstellungen drastisch zu reduzieren, wird es zu keinen großen Verwerfungen kommen. Das heißt, wir müssen jetzt umstrukturieren, um langfristig die sozialen Probleme, die mit Arbeitsplatzabbau verbunden sind, zu verhindern.

Der Umweltschutzsektor zählt zu den größten Branchen der heutigen Wirtschaft. Schon heute arbeiten dort 700 000 Menschen, also rund 100 000 Personen mehr als in der Chemieindustrie - und ihre Zahl wächst. Während in fast allen Branchen Arbeitsplätze abgebaut werden, während zum Beispiel die Beschäftigtenzahl in der Automobilherstellung mittlerweile unter 1 Million gesunken ist und weiter sinkt, wird die Zahl der Beschäftigten im Umweltschutzbereich von Jahr zu Jahr größer und wird bald schon die Millionengrenze erreichen.

(D)

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Nordrhein-Westfalen hat auf diesem Gebiet geschlafen. Während Matthiesen die Umweltschutzindustrie Nordrhein-Westfalens über den grünen Klee lobt, sprechen die Zahlen eine andere Sprache: Nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung unter dem Titel "Beschäftigungswirkungen des Umweltschutzes" hat Nordrhein-Westfalen nur einen unterdurchschnittlichen Anteil von 26,7 % an der Umweltschutztechnik, obwohl dieses Land beste Voraussetzungen für diese Technologien bietet, weil hier alle der Umwelttechnik verwandten Industriezweige traditionell vertreten sind. Minister Matthiesen kommt nur deshalb immer zu positiven Aussagen, weil er einen Trick anwendet. Er sucht so lange in der Vergangenheit, bis er ein Jahr entdeckt, in dem die Zahlen noch niedriger lagen als die jeweils neuesten Zahlen. Und dann stellt er sich hin und sagt: Seht ihr, schon wieder sind die Zahlen gestiegen.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Völlig falsch!)

So lügt man mit Statistiken, so verdreht man Statistiken, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Nordrhein-Westfalen erreicht nicht einmal in der traditionellen Umweltschutztechnik einen Durchschnittswert.

Noch schlimmer sieht es bei dem technologisch anspruchsvolleren Teil der Umweltschutzindustrie, der Meß- und Regeltechnik, aus. Hier hat Nordrhein-Westfalen einen weit unterdurchschnittlichen Anteil, nämlich nur 9,3 %. Baden-Württemberg mit 33,1 % oder Bayern mit 25,7 % weist demgegenüber weit überdurchschnittliche Anteile auf. Gerade der Umstrukturierungsprozeß der letzten Jahrzehnte hätte hier in Nordrhein-Westfalen gute Chancen geboten, die aber nicht genutzt worden sind. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, daß die Länder Baden-Württemberg und Bayern

(Minister Kniola: Beides Länder, in denen die GRÜNEN mitregieren!)

diese Bereiche gezielt öffentlich gefördert haben, während in NRW die Mittel für den Umweltschutz Jahr für Jahr gekürzt worden sind, was wir mehrfach nachgewiesen haben.

- (C) In der industriellen Herstellung von Umweltschutzgütern sind in Nordrhein-Westfalen derzeit rund 60 000 Menschen beschäftigt. Der Staat könnte die Nachfrage nach Umweltschutzgütern durch gezielte Anreize und verbesserte Gesetze vervielfachen. Bei einer gemäßigten Verbesserung der Umweltschutzvorschriften und Einführung der Ökosteuer könnten in Nordrhein-Westfalen im Bereich Umweltschutztechnik rund 30 000 Dauerarbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden. Wir halten es für fatal, daß die SPD die Chance nicht nutzt und diese Bereiche nicht besetzt.

Die ökologischen Umbauprogramme benötigen zu ihrer Durchführung die Einführung von Ökosteuern und Ökoabgaben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat in einer neuen Studie unter anderem im Auftrag von Greenpeace nachgewiesen, daß bei Einführung von Ökosteuern keine Beeinträchtigungen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu befürchten sind, auch nicht, wenn die Ökosteuern ausschließlich in Deutschland eingeführt werden. Andererseits würden dadurch rund 500 000 Arbeitsplätze, bezogen auf die gesamte Bundesrepublik, geschaffen. Diese Berechnungen sind allerdings auf ein sehr softes SPD-nahes Szenario zurückzuführen und nicht auf ein GRÜNEN-Szenario bezogen. Die Zahl der Arbeitsplätze dürfte also bei einer konsequenteren Herangehensweise sogar noch deutlich darüber liegen.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unabhängig davon, welcher Weg eingeschlagen wird, bleibt festzuhalten, daß durch Ökosteuern Arbeitsplätze geschaffen und nicht vernichtet werden; denn die Einnahmen der Ökosteuern werden hundert Prozent wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt. Herr Farthmann, wenn Sie die Ökosteuer schon so loben, frage ich mich: Warum haben Sie Jahr für Jahr die Anträge der GRÜNEN zu Ökoabgaben abgelehnt? Das geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau das, was Sie vorhin geschworen haben, als Sie "Taten statt Worte" forderten, muß ich an die SPD-Fraktion zurückgeben: Sie wären in der Lage, Taten zu realisieren, wenn Sie den Anträgen der GRÜNEN zugestimmt hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Unsere Anträge zur Einführung von Ökoabgaben wurden hier im Landtag immer wieder abgelehnt.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Das geht nur bundesweit!)

- Eben nicht, Herr Strehl. Das ist genau der Trick: Sie sprechen zwar über Ökoabgaben, tun aber nichts. Es gibt andere Bundesländer,

(Minister Kniola: Wie Hessen!)

die Ökoabgaben schon lange eingeführt haben. Sie in Nordrhein-Westfalen sind auch an diesem Punkt wieder einmal die letzten, die auf den Zug springen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Kniola: Beispiele!)

- Beispiele gibt es genug.

(Minister Kniola: Welche?)

- Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen. Schauen Sie sich doch einmal um. Sie machen sich nicht einmal die Mühe zu sehen, wie weit andere Länder schon sind.

- (B) (Minister Kniola: Konkretisieren!)

- Das machen wir. Sie tun nichts. Das ist zu kritisieren, weil es diesem Land schadet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unabhängig von diesen Aspekten, mit denen ich deutlich gemacht habe, wo neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, halten wir es für notwendig, daß Langzeitarbeitslose wieder in den Wirtschaftsprozeß integriert werden. Die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen hat gute Erfahrungen mit der Einrichtung bzw. Finanzierung Sozialer Betriebe gemacht. Durch ein solches Programm könnten in Nordrhein-Westfalen ca. 20 000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aufgabe ist es, Langzeitarbeitslosen unter realistischen Rahmenbedingungen eine berufliche Perspektive zu bieten und damit ihre Chancen zu erhöhen, wieder in den Arbeitsprozeß auch in anderen Bereichen eingesetzt werden zu können.

(C) Last but not least: Wer die Massenerwerbslosigkeit überwinden will, kommt nicht an der Arbeitszeitverkürzung vorbei. Allein durch den Überstundenabbau könnten in Nordrhein-Westfalen rund 110 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Notwendig ist dazu allerdings die Änderung eines Bundesgesetzes. Ein rot-grünes Nordrhein-Westfalen könnte über den Bundesrat ein modernes Bundesarbeitszeitgesetz initiieren, das die Zahl der Überstunden begrenzt, keine Bezahlung von Überstunden mehr zuläßt, sondern einen Freizeitausgleich vorschreibt. Auch wenn dieser Gesetzentwurf im Bundesrat keine Mehrheit findet, könnte es wichtig sein; denn wir brauchen eine breite öffentliche Debatte über Konzepte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Der jetzige Zustand, daß viele Menschen 38,5 Stunden pro Woche bezahlt arbeiten, andere aber null Stunden, ist unsozial und für die Betroffenen unbefriedigend. Deshalb muß die Arbeit gerechter aufgeteilt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Nordrhein-Westfalen könnte auch einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Rechtes auf Teilzeitarbeit einbringen. Dadurch könnten in Nordrhein-Westfalen mindestens 200 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn alle Teilzeitarbeitswünsche erfüllt würden, könnten dadurch in der Bundesrepublik rein rechnerisch rund 2,6 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Praktisch könnten in der Bundesrepublik Deutschland nach einer Studie aus dem nordrhein-westfälischen Sozialministerium rund eine Millionen Arbeitsplätze entstehen, also rund 200 000 hier in Nordrhein-Westfalen.

Nordrhein-Westfalen könnte selbst mit gutem Beispiel vorangehen und das Recht auf die freie Wahl der Arbeitszeit für die 345 000 Landesbediensteten einführen. Würden alle Wünsche nach Teilzeitarbeit erfüllt, könnten allein im Bereich des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen rund 25 000 Personen zusätzlich beschäftigt werden.

Nordrhein-Westfalen könnte in Zukunft auch eine bedeutende Rolle bei der Wochenarbeitszeitverkürzung spielen. Seit mehr als zehn Jahren feuert die Bonner Koalition bei jeder neuen Tarifrunde mit voller Breitseite auf die Gewerkschaften,

(Höhn [GRÜNE])

- (A) wenn sie die Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung stellen. Dabei ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß die Massenarbeitslosigkeit ohne Wochenarbeitszeitverkürzung nicht zu überwinden ist. In der Realität mögliche Effekte liegen in Nordrhein-Westfalen bei rund 300 000 Arbeitsplätzen.

Die Beschäftigten brauchen bei ihrem Kampf für die 35-Stunden-Woche die Rückendeckung aus der Politik. In der Vergangenheit war die Landesregierung - um es vorsichtig auszudrücken - recht kleinlaut. GRÜNE werden dazu beitragen, daß sich das ändert. Es muß darum gehen, daß die Wochenarbeitszeit verkürzt wird, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Anspruch GRÜNER Politik ist es, daß Frauen bei den Arbeitsplätzen gleichgestellt werden. Wenn wir diesen Punkt realisieren würden, könnten wir in Nordrhein-Westfalen aus eigener Kraft rund 200 000 Arbeitsplätze schaffen. Bei einer Änderung in der Bundesrepublik selber wären das ungefähr 800 000 Arbeitsplätze. Dennoch würde die ungleiche Verteilung zwischen Männern und Frauen dadurch nicht aufgehoben. Frauen sind in Nordrhein-Westfalen durch die Industriestruktur und die konservative gesellschaftliche Tradition besonders stark benachteiligt. Nur rund 40 % der Frauen sind in NRW erwerbstätig. Es gibt also einen enormen Nachholbedarf für Frauenarbeitsplätze. Bei einer Arbeitszeitverkürzungspolitik würden für Frauen große neue Chancen eröffnet.

- (B) Bei den von uns GRÜNEN vorgeschlagenen Umbauprogrammen bietet der Verkehrsbereich die besten Möglichkeiten für Frauen. Ein Großteil der dort angebotenen Arbeitsplätze ist heute schon für Frauen gut erschlossen. Ohne Quotierung kann die Frauenerwerbslosigkeit jedoch nicht wirksam bekämpft werden. Notwendig sind daher ein allgemeines Quotierungsgesetz und die Bindung der Wirtschaftsförderungsmittel an Quotierungsvorschriften bzw. Frauenfördermaßnahmen.

Meine Damen und Herren, Frauen haben das Recht, daß sie nicht nur die Hälfte der Arbeit erledigen, sondern auch zur Hälfte an Macht und

- Geld beteiligt werden. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN haben konkrete Vorstellungen, was auch in Nordrhein-Westfalen geändert werden könnte und müßte. Sie haben diese Ideen schon in Grundzügen vor zehn Jahren entwickelt. Vor zehn Jahren waren das Utopien, Visionen, für viele abgehoben von der Wirklichkeit. Inzwischen sind unsere Vorschläge durch Diskussionsprozesse in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet, und wir finden immer mehr Zustimmung.

Ein solcher Denkprozeß braucht Zeit. Neue Probleme erfordern ganz neue Denkansätze. Deshalb fällt es schwer, von den alten Mustern abzugehen. Aber immer mehr Menschen merken, daß die Richtung, die wir GRÜNEN angeben, stimmt. Wir erheben nicht den Anspruch, daß wir in allen Punkten den Stein der Weisen entdeckt haben.

(Minister Matthiesen: Das ist wohl wahr!)

Aber die Analyse ist richtig, die Ansätze sind richtig, und die Zeit ist reif, daß wir diese Ansätze endlich umsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe nicht alle unsere Ideen dargelegt, sondern mich auf den Bereich Umwelt und Arbeit beschränkt. Wir wissen, wie schwer es gerade in Nordrhein-Westfalen ist mit dieser SPD, die aus unserer Sicht notwendigen Reformvorhaben anzugehen. Aber wir haben den Mut und den Elan für den sozialen und ökologischen Umbau in Nordrhein-Westfalen. Wir sind nicht alle Realos bei den GRÜNEN, aber wir sind alle Realisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb haben wir Ihnen am Ende der Haushaltsberatungen noch zwei Anträge vorgelegt, von denen ich meine, daß Sie sie alle mittragen können: Der erste Antrag betrifft 2,4 Millionen DM für die Förderung von Beratungsstellen für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung. Der zweite Antrag: Ganze 1,4 Lehrerstellen zur Integration von Behinderten.

(D)

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Wir haben übrigens auch im Rahmen dieser Vorschläge sofort einen Deckungsvorschlag unterbreitet, der alle diese Kosten bei weitem übersteigt. Das sind genau die 100 Millionen DM Steuern des RWE, die dem Unternehmen pro Jahr erlassen werden sollen. Wir meinen, sie gehören in die Staatskasse, nicht aber in die Geschäftskasse des RWE.

(Zuruf des Abgeordneten Hunger [SPD])

Meine Damen und Herren! Herr Minister Matthiesen, jetzt sind Sie ja auch da. Ich habe gehört, daß Sie selbst sich gegen rot-grün ausgesprochen haben. Das finde ich auch in Ordnung, Herr Minister Matthiesen. Sie müßten sich entscheiden, ob Sie bei rot-grün mitmachen wollen. Wir würden rot-grün auch gut ohne Sie schaffen. Es ist sogar einfacher, wenn Sie nicht dabei sind.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen des Ministers Matthiesen)

Wir wissen, meine Damen und Herren - gerade bei Herrn Minister Matthiesen kommt das deutlich zutage -: Das Wort "Genossen" kommt nicht von "genießen". Trotzdem - es lohnt sich, den Versuch zu wagen. Deshalb werden wir es versuchen. - Vielen Dank.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Matthiesen; Frau Höhn, Frau Höhn!)

Präsidentin Friebe: Es spricht jetzt die fraktionslose Abgeordnete Frau Boulboulé. Ich erteile Ihnen das Wort, Frau Kollegin.

Abgeordnete Boulboulé (fraktionslos)*): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei der Einbringung des diesjährigen Haushaltsplans hat Kollege Schleißer darauf hingewiesen, daß für Nordrhein-Westfalen wie für alle anderen westdeutschen Länder 1995 finanzpolitisch das schwierigste Jahr unserer Geschichte ist. Als Ursachen werden genannt: rezessionsbedingt niedrigere Einkommen, sprunghafter Anstieg der Ausgaben zugunsten der neuen Länder, dramatisch ansteigende Zinslasten. Damit wird begründet, daß der Haushalt wie in den vergangenen Jahren unter dem Diktat eines kräftigen Sparkurses stehen müsse.

Doch dabei geht es um politische Entscheidungen. Mitglieder der SPD-Fraktion haben wiederholt von der Verantwortung der Politik der Bundesregierung für die katastrophale Finanzsituation der Länder und Kommunen gesprochen, die den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung nicht mehr Rechnung tragen können.

Der Sparhaushalt ist also keineswegs die Folge eines objektiv gegebenen Zwangs, sondern einer Politik der rücksichtslosen Umverteilung von unten nach oben. In diese Politik schreibt sich ganz logisch die jetzt geplante Abschaffung der Gewerbesteuer zur weiteren Entlastung der Unternehmer ein. Dann kann es aber doch nicht die Antwort der SPD-geführten Landesregierung sein, durch die Verabschiedung eines Sparhaushalts diese Politik gegen die gesellschaftliche Mehrheit zugunsten einer reichen Minderheit mitzutragen.

Die Länder und Kommunen werden im Namen der Kosten der Einheit Deutschlands zur Kasse gebeten. Aber was haben zum Beispiel die Schulden der Treuhand mit irgendeiner Erblast zu tun? Hier wird verschleiert, daß es die Schulden der gescheiterten Privatisierungspolitik der Bundesregierung sind, die Ostdeutschland einem industriellen Kahlschlag ausgeliefert hat.

Die Zahlen bezeugen die dramatische Situation. Nach einer Studie des DGB ist die Industriedichte in Ostdeutschland seit 1991 von 132 Beschäftigten in der Industrie pro 1 000 Einwohner auf 47 gesunken und liegt damit hinter Spanien, Griechenland und Irland. Aus den sogenannten Altschulden erwachsen gleichzeitig den privaten Banken allein vom Januar 1994 bis zum Juni 1995 zusätzliche Zinszahlungen von 7 Milliarden DM. Auch diese Gelder werden über die Plünderung der öffentlichen Haushalte finanziert.

Meine Damen und Herren, das ist es, was hier tatsächlich kostet.

Die Bundesregierung stützt sich dabei auf eine Politik der sozialen Spaltung, die die Bevölkerung Ost und West gegeneinander richtet. Dagegen muß eine SPD-Landesregierung ein deutliches Signal setzen durch eine Initiative im Bundesrat für die Offenlegung aller Finanzen und Geschäfte der Treuhand, aller Gewinne aus dem Bankgeschäft mit sogenannten Altschulden, d.h. aller sogenannter Kosten der Einheit, und für die Verwendung dieser Gelder für den wirklichen Aufbau

(C)

(D)

(Boulboulé [fraktionslos])

- A) in Ostdeutschland und damit für die Verwirklichung der sozialen Einheit Deutschlands.

Kollege Schnoor hat in der Haushaltsdebatte davon gesprochen, daß die Solidarität mit den neuen Ländern zu Leistungseinbußen für jeden Bürger führe. Doch Solidarität wofür? Während sich die Milliardenbeträge, die in die Transferleistungen fließen, als ertragreiche Pfründe für Banken und Finanzspekulanten erweisen, erleben wir, daß ein sozialer Kahlschlag die neuen Länder überzieht. Allein in Sachsen soll es bis 1997 16 000 Landesbedienstete weniger geben, und die sächsischen Kommunen sollen allein im nächsten Jahr 30 000 Stellen abbauen. Dringend benötigte Sozialeinrichtungen fallen damit dem Rotstift zum Opfer.

Kollege Schnoor, in der letzten Woche haben Sie hier gesagt, daß eine Ursache für die Finanznot der Gemeinden sei, daß wir alle über unsere Verhältnisse gelebt hätten. Früher haben gerade Sozialdemokraten dieses Vokabular als Demagogie der CDU - so von Herrn Schäuble im letzten Jahr - zurückgewiesen. Sie selbst haben darauf hingewiesen, daß das Anwachsen der sozialen Ausgaben für die Rekordsumme der Defizite bei den Kommunen mitverantwortlich ist. Ich bin mir sicher, Herr Schnoor, daß Sie nicht die Sozialhilfeempfänger als eine Schicht ausmachen, die über die Verhältnisse gelebt hat, oder auch zu der Behauptung übergehen wollen, daß Krankenhäuser, soziale Einrichtungen und Leistungen, Schwimmbäder und Büchereien Luxus sind.

(B)

(Abgeordnete Robels-Fröhlich [CDU]: Wer hat ihr das wohl aufgeschrieben?)

Die von der CDU immer wieder entfesselten Hetzkampagnen gegen den Sozialmißbrauch und zu hohe Löhne dienen doch nur dazu, den Weg für den Abbau des Sozialstaates freizumachen. Dem entgegenzusteuern, das ist Ihre Verantwortung als sozialdemokratischer Minister, Herr Schnoor!

Die sinkenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer bei erhöhten Sozialausgaben strangulieren die Gemeinden. Doch die Unternehmer werden nach der Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten eine Zunahme an Einkommen und Vermögen in Westdeutschland für 1994 um 13 % und für 1995 um 7 % verbuchen. Allerdings stammt ein Großteil zweifellos aus

Wertpapieren und Geldvermögen, also aus der Spekulation. (C)

Die Banken haben in den Halbjahresbilanzen 1994 die Rekordergebnisse von 1993 übertroffen. Die Zinsen erweisen sich als eine unerschöpfliche Quelle der Bereicherung. "Allein mit den Schulden, die NRW täglich abbezahlt, könnte das Land das Kindergartenproblem lösen." Das sind die Worte des Sozialministers Müntefering.

Es fragt sich also: Was wird mit dem Geld gemacht? Wo bleibt es? Sollte eine SPD-Regierung nicht den Mut haben, diese hemmungslose Bereicherung der Banken, die die Bevölkerung mit wachsender Not und dem Verfall ihrer Städte bezahlt, zu stoppen? Wäre hier ein Moratorium nicht angebrachter als bei den Personalstellen, wo es die Zahl der Arbeitsplätze weiter verringert und damit langfristig zu noch mehr Arbeitslosen führen wird?

Das Land hat im Bundesrat dem Bau des Transrapid zugestimmt, der die öffentlichen Haushalte zig Milliarden kosten wird. Zu den industriellen Transrapid-Lieferanten gehört neben Thyssen und Daimler-Benz auch Siemens. Siemens peilt für 1993/94 einen Gewinn nach Steuern von 2 Milliarden DM an. Das bedeutet ein Plus von 20 %. Seine hohe Liquidität hat der Siemens-Konzern 1993/94 auf 24 Milliarden DM erhöht. Gleichzeitig sollen aber 12 000 Stellen gestrichen werden, nachdem schon seit 1992 43 000 aus der Belegschaft gehen mußten.

(D)

Dieser Siemens-Konzern ist es, der nun Geld aus den öffentlichen Kassen für sein Transrapid-Geschäft bekommt. Dieser Siemens-Konzern schöpft auch kräftig zum Beispiel in Sachsen ab. Dort erhält er aus dem sächsischen Landeshaushalt 800 Milliarden DM Fördergeld für eine Chip-Fabrik. Das entspricht etwa dem Umfang des Verwaltungshaushalts der Stadt Chemnitz, in dem kräftig gespart, das heißt im öffentlichen Dienst entlassen wird und Kitas abgebaut werden.

Siemens - wie andere Konzerne auch - macht den Hauptgewinn in der Spekulation. Über 800 Milliarden DM macht das Liquiditätspolster der deutschen Unternehmer aus - Gelder, die, in der Spekulation angelegt, viel profitabler sind als in der Produktion. Auch daraus muß eine SPD-Landesregierung Konsequenzen ziehen.

(Boulboulé [fraktionslos])

- (A) Gewinne privater Unternehmer, die statt in die Produktion in die Spekulation gehen, müssen mit Sonderabgaben belegt werden - eine alte SPD-Forderung. Die liquiden Milliardensummen der Wirtschaft sind für die Investitionen zu mobilisieren. Wirtschaftsförderung darf nur bei garantierter und einklagbarer Arbeitsplatzbeschaffung erfolgen.

Herr Linssen, Sie haben gefordert, der Staat müsse auf den Kern seiner Aufgaben zurückgeführt werden, das heißt wahrscheinlich auf Polizei und Justiz oder Strafvollzug.

Für die Privatisierung öffentlicher Aufgaben sieht Ihre Partei kaum Grenzen. Tatsächlich heißt das aber nichts anderes, als daß der Staat endlich von seinem sozialen Ballast befreit werden muß.

(Ah!-Oh!-Rufe des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Darum geht es. Es geht darum, der privaten Wirtschaft durch den Ausverkauf der öffentlichen Einrichtungen und Leistungen den Zugriff auf die öffentlichen Gelder und das gesellschaftliche Eigentum zu geben. Das ist die Absage an den Sozialstaat und an die kommunale Demokratie, an einen Grundpfeiler der Demokratie. Dann kann man natürlich auch mit vollem Recht eine durchgreifende Reduzierung der Abgeordnetenzahlen fordern.

- (B)

Kollegen und Kolleginnen von der SPD-Fraktion! Sie dürfen nicht die Mitverantwortung für diese Politik der Privatisierung übernehmen, wie es zum Beispiel der Oberhausener Oberstadtdirektor Drescher, SPD, praktiziert, der in einem Rundumschlag alle sozialen Einrichtungen und kommunales Eigentum an private Gewinninteressen verschern will.

An dieser Stelle möchte ich mir erlauben, den hessischen Finanzminister Ernst Welteke zu zitieren - auch wenn Herr Schleußer das jetzt vielleicht nicht gerne hört -:

Privatisieren darf grundsätzlich nicht als Mittel zur Haushaltsentlastung oder gar Haushaltsanierung begriffen werden. Der einmalige Erlös geht zwangsläufig einher mit einem dauerhaften Verzicht auf die Einflußmöglichkeiten zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und auf

künftige Gewinnabführungen zur Haushaltsentlastung in den Folgejahren.

(C)

Auch diese Position kann man als sozialdemokratischer Finanzminister vertreten.

Finanzminister Schleußer hat im "Handelsblatt" vom 12. Juli darauf hingewiesen, daß die fehlende Kaufkraft die Kommunen belastet. Dann aber kann das Land als Arbeitgeber doch nicht auf Lohnverzicht im öffentlichen Dienst oder auf die Einführung niedrigerer Einstiegstarife drängen. Wie die Fakten zeigen, wandert ein großer Teil des Geldes aus der von den Unternehmern und ihrer Regierung Kohl erpreßten Senkung der Kosten der Arbeit nicht in die Investition, sondern in die Spekulation.

Die Verteidigung der Kaufkraft dagegen ist ein entscheidender Beitrag für einen wirklichen Wirtschaftsaufschwung und damit für die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der SPD-Fraktion! Sie sind von den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen dieses Landes gewählt worden als Stützpunkt für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit gegen die Politik der Regierung Kohl und ihres Unternehmerklintels.

(D)

Der Haushalt einer sozialdemokratischen Landesregierung muß von diesem politischen Willen geprägt sein. Für eine solche Politik kann sich die SPD-Landesregierung und die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion auf das soziale Bündnis mit den Gewerkschaften und der Bevölkerung stützen. Das ist der Weg, um in den kommenden Landtagswahlen die Position einer SPD-geführten Regierung in NRW zu verteidigen. - Ich danke Ihnen.

Präsidentin Friebe: Ich erteile jetzt für die Landesregierung dem Herrn Ministerpräsident Dr. Rau das Wort.

(Zurufe - Unruhe)

Ministerpräsident Dr. Rau: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die dritte Lesung des Haushalts ist naturgemäß - das haben wir oft erlebt und oft praktiziert - der Versuch einer Bilanz über das, was geschehen ist, über Versäumnisse, die einzugestehen oder anzuklagen sind.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Ich habe die bisherige Debatte mit großem Interesse verfolgt. Offen gesagt, ein bißchen hatte ich auf der Fahrt hierher gehofft: Vielleicht höre ich heute etwas Neues -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Vielleicht hören wir jetzt etwas Neues! - Heiterkeit)

- Ich sage gleich was.

Daß eine solche Debatte stattfindet, nachdem sich die Parteien unterschiedlich für die Wahlaus-einandersetzung im nächsten Jahr gerüstet haben, ist kein Wunder. Das klingt dann in den Reden, die hier gehalten werden, an. Auch das ist völlig normal.

Mein Eindruck bei der Rede von Dr. Linssen war: Seine Unzufriedenheit mit meinem Kabinett wird nur noch von seiner Ungeduld auf mein nächstes Kabinett übertroffen.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit)

Offenbar ist das die Frage, die viele bewegt. Ich habe dazu beigetragen, daß es diese Frage gibt, auch durch eine Äußerung, die ich vor der SPD-Fraktion am 31. Mai dieses Jahres gemacht habe, als wir die erste Sitzung nach der Wahl des Bundespräsidenten abhielten. Auch das Thema haben Sie natürlich nicht ausgelassen, Herr Dr. Linssen. Das, was ich damals gesagt habe, kann ich so nicht einhalten.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aha!)

Das habe ich auch denen, die es angeht, schon gesagt. Inzwischen hat es persönliche Entwicklungen und Entscheidungen gegeben, an denen ich mitgewirkt habe. Sie führen dazu, daß ich gegenwärtig keine Personaldiskussion führen möchte. Die möchte ich zu einem anderen und zu einem späteren Zeitpunkt und vor einem anderen Kreis führen.

Nun ist es so, Herr Dr. Linssen: Wenn ich mir Ihre Rede noch einmal in Erinnerung rufe, dann haben Sie eine Fülle von Dingen gesagt, die habe ich schon gehört: 1979, 1980.

(Zuruf von der CDU: Nee, nee, nee!)

Jedes Jahr wieder wird über meinen Regierungsstil geredet, wird über das angebliche Zögern und über das Zaudern geredet.

(C)

Die Landtagswahl 1980 habe ich hingezögert, die 1985 habe ich hingezaudert, die 1990 habe ich auch noch hingekriegt. Jetzt möchte ich die 1995 auch noch einmal gewinnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das ist ganz einfach. Dabei stellte ich fest: Offenbar kommen wir mit den Worten gar nicht mehr aus. Helmut Linssen hat in seiner Rede vor dem Parteitag gesagt, daß wir nach dem Prinzip verfahren: Zuhören, entscheiden, handeln.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wirl!)

- Sie! Sehen Sie einmal: Hier ist das Plakat von Gerhard Schröder aus dem vergangenen Jahr - zuhören, entscheiden, handeln.

(Lachen und Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das habe ich schon vor Schröder gesagt!)

- Herr Dr. Linssen, das hat dem Gerhard Schröder die absolute Mehrheit für die SPD gebracht. Das heißt, es kommt nicht nur darauf an, ob man eine absolute Mehrheit anstrebt, sondern wer sie bekommt. Da sehe ich hier in Nordrhein-Westfalen die Situation so: Die CDU sagt, die SPD muß weg, und die CDU muß in die Regierung.

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Die GRÜNEN sagen: Die SPD macht die gleiche Politik wie die CDU. Deshalb soll sie weiter die Regierung stellen, aber nicht allein. Wir wollen dabeisein.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Die F.D.P. sagt: Jede Regierung mit der F.D.P. ist eine gute Regierung,

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Ist besser als keine!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) und jede ohne die F.D.P. ist eine schlechte Regierung, und diese ist ohne die F.D.P.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Ich sage: Nordrhein-Westfalen braucht klare Verhältnisse. Das habe ich 1980 gesagt. Das habe ich 1985 gesagt und 1990.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Im Bund haben Sie es 1987 auch schon gesagt - ohne Erfolg!)

Jedesmal haben Sie gesagt: Das ist nun endgültig vorbei. Also rate ich, damit wir uns die Rituale ersparen und ich mir auch erspare, immer wieder zu begründen, warum ich eine klare Mehrheit will: Lassen Sie das doch die Wähler entscheiden!

(Beifall bei der SPD)

Die werden das am 14. Mai 1995 entscheiden. Die werden am 14. Mai 1995 auch darüber zu befinden haben, ob der von Ihnen so beschriebene Johannes Rau weiter regiert. Ich habe heute ja lauter Freundlichkeiten gehört. Friedensfürst hat Herr Rohde das genannt, schönes Wort.

- (B) (Abgeordneter von Unger [CDU]: Ein großes Wort!)

- Ein großes auch. Der Wähler wird entscheiden, ob er Johannes Rau wieder will. Wenn er Johannes Rau wieder will, wird er SPD wählen. Wenn er Johannes Rau nicht will, wird er eine der anderen Parteien wählen - mit welchem Ergebnis, weiß ich nicht. Aber mit welcher Hoffnung ich in diese Wahlauseinandersetzung gehe, das weiß ich.

Daß Sie dagegen angehen, ist Ihr gutes Recht. Nur daß Sie es mit immer den gleichen Argumenten tun wie Heinrich Köppler, Kurt Biedenkopf, Dieter Pützhofen, Bernhard Worms, Norbert Blüm, jetzt Helmut Linssen - ich bin gespannt, wer die Reden um die Jahrtausendwende hier hält.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Da werden die Argumente umgebogen, wie es gerade paßt.

(Abgeordnete Robels-Fröhlich [CDU]: Das wiederholt sich auch!)

(C) Ich will Ihnen da, Herr Linssen, einmal ein Beispiel zitieren, das hier noch nie vorgelesen worden ist.

Stichwort Staatsverschuldung: Die Tatsache, daß auch der Staat Schulden hat, ist an sich nicht neu, aber immer wieder gut für ein paar Extrazeilen in der Tagespresse. Das Thema wird hochgejubelt. Die sachliche Auseinandersetzung kommt häufig zu kurz. Sich sachlich auseinanderzusetzen bedeutet zunächst einmal zu hinterfragen: Wer hat Schulden in welcher Höhe? Warum bzw. wofür wurden diese Schulden aufgenommen?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist Theo Waigel!)

Gibt es alternative Finanzierungsmöglichkeiten? Kann der Schuldner die Last der Finanzierung tragen? Wie geht es anderen, z. B. den wichtigsten Nachbar- und Partnerländern? Versuchen wir also, die Diskussion etwas zu versachlichen. Der Bundesminister der Finanzen informiert.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Das ist was Neues!)

Das konnten Sie im ICE mitnehmen, wenn Sie mit ihm fahren.

(Lachen bei der SPD)

(D)

Das konnten Sie hier zitieren, wenn Sie über die Schulden Nordrhein-Westfalens reden. Wenn Sie über Nordrhein-Westfalen reden, auch im Ländervergleich, werden hier allerdings gelegentlich Methoden angewendet, die mir problematisch erscheinen. Ich halte es z. B. für unseriös, bei Arbeitslosenzahlen Jahres- und Monatswerte zu vergleichen.

Wenn ich mir die Zahl der Arbeitslosen von November 1990 bis November 1994 ansehe - also in der Zeit, über die Sie hier reden, in dieser Wahlperiode -, dann weiß ich: Wir haben eine bedrückend hohe Arbeitslosigkeit, über 750 000. Aber dann sehe ich mir den Vergleich von 1990 bis 1994 an und stelle fest: Sie hat in Nordrhein-Westfalen um rund 32 % zugenommen, in Baden-Württemberg um 104 %,

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Reden Sie doch mit absoluten Zahlen!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- A) in Bayern um 63 %, im Durchschnitt der westlichen Flächenländer um 47,7 % und im westlichen Bundesdurchschnitt um 45,4 %.

(Abgeordnete Robels-Fröhlich [CDU]: Das ist seine Statistik!)

Sehen wir uns das beim Wachstum an, dann stellen wir fest: Bei der Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts - die letzte Zahl, die wir vorliegen haben, ist die von der ersten Hälfte dieses Jahres - lagen wir genau im Bundestrend mit 2,2 %. Die Schlüsselzuweisungen sind um 1 % gestiegen. Für den kommunalen Steuerverbund gibt es 175 Millionen DM mehr.

Sie werfen uns vor, wir gäben den Gemeinden zu wenig, wir bluteten die Gemeinden aus. Auch da scheuen Sie den Vergleich mit allen anderen Ländern.

Sie haben offenbar ein Bild vom Land, das Ende der 70er Jahre fotografiert ist und dann nicht mehr verändert wurde.

(Beifall bei der SPD)

- B) Sie müssen sich das Land genauer ansehen. Natürlich war Nordrhein-Westfalen, ganz unabhängig davon, wer hier regiert hat, über viele Jahre und Jahrzehnte von großen Unternehmen, von den Wirtschaftsbereichen Kohle und Stahl dominiert. Natürlich hatten es da Handwerk und Mittelstand schwer; natürlich haben sie in der öffentlichen Wahrnehmung und wirtschaftlich im Schatten gelebt.

Aber wenn ich dann Ihre Reden höre, dann denke ich, Sie haben gar nicht festgestellt, offenbar auch nicht in der Politik der Landesregierung: Inzwischen sind die mittelständischen Unternehmen das wirtschaftliche Rückgrat Nordrhein-Westfalens. Das ist ein Ergebnis der raschen Ausweitung des Dienstleistungssektors. Das gilt auch für das verarbeitende Gewerbe: 1980 haben im verarbeitenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen 38 % der Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen gearbeitet; heute sind es 52 %. Warum nehmen Sie es nicht zur Kenntnis? Diese Entwicklung wird sich fortsetzen; denn das größte Potential für neue Arbeitsplätze steckt bei den kleinen und

mittleren Unternehmen. Deshalb setzen wir da den Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik. (C)

(Beifall bei der SPD)

Heute gehen rund zwei Drittel der Mittel für Wirtschaftsförderung in die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Damit haben wir Gewerbeflächen aufbereitet, Technologiezentren aufgebaut, Gründerzentren errichtet. Das alles kommt den kleinen und mittleren Unternehmen zugute, aber Sie nehmen es nicht zur Kenntnis. Ich kann Sie auch nicht zwingen, es zur Kenntnis zu nehmen; aber wundern darf ich mich darüber.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich: Wer zwingt Sie eigentlich zu einer solchen Realitätsverweigerung?

(Beifall bei der SPD)

Die betriebsbezogene Wirtschaftsförderung fließt heute zu über 90 % an kleine und mittlere Unternehmen. Wir haben deutlich neue Schwerpunkte gesetzt. Glauben Sie wirklich, diese Realitätsverweigerung würde Ihnen helfen?

Wir bemühen uns mit ruhiger Kraft um eine Landespolitik, die die Dinge voranbringt. Wir jagen nicht den Schlagzeilen nach; aber das, was ich 1990 in der Regierungserklärung versprochen habe, haben wir gehalten. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen das gern an drei Beispielen deutlich machen. Sie haben ja meine Regierungserklärung von 1978 besonders gern zitiert. Nehmen Sie doch die für diese Wahlperiode!

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Ja, die haben wir hier!)

Für Kindertageseinrichtungen sind im Haushalt seit 1991 4,3 Milliarden DM, 1995 weitere 1,7 Milliarden, also 202 Millionen DM mehr als im vergangenen Jahr.

Seit 1991 haben wir im Landeshaushalt Mittel für mehr als 125 000 Kindergartenplätze zur Verfügung gestellt; zugesagt waren 100 000. Mit dem

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Haushalt 1995 kommen 12 800 für Tageseinrichtungen hinzu. Wir haben die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen gegenüber 1990 verdoppelt.

Wenn Sie in dem Zusammenhang, Herr Kollege Linssen, auf das wunderschöne Foto aus dem Bundestagswahlkampf mit den drei hübschen Kindern aus vermutlich sozialdemokratischen Familien hinweisen,

(Allgemeine Heiterkeit)

dann füge ich hinzu: Das Plakat war nach wie vor richtig; denn ein gleiches Kindergeld für alle statt der Kinderfreibeträge wäre ein Weg in eine sozial richtige Richtung und wäre der Wegfall einer Begünstigung derer, die es leichter haben, Kinder zu erziehen, als die kleinen Leute.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe in der Regierungserklärung versprochen, die Wohnungsnot zu bekämpfen. Und wir haben versprochen, jährlich mindestens 26 700 Wohnungen zu fördern, also 133 000 Wohnungen in dieser Legislaturperiode insgesamt. 130 500 sind es schon. 160 500 werden es bis zum Ende der Wahlperiode sein. Das sind 27 000 Wohnungen mehr als angekündigt.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich habe versprochen: Politik für alte Menschen. Über 1 Milliarde DM stellen wir für die Umsetzung des Zweiten Landesaltenplanes zur Verfügung. Der Schlüssel für Pflegekräfte hat sich von einer Pflegeperson auf 5000 Einwohner auf 1 : 2750 im Jahre 1994 erheblich verbessert; fast hat er sich verdoppelt. Meine Damen und Herren, Sie müssen so etwas einmal zur Kenntnis nehmen, denn das hilft den Alten und den Pflegebedürftigen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür geben wir Steuermittel aus; das ist unsere Politik!

In dieser Wahlperiode sind zwischen 1991 und 1994 mehr als 300 neue Sozialstationen entstanden; wir haben jetzt 830. Warum reden Sie nicht davon? Warum reden Sie nicht davon, daß im kommenden Jahr über 300 Tagespflegeplätze und 1500 Kurzzeit- und Langzeitpflegeplätze geschaf-

- fen werden und daß das 265 Millionen DM kostet? (C)

Man muß den Bürgern auch sagen, was man tut. Wir können guten Gewissens vor sie treten und sagen: Wir haben Wort gehalten; wir haben nichts versprochen, was wir nicht halten können, und das, was wir versprochen haben, haben wir gehalten - und das, meine Damen und Herren, ist unter außergewöhnlich schwierigen Bedingungen geschehen!

Trotzdem haben wir unseren Kurs finanzpolitischer Solidität gehalten. Herr Kollege Linssen, Herr Kollege Rohde, nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis: Wir haben seit 1981 bis 1993 mit jährlich 3,1 % die niedrigste Ausgabensteigerung aller Länder. Wir setzen diesen Kurs fort. In diesem Jahr ist die Steigerung der Ausgaben 1 %. Wir haben keinen Haushalt der Wahlversprechungen vorgelegt, sondern wir verfolgen beharrlich unseren Kurs, und das hat unser Land nach vorn gebracht.

Ich sage Ihnen aus meinen Erfahrungen und Gesprächen: Das spüren die Menschen. Darum nehmen sie das nicht an, was Sie ihnen anbieten,

(Beifall bei der SPD)

sondern sie wollen eine Fortsetzung unserer Politik. (D)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das haben wir aber auch schon hundertmal gehört. Das ist auch nichts Neues!)

- Ja, selbstverständlich, Herr Kollege Vesper! Wenn Sie mir die Bühne dafür bieten, daß ich das alles noch einmal darstellen kann, muß ich die Bühne doch nutzen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich verspreche Ihnen aber, daß ich meine Redezeit nicht in ein Verhältnis zur Redezeit von Frau Höhn und der Größe der Fraktion setzen werde.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen vom Wachstumsrückstand. Spüren Sie wirklich nicht, wie sich unser Land in den letzten Jahren verändert hat? Spüren Sie nicht, daß wir die industriegeschichtlich gewachsene Ein-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) seitigkeit zu einem guten Teil überwunden haben, daß aus dem Montanland von einst das hochleistungsfähige Technologieland Nordrhein-Westfalen geworden ist?

Meine Damen und Herren, das ist eine Gemeinschaftsleistung aller arbeitenden Menschen, von Industrieunternehmen und Handwerkern und von den vielen in den Dienstleistungsbetrieben. Die alle beurteilen die Entwicklung ganz anders als die Opposition. Das war so, und das wird auch im nächsten Jahr so sein.

Ich will Ihnen zur Lage und zur Stimmung in Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege Linssen, damit auch ein bißchen weihnachtlicher Glanz in Ihre Augen kommt,

(Heiterkeit)

nur sagen: 83 Prozent der nordrhein-westfälischen Unternehmen beurteilen die aktuelle Geschäftslage mit gut oder befriedigend. Das sind viel mehr als noch vor einem Jahr. Damals waren es 16 Prozent.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Vor dem 16. Oktober haben die das alles anders beurteilt!)

- (B) - Nein, vor dem 16. Oktober habe ich die Politik in Nordrhein-Westfalen genauso gelobt wie heute,

(Beifall bei der SPD)

und zwar beide Male mit Recht. Herr Kollege Linssen, daß ich Sehnsucht nach einem anderen Kanzler hatte, werden Sie mir doch nicht übelnehmen. Sie haben doch auch Sehnsucht nach einem anderen Ministerpräsidenten. Und beide kriegen wir es nicht. Das ist das Elend.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen hat einen kräftigen Strukturwandel durchgemacht. Dazu nur eine Zahl: Der Anteil der Dienstleistungen an der Bruttowertschöpfung ist von 45,9 Prozent 1970 auf 60,9 Prozent 1993 gestiegen. Der Anteil des produzierenden Gewerbes ist von 52,1 auf 31,7 Prozent zurückgegangen. Das ist keine Deindustrialisierung, sondern: Strategisch wichtige Zukunftsindustrien wie Kommunikationstechnik und Umwelt-

technik haben in unserem Land an Gewicht gewonnen. (C)

Natürlich bedeutet Strukturwandel in der Wirtschaft auch Strukturwandel bei den Arbeitsplätzen. Arbeitsplätze in traditionellen industriellen Sektoren gehen verloren, in Zukunftsbereichen werden welche geschaffen. Darum ist es nur die halbe Wahrheit, wenn über den Verlust von Arbeitsplätzen im industriellen Sektor gesprochen wird. Zum ganzen Bild gehört es, den Verlusten auf der einen Seite die Gewinne auf der anderen Seite gegenüberzustellen. Da können wir uns sehen lassen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren per Saldo 506 200 neue Arbeitsplätze geschaffen; im Dienstleistungssektor waren es 700 000. Das ist immer noch zu wenig. Wer aber hier von Stillstand redet - das ist ein Fall für den Optiker, aber doch nicht für die Politik. Sie sehen es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich erwarte ich nicht, daß Sie Lobreden auf mich halten. Aber für mich wäre es schon wichtig, wenn man in Ihren Reden ein Stück von dem wiederfinden könnte, wie es in unserem Land aussieht und was sich in den vergangenen Jahren verändert hat. Darum frage ich mich, ob man immer die gleichen Reden halten muß, nur mit anderer Stimme und noch ein bißchen schneidender. (D)

Es stimmt, wir sind nicht am Ende des Strukturwandels. Das ist ein Prozeß, der niemals endgültig abgeschlossen ist. Wir sind aber ein gutes Stück vorangekommen.

Nordrhein-Westfalen hat eine Wissenschafts- und Forschungsstruktur wie kein anderes Land aufgebaut. Wir haben 53 Hochschulen mit einer halben Million Studenten. Wir sind das Zentrum der Umweltschutzwirtschaft. Es gibt 1 600 nordrhein-westfälische Unternehmen mit 160 000 Beschäftigten im Umweltschutz.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Da sind große Defizite!)

In Nordrhein-Westfalen gibt es 90 000 Beschäftigte in der Umweltschutzwirtschaft - mehr als im Bergbau.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) (Abgeordneter von Unger [CDU]: Wieviel in der Gentechnik?)

- In der Gentechnik, Herr von Unger, haben wir die führenden Institute der Bundesrepublik Deutschland. Um die haben wir uns gekümmert. Darum haben wir uns sowohl in Jülich als auch in Köln bemüht.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen darüber einmal mit der Wissenschaftsministerin reden.

(Abgeordneter Dr. Lünssen [CDU]: Aber keine Arbeitsplätze geschaffen!)

In manchen Bereichen der Gentechnik gibt es noch Streit. Aber es kann doch wohl nicht wahr sein, die Frage, ob man alles tun darf, was man kann, allein der Bischofskonferenz zu überlassen. Darüber müssen wir Politiker doch auch entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt eine Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die sagt, im Jahr 2000 würden 40 bis 50 Prozent der Beschäftigten im Umweltschutzbereich in nordrhein-westfälischen Unternehmen tätig sein.

(B)

Nordrhein-Westfalen hält Platz 1 bei Direktinvestitionen ausländischer Investoren. Hier wird ein Viertel aller ausländischen Direktinvestitionen getätigt. Es sind so viele, Herr Kollege Lünssen, wie in Baden-Württemberg und Bayern zusammen.

22,3 Prozent aller Patentanmeldungen stammen aus unserem Land. Das ist im Bundesgebiet Platz 2. Das ist Fortschritt, der auch zurückzuführen ist auf die Entwicklung der universitären und außeruniversitären wissenschaftlichen Institute.

Ich möchte gern noch zum Strukturwandel in der Industrie ein paar Bemerkungen machen: Die umsatzstärkste Branche ist die chemische Industrie. Dann folgen Maschinenbau und - auf Platz 3 - das Ernährungsgewerbe. Danach folgt die Elektrotechnik. Der Bergbau ist inzwischen auf Platz 9. Die beschäftigungsstärkste Branche ist der Maschinenbau, dann folgen Elektrotechnik und Chemie. Bei dieser Betrachtung liegt der Bergbau auf Platz 7.

Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, ist Außenhandelsplatz Nummer 1. Mehr als ein Fünftel aller deutschen Ausfuhren stammt aus Nordrhein-Westfalen, fast ein Viertel aller Einfuhren in die Bundesrepublik Deutschland kommt nach Nordrhein-Westfalen.

(C)

Das Handwerk hat goldenen Boden. Über eine Million Beschäftigte hat das Handwerk. Das ist mehr als ein Siebtel aller Erwerbstätigen. Das Handwerk hat einen höheren Umsatz als chemische Industrie und Maschinenbau zusammen. Ein Drittel aller Ausbildungsverhältnisse gibt es im Handwerk. Von 100 DM Umsatz im Handwerk bundesweit werden fast 21 DM in Nordrhein-Westfalen erzielt.

Haben Sie mitbekommen, meine Damen und Herren von der Opposition, daß Nordrhein-Westfalen inzwischen Versicherungsplatz Nummer 1 in Deutschland ist? Knapp 200 Versicherungsunternehmen haben ihren Hauptsitz bei uns. Das ist mehr als ein Viertel aller deutschen Versicherungsunternehmen. Bei uns sind es knapp 200, in Bayern 121, in Hessen 110, in Baden-Württemberg 68. Sie müssen das Land kennenlernen, bevor Sie es regieren!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns einen vorderen Platz in der Medienwirtschaft erobert. Sie ist zwischen 1990 und 1993 mit einem Plus von 18,5 % stärker als die Gesamtwirtschaft gewachsen. Von 1980 bis 1992 hat sich der Umsatz verdreifacht. Inzwischen sind über 125 000 Menschen in der Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen tätig.

(D)

Ich muß die Stichworte nicht alle nennen. Wir sind der wichtigste Standort für Rundfunkveranstaltungen in Deutschland. Radio NRW ist der erfolgreichste Privatsender Deutschlands. Von WDR und Deutscher Welle und Deutschlandradio und RTL Television und VIVA und VOX rede ich gar nicht. Von den 16 größeren deutschen Studio- und Atelierbetrieben haben 6 ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Ich nenne die Filmstiftung und das Filmbüro. Das Europäische Medieninstitut ist von Manchester nach Düsseldorf umgezogen. Sie hätten zur Einweihung kommen sollen. Es ist ein europäischer Schwerpunkt. Wir haben Bottrop und Oberhausen, das Medienzentrum im Düsseldorfer Hafen, den Media-Park Köln, das Medienforum, die Kunsthochschule für Medien in Köln. Das

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) alles sind Erfolge unserer regionalisierten Strukturpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Nur Sie wollen diese Erfolge nicht wahrhaben.

Es gibt eine Studie der Kommission der Europäischen Union, aus der ich nur einen Satz zitiere: "Das nordrhein-westfälische Modell ist von den erwähnten nationalen und regionalen Experimenten sicherlich das greifbarste und beststrukturierte Modell." Auch dieses Urteil über die Landespolitik von Johannes Rau nehme ich dankbar zur Kenntnis. Und wenn Sie es nicht zitieren, muß ich es Ihnen vorlesen,

(Beifall bei der SPD)

damit die Gewichte wieder richtig sind.

Es stimmt: Es ist unerträglich, daß 750 000 Männer und Frauen bei uns arbeitslos sind. Die positiven Signale, auch die des Novembers, die sind nicht tröstlich. Die Kurzarbeit ist um fast 80 % gesunken; die Jugendarbeitslosigkeit ist um 7,1 % geringer als im Vorjahr.

- (B) Aber Sie müssen sich einmal ansehen, welche Politik von denen gemacht wird, die für Arbeitsmarktpolitik insbesondere und vor allem zuständig sind. Manchmal habe ich den Eindruck, die da in Bonn, die bekämpfen nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen.

(Beifall bei der SPD)

Denn sehen Sie: Immer wieder wird das Arbeitsförderungsgesetz gestutzt. Den Arbeitsämtern werden massiv Stellen gekürzt. Die Zahl der von der Bundesanstalt finanzierten Stellen für berufliche Weiterbildung ist in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Vorjahr um 12,3 % gekürzt worden. Das heißt: 11 500 Menschen weniger haben die Chance, sich weiterzubilden. 1993 sind über 400 Millionen DM nicht für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Fortbildung und der Umschulung eingesetzt worden, sondern in die Kasse des Bundesfinanzministers zurückgegangen. Das finde ich falsch, verheerend für die Betroffenen und schlecht für unser Land. Hier wird an der falschen Stelle gespart. Das ist für uns alle teuer.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Kein Land kann mit eigenen Kräften und Mitteln ausgleichen, was der Bund bei Qualifizierung und beruflicher Weiterbildung kürzt. Aber wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen und das tun, was möglich ist. Darum gibt es im laufenden Jahr für arbeitsmarktpolitische Programme etwa 1 Milliarde DM, 420 Millionen DM davon für laufende und 610 Millionen DM für neue Projekte. Ich bin froh darüber, daß sich die Europäische Union an diesem Mitteleinsatz mit rund 30 % im Rahmen verschiedener Programme beteiligt. Sie kennen die Schwerpunkte: die präventive Arbeitsmarktpolitik für von Arbeitslosigkeit Bedrohte, ein Programm zur arbeitsmarktpolitischen Flankierung an Truppenstandorten, die Qualifizierung in spezifischen Problemregionen; die Schwerpunkte der zielgruppenorientierten Arbeitsmarktpolitik will ich Ihnen hier nicht mehr vortragen. Ich finde, alle Verantwortlichen müssen ihre Rolle spielen. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr. Ich glaube, diejenigen haben recht, die sagen, daß wir in Deutschland einen Beschäftigungspakt mit Unternehmen, Gewerkschaften und öffentlichen Händen brauchen.

Meine Damen und Herren, gelegentlich war mein Eindruck, daß sich die Ungeduld auch darauf bezieht, daß dies der letzte Plenartag dieses Jahres ist und daß sich viele auf den Weihnachtsurlaub freuen; ich tue das auch.

(D)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Urlaub?)

- Doch. - Wenn ich in das neue Jahr blicke - auch das, Herr Kollege, sollten Sie noch einmal zur Kenntnis nehmen -: Vom 1. Januar an - das ist in zehn Tagen - werden wir das Land sein, das am meisten für den bundesstaatlichen Finanzausgleich zahlt, nämlich im Fonds Deutsche Einheit und im Länderfinanzausgleich. Das ist doch der Ausdruck dessen, daß wir wieder ein finanzstarkes Land sind. Das ist das Ergebnis von erfolgreichem Strukturwandel.

(Beifall bei der SPD)

Als Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels und der konjunkturellen Krise haben sich die Verhältnisse zwischen den Ländern, auch zwischen den westlichen Bundesländern, erheblich verschoben. Wissen Sie noch, wie viele Jahre Sie uns Baden-Württemberg als Beispiel vorgeführt haben? Es droht gegenwärtig zu einem Empfänger-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) land im Finanzausgleich zu werden. Hoffentlich gibt Ihnen das einmal zu denken, bevor Sie wieder mit der alten Platte kommen.

Wir haben hier viele Jahre gezeigt: Ökologische und ökonomische Erneuerung muß in sozialer Verantwortung geschehen. Sie ist nicht nur wünschenswert; sie ist auch möglich. Das zeigen wir. Dieser Weg der Erneuerung ist ein Weg, bei dem man nicht jeden Tag strahlen kann - das ist oft harte Maloche -, aber den ich in den kommenden fünf Jahren weitergehen möchte: mit Mut, mit Augenmaß,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Und mit Frau Matthäus-Maier!)

mit der Erfahrung, die offen macht für neue Lösungen und neue Vorschläge, nüchtern und berechenbar, aber über den Tag hinausdenkend.

Ich glaube, daß wir aus Erfahrung besser als andere unterscheiden können, wo es wie bisher weitergehen soll und wo wir wieder neue Wege gehen müssen. Wir Sozialdemokraten werden auch in den kommenden fünf Jahren manchem unbequem sein und manchmal auch Entscheidungen treffen, mit denen nicht alle einverstanden sind. Das tun wir nicht, um andere zu ärgern, auch nicht um abstrakter Prinzipien willen oder um jemanden zu benachteiligen oder zu bevorzugen. Wir wollen uns von dem Ziel leiten lassen: Die Politik muß das tun, was nötig ist, damit alle Menschen in Nordrhein-Westfalen möglichst gute Chancen haben, ihr Leben eigenverantwortlich und in Verantwortung für andere zu gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Wer mich kennt, der weiß: Ich halte Vorschläge nicht schon deshalb für richtig oder falsch, weil sie von einer bestimmten Person oder von einer bestimmten Partei kommen. Dabei schließe ich meine eigene Partei durchaus ein.

Aber eines wissen auch die, die nicht alles richtig finden, was Sozialdemokraten tun: Die Politik in Nordrhein-Westfalen ist verlässlich. Mit uns gibt es weder Bocksprünge noch Stillstand, weder "himmelhochjauchzend" noch "zu Tode betrübt", weder "Weiter so!" noch "Alles neu und ganz anders!", sondern wir setzen auch in Zukunft auf Gemeinsamkeit, ohne unterschiedliche Verantwortlichkeiten zu verwischen. Wir setzen auf Zu-

- sammenarbeit, ohne verschiedene Interessen zu leugnen, auf Dialog, weil ich die Menschen in diesem Land zusammenführen möchte. (C)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wir sind noch nicht in der Weihnachtsmesse, Herr Ministerpräsident!)

- Herr Kollege Vesper, das ist nicht mein Gesangbuch, wie Sie wissen. In der Hinsicht will ich Ihnen nicht nacheifern. Aber an Werkgerechtigkeit sind Sie mir zuvor; das habe ich heute wieder in der Zeitung gelesen.

Wir wollen wirtschaftlich leistungsfähig und ökologisch sensibel sein, tolerant und weltoffen, klar und unmißverständlich in der Ächtung von Gewalt. Und weil wir beständig sind, sind wir auch fähig zur Erneuerung. Diesen Weg gehe ich gern; da können Sie mir noch so viel Müdigkeit nachsagen. Es lohnt sich, dafür politisch zu arbeiten und zu streiten. Ich lade alle in unserem Land ein, ihren Beitrag dazu zu leisten. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

- Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung. (D)

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über das Gemeindefinanzierungsgesetz 1995 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/8082 ab. Er empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung unter Berücksichtigung der zweiten Ergänzungsvorlage, ansonsten ohne weitere Änderungen, anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß der Gesetzentwurf damit in dritter Lesung verabschiedet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir kommen jetzt zum Haushaltsgesetz 1995. Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge ab.

(Präsidentin Friebe)

- (A) Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/8175, Kapitel 07 050 - Stichwort: Beratungsstellen für Schwangerschaftsprobleme -, auf. Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Fraktion DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und F.D.P. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß dieser Änderungsantrag abgelehnt ist.

Ich rufe Drucksache 11/8178, Kapitel 05 380 - Stichwort: Öffentliche Gesamtschulen -, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Fraktion DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? SPD, CDU und F.D.P. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß der Antrag abgelehnt ist.

Ich rufe den Änderungsantrag Drucksache 11/8179 der Fraktion DIE GRÜNEN, Kapitel 20 010 - Stichwort: Rückstellungen für die Stilllegung von Atomanlagen -, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Fraktion DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

- (B) Wir stimmen jetzt über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1995 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/8080 ab. Er empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung unter Berücksichtigung der Änderung durch die zweite Ergänzung der Landesregierung Drucksache 11/8070 und der vom Ausschuß beschlossenen weiteren Änderungen anzunehmen. Hinzu kommen noch die vom Finanzminister mit Vorlage 11/3549 mitgeteilten Berichtigungen.

Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß der Gesetzentwurf damit in dritter Lesung verabschiedet ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich rufe die Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1994 bis 1998 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache

- 11/8081 auf. Ich bitte um Kenntnisnahme. - Ich stelle dies fest. (C)

Wir kommen zu den Entschließungsanträgen.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8172 auf, Einzelplan 15 - Stichwort: Finanzplan der ÖPNV-Vorhaben für NRW. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - F.D.P., CDU und GRÜNE. Wer ist dagegen? - SPD. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/8176 auf, Einzelplan 08 - Den Steinkohlenbergbau sichern. Hierzu hat die Fraktion der GRÜNEN Teilung der Frage nach § 52 beantragt. Es soll zunächst über die ersten drei Abschnitte von "Der Landtag Nordrhein-Westfalen stellt fest" bis "daß Kohlepolitik nur noch sozial- und strukturpolitisch motiviert sei." abgestimmt werden. Haben Sie das?

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Augenblick! Das müssen wir erst finden!)

Es handelt sich um folgenden Text:

- Der Landtag Nordrhein-Westfalen stellt fest: Kohlepolitik ist Energiepolitik. Energiepolitik ist Bundespolitik. (D)

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluß zum Kohlepfennig festgestellt, daß die Sicherstellung der Strom- und Energieversorgung eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Der Bundestag und die Bundesregierung sind gefordert.

Ziel der Energiepolitik ist es, den Steinkohlenbergbau lebens- und leistungsfähig zu halten. Die deutsche Steinkohle ist eine tragende Säule der Energieversorgung. Damit widerspricht der Landtag Nordrhein-Westfalen entschieden der Auffassung, daß Kohlepolitik nur noch sozial- und strukturpolitisch motiviert sei.

Ist das jetzt klar?

(Abgeordneter Hardt [CDU] nickt.)

Ich lasse darüber abstimmen. Wer für die gerade vorgelesenen Absätze ist, den bitte ich um das

(Präsidentin Friebe)

- (A) Handzeichen. - SPD. Wer ist dagegen? - F.D.P. und GRÜNE. Wer enthält sich der Stimme? - CDU. Damit sind diese drei Absätze so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Rest abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? - CDU und F.D.P. Damit ist auch der Rest angenommen.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den Entschließungsantrag. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8180 auf, Einzelplan 08 - Subventionen abbauen - Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft sichern. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - F.D.P. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

- (B) Es folgt der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8177, Globalantrag - Stichwort: Kurswechsel in der Haushaltspolitik. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - F.D.P. Wer ist dagegen? - SPD und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Dieser Entschließungsantrag ist bei Enthaltung der Fraktion der CDU ebenfalls abgelehnt.

Meine Damen und Herren, mit der Abstimmung über die Entschließungsanträge sind die Haushaltsplanberatungen 1995 beendet. Damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/8114 (Neudruck)

zweite Lesung

in Verbindung damit:

Zehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/8122 (Neudruck)

Beschlußempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 11/8184

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile der Frau Abgeordneten Fischer für die Fraktion der SPD das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Abgeordnete Fischer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Parlament hat die unbequeme und unpopuläre Verpflichtung, über die Abgeordnetenbezüge selbst zu entscheiden.

Um diese Verpflichtung verantwortlich wahrzunehmen und die jeweilige Entscheidung nachvollziehbar und transparent zu machen, hat sich der Landtag vor zehn Jahren auf eine Diätenregel verständigt, die für jeden nachvollziehbar ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Auf dieser Diätenregel beruht der jährliche Bericht der Präsidentin. Für 1995 kommt die Präsidentin in ihrem Bericht zu dem Ergebnis, daß die Diäten um 4,23 % erhöht werden müßten.

In den Ausschüßberatungen haben die CDU-Fraktion und die Fraktion der GRÜNEN diese Anhebung der Diäten abgelehnt. Ich weiß nicht, ob sie sich darüber im klaren sind, was dies für Konsequenzen hat. Das heißt deutlich, daß CDU und GRÜNE aus dieser Regel, die wir vor zehn Jahren beschlossen haben, aussteigen wollen. Das heißt zugleich, sie gefährden damit die Grundlage für eine verantwortliche, durchschaubare und objektiv begründete Diätenentscheidung, die wir hier im Landtag treffen können.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

(C)

(D)